

IV. Vereine, Verbände und Parteien in den böhmischen Ländern

A. Vereine und Parteien in Böhmen

von

J IŘ Í P O K O R N Ý

Die Entwicklung der Vereine und Parteien in Böhmen wurde vor allem durch einen wirtschaftlichen, wenn auch regional differenzierten Aufschwung dieses Landes sowie durch eine entsprechende soziale Struktur der Bevölkerung beeinflusst. Nicht minder wichtig war die Tatsache, daß sich in Böhmen zwei bzw. drei Nationen konstituiert haben. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Gesellschaft in Böhmen in ihrer Mehrheit – trotz allen sprachlichen Verschiedenheiten – durch kein klares Bewußtsein der nationalen Identität gekennzeichnet. Die höheren Schichten der Bevölkerung übernahmen selbstverständlich die deutsche Sprache und Kultur. Der nationalen Interpretation dieser Tatsache maßen sie aber keine besondere Bedeutung bei. Ein größeres Gewicht kam den Bindungen an den Herrscher und das Land zu. Der Landespatriotismus achtete dann entweder die sprachlichen Verschiedenheiten gering oder war in Form des Bohemismus bestrebt, eine zweisprachige Nation zu bilden. Ähnliche Anschauungen traten auch bei der tschechisch sprechenden Bevölkerung zutage, welche vor allem den niedrigeren Schichten der Gesellschaft entstammte; gerade an diese richtete sich in den dreißiger Jahren die nationale Agitation der tschechischen Aktivisten, die zu einem ausgeprägteren nationalen Selbstbewußtsein, zu einer markanten Identifizierung mit der tschechischen Bewegung aufforderten und sich um die Bildung eines unabhängigen tschechischen Gesellschaftslebens und eine vollberechtigte tschechische Gesellschaft bemühten. Es war unmöglich, diese Aktivitäten zu übersehen. Über ihren Erfolg entschied allerdings erst der Verlauf der revolutionären Ereignisse im Jahre 1848. Zu dieser Zeit reagierten auf sie auch diejenigen, welche sich neben ihrer Bindung an die deutsche Sprache und Kultur auch ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Nation bewußt zu sein begannen¹⁾.

¹⁾ Zur Entstehung der Nationalgesellschaften in Böhmen vgl. Jiří Kořálka, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18, Wien – München 1991).

Seit dieser Zeit läßt sich die allmähliche Bildung zweier paralleler nationaler Gemeinschaften nicht bezweifeln. Zwischen beiden stand noch längere Zeit hindurch eine Gruppe von „Unentschiedenen“, „Indifferenten“, deren Anzahl sich mit der Zeit zwar deutlich verminderte, die jedoch bis zum Ende der Habsburgermonarchie existierte²⁾. Der Wettbewerb beider nationalen Gemeinschaften stellte dann den Nährboden für die Entstehung von verschiedensten Interessengemeinschaften dar.

Die zunehmenden politischen Streitigkeiten zwischen Tschechen und Deutschen zogen ein solches Maß an Aufmerksamkeit auf sich, daß man beinahe vergaß, daß in den böhmischen Ländern noch eine Nation lebte – die Juden. Diese neigten eher der entwickelteren deutschen Kultur zu; dazu wurden sie übrigens auch vom josephinischen Staat gezwungen. Später (wenn auch in geringerem Maße) näherten sie sich auch den Tschechen an, denen sie auch behilflich waren, sich in wirtschaftlicher Hinsicht durchzusetzen. Jedenfalls waren die Juden in beide nationale Gemeinschaften integriert, von denen sie sich jedoch durch die Religion (sofern sie nicht konvertierten) und durch einige kulturelle Gewohnheiten unterschieden. Zionistische Tendenzen traten in Böhmen erst knapp vor dem Ersten Weltkrieg auf.

1. Die Anfänge der Vereinstätigkeit im Vormärz und Neoabsolutismus

Vereine und Parteien (wenn auch letztere nur im Anfangsstadium) sowie jene Möglichkeiten, die diese zur Gestaltung und Durchsetzung von Gruppenanschauungen und Interessen boten, lernte man in Böhmen im Prinzip erst im Jahre 1848 kennen. Die ersten Vereine in Böhmen entstanden jedoch im Vormärz und sogar schon im 18. Jahrhundert³⁾. Es handelte sich besonders um Gesellschaften, die sich mit der Förderung von Wissenschaften, Kunst und Wirtschaft befaßten.

²⁾ ROBERT LUFT, Zwischen Tschechen und Deutschen in Prag um 1900. Zweisprachige Welten, nationale Interferenzen und Verbindungen über ethnische Grenzen; in: *Brücken – Germanistisches Jahrbuch Tschechien – Slowakei* N.F. 4 (1996) 143–169; DERS., Nationale Utraquisten in Böhmen. Zur Problematik „nationaler Zwischenstellungen“ am Ende des 19. Jahrhunderts; in: MAURICE GODÉ, JACQUES LE RIDER, FRANÇOISE MAYER (Hgg.), *Allemands, Juifs et Tchèques à Prague/Deutsche, Juden und Tschechen in Prag 1890–1924* (=Bibliothèque d'Études Germaniques et Centre-Européennes 1, Montpellier 1996) 37–51.

³⁾ Die erste Vereinigung eines modernen Typus stellten eigentlich die Freimaurerlogen dar. Das Freimaurertum gelangte in die böhmischen Länder durch Offiziere der französischen Okkupationsarmee, die Böhmen am Anfang der vierziger Jahre des 18. Jahrhunderts besetzt hatte. Es hat in Böhmen zwar Wurzeln geschlagen, doch erst die Tätigkeit des Wissenschaftlers, Erfinders und vielseitigen Organisators Ignaz von Born am Anfang der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts hat zum großen Aufschwung beigetragen. Die Blütezeit der Prager Logen endete mit Joseph II., der ihre Anzahl auf drei beschränkte. Im Jahre 1794 haben sich alle Logen freiwillig aufgelöst. Vgl. JIŘÍ BERÁNEK, *Tajemství lóží. Svobodné zednářství bez legend a mýtů* [Geheimnisse der Logen. Freimaurerei ohne Legenden und Mythen] (Praha 1994) 75–119, 143–158. In diesem kurzen Abriß der Vereine im Vormärz möchte ich jedoch nur diejenigen erwähnen, die auch weiterhin existierten.

Aus der um einige Zeitschriften (*Neue Literatur*, *Prager gelehrte Nachrichten*) organisierten Gelehrtengruppen und anderen Zentren (adeligen Salons, der Lesegesellschaft „Learned Club“) entstand um die Hälfte der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts eine private gelehrte Gesellschaft, die einen eigenen Almanach *Abhandlungen einer Privatgesellschaft in Böhmen zur Aufnahme der Mathematik, der vaterländischen Geschichte und der Naturgeschichte* veröffentlichte. Im Jahre 1784 nahm Kaiser Joseph II. ihre Entstehung zur Kenntnis. Sechs Jahre später begann die Gesellschaft, den Namen „Königlich Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften“ zu benutzen. Diese Gesellschaft, die Männer wie Josef Dobrovský, Bernard Bolzano, Christian Doppler oder František Palacký zu ihren Mitgliedern zählte, trug (bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1952) wesentlich zur Entfaltung der wissenschaftlichen Forschung in Böhmen bei⁴⁾. Die „vaterländischen Freunde der Wissenschaften“ um den Grafen Kaspar Sternberg setzten sich im Jahre 1818 für die Errichtung einer weiteren wissenschaftlichen Spitzenorganisation, des „Vaterländischen Museums“, ein. Diese private Initiative, die natürlich mit Unterstützung der Landesbehörden zustandekam, konnte dank einer amtlichen Erlaubnis vom 11. Juni 1820 den Charakter einer Vereinstätigkeit annehmen. So wurde die „Společnost Vlasteneckého Muzea v Čechách“ [Gesellschaft des Vaterländischen Museums in Böhmen] errichtet, im Deutschen kurz „Museumsverein“ genannt⁵⁾.

Am Anfang des Jahres 1796 gründeten einige böhmische Adelige die „Gesellschaft patriotischer Kunstfreunde“⁶⁾. Unter Mithilfe weiterer Personen bürgerlicher Abstammung, die sich größtenteils als Fachleute betätigt haben, bemühten sich diese Adelige um die Hebung der Kunst und des Geschmacks. Zu diesem Zwecke errichtete die Gesellschaft eine Bildergalerie und kurz darauf eine Kunstakademie. Ähnlich hat auch der adelige „Verein zur Beförderung der Tonkunst in Böhmen“ durch die Gründung eines Musikkonservatoriums zur Intensivierung der Musikkunst beigetragen, die auch vom „Verein der Kunstfreunde für Kirchenmusik“ (1826) oder der „Sophien-Akademie“ (gegr. 1840) gepflegt wurde.

Schon im 18. Jahrhundert (1770, bzw. 1789) war die „k. k. Patriotisch-ökonomische Gesellschaft im Königreich Böhmen“ entstanden, die die Landwirtschaft fördern sollte. Sie wurde als staatliche Institution gegründet, aber mit

⁴⁾ JOSEF KALOUSEK, *Děje Král. české společnosti nauk* [Geschichte der Königl. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften] (Praha 1885); JAROSLAV PROKEŠ, *Počátky České společnosti nauk do konce XVIII. stol., 1774–1789* [Anfänge der Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, 1774–1789] (Praha 1938).

⁵⁾ JOSEF HANUŠ, *Národní museum a naše obrození* [Das Nationalmuseum und unsere Wiedergeburt], 2 Bde. (Praha 1921 und 1923), hier II 27–105; KAREL SKLENÁŘ, *Obraz vlasti. Příběh Národního muzea* [Das Bild des Vaterlandes. Geschichte des Nationalmuseums] (Praha 2002) 41–79.

⁶⁾ ZDENĚK HOJDA, *Die Gesellschaft patriotischer Kunstfreunde in Prag. Ihre Rolle im Kunstleben Böhmens 1796–1840*; in: AGNIESZKA WÓJCIK, ELŻBIETA HYŻY (Hgg.), *Seminaria Niedzickie. Związki artystyczne polsko-czesko-słowacko-węgierskie / Niedzica Seminars V. Cultural Institutions in the 19th Century as an Example of National Revival in Poland, Bohemia, Slovakia and Hungary*, October 10–13, 1985 (Cracow 1991) 85–91.

umfangreichen Befugnissen, die es ihr ermöglichten, auch andere Vereine zu organisieren – z. B. den „Pomologischen Verein“ (1820) oder den „Schafzüchterverein“ (1829). Die Entwicklung der industriellen und gewerblichen Produktion sollte der wieder auf Grund einer Initiative der böhmischen Adelligen im Jahre 1833 gegründete „Jednota k povzbuzení průmyslu v Čechách“ [Verein zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen; kurz: Průmyslová jednota, Gewerbeverein] unterstützen. An dessen Tätigkeit nahmen auch deutschböhmische Industrielle aus Nordböhmen teil. Der Verein sollte vor allem das Wissen um wirtschaftliche Neuerungen verbreiten, Zeitschriften herausgeben, Ausstellungen veranstalten. Er wurde auch beauftragt, Gutachten für die Regierung und die Landesbehörden zu erstellen⁷⁾.

Im gesellschaftlichen und insbesondere im kulturellen Leben Böhmens im Vormärz spielten die Vereine (und die von ihnen gegründeten Institutionen – Konservatorium, Gemäldegalerie) eine sehr wichtige Rolle. Ihre Anfänge sind mit dem adeligen Milieu, dem Landespatriotismus und dem Deutschen als Verhandlungssprache verbunden. Seit dem Ende der dreißiger Jahre begannen auch die Repräsentanten der sich formierenden tschechischen nationalen Gesellschaft, sich in ihnen durchzusetzen. Sie bemühten sich, diese Vereine in den Dienst der Nationalbewegung zu stellen. An diesen Bestrebungen beteiligte sich – als Geschäftsführer des „Vaterländischen Museums“ und Sekretär der „Königlich Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften“ – auch František Palacký⁸⁾. Auch im „Gewerbeverein“ kamen mehr und mehr die Mitglieder tschechischer Abstammung zu Wort, die dort unter der Führung des Ingenieurs Jan Perner sowie des Juristen und späteren Politikers František Ladislav Rieger ihre Vorstellungen über die kurzfristige sowie langfristige Tätigkeit des Vereins zum Ausdruck bringen konnten. Rieger gestand später, daß die Verhandlungen im „Gewerbeverein“ als Vorbereitung auf seine Aktivität in den diversen parlamentarischen Körperschaften dienten. Später, in der sechziger Jahren, überwogen in dieser Institution die Tschechen und sie bemühten sich, diese als Gegengewicht zu den Handels- und Gewerbekammern, in welchen die Deutschböhmen überwogen, auszugestalten. Von den wichtigen Vereinen im Vormärz hatte nur die „Měšťanská beseda“

⁷⁾ MILOSLAV VOLF, *Vlastenecko–hospodářská společnost 1767–1872. Inventář* [Die Patriottisch–ökonomische Gesellschaft 1767–1872. Inventar] (Praha 1956); PETER BURIAN, *Das Vereinswesen in den böhmischen Ländern*; in: FERDINAND SEIBT (Hg.), *Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern* (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München 1986) 39–51, hier 44–48; BEDŘICH MANSFELD (Hg.), *Sto let Jednoty k povzbuzení průmyslu v Čechách 1833–1933. Sborník statí o vzniku, vývoji a působení Jednoty průmyslové* [Hundert Jahre Verein zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen 1833–1933. Sammelband von Abhandlungen über Entstehung, Entwicklung und Wirkung des Gewerbevereins] (Praha 1934).

⁸⁾ Zu dessen diesbezüglichen Aktivitäten siehe JIŘÍ KOŘÁLKA, *František Palacký (1798–1876). Životopis* [František Palacký 1798–1876. Eine Biographie] (Praha 1998) Kapitel 3. Eine deutsche Neubearbeitung dieses Werkes befindet sich in Druck: DERS., *František Palacký (1798–1876)*. Der Historiker der Tschechen im österreichischen Vielvölkerstaat (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 30).

[Bürgerressource], die im Jahr 1845 gegründet wurde, einen tschechischen Charakter, obwohl sie auch von Vertretern der deutschböhmisches Prager Gesellschaft besucht wurde. Verschiedene Tischgesellschaften formulierten ebenfalls ihre Vorstellungen über die Bedürfnisse der Gesellschaft und manche hatten den Mut, diese zu veröffentlichen. Auch die Versammlung am 11. März 1848 im Gasthaus zum St.-Wenzelsbad wurde ja von zwei solchen Gesellschaften einberufen – der geheimen Vereinigung „Český Repeal“ [Böhmischer Repeal] und der Tischgesellschaft um Petr Fastr⁹⁾.

Das waren allerdings nur Ansätze, die man natürlich nicht mit dem Schwung der Vereinstätigkeit in den Revolutionsjahren 1848/49 vergleichen kann. Als Gegengewicht zum St.-Wenzelsbad-Ausschuß, in der Folge „Národní vybor“ [Nationalausschuß], kam es in den ersten Maitagen zur Gründung des „Vereins der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“. Der Verein protestierte dagegen, daß der slawische Teil der Bevölkerung sich zum Wortführer des ganzen Landes aufgeschwungen hatte (obwohl Ludwig Ruppert, Uffo Horn, Johann Kliebert an der Ausarbeitung der Petition an den Herrscher teilgenommen hatten) sowie gegen eine eventuelle Trennung Böhmens, Mährens und Schlesiens von den übrigen österreichischen Ländern. Der Verein protestierte auch gegen den Gebrauch der tschechischen Sprache in den Schulen. In der zweiten Aprilhälfte entstand auf einer Versammlung der Prager Deutschen der „Constitutionelle Verein“¹⁰⁾. Das trug wieder zur Gründung eines anderen tschechischen Vereins, der „Slovanská Lípa“ [Slawische Linde], bei. Diese demokratische Vereinigung hatte Filialen im ganzen Land (und z. T. auch in Mähren). „Slovanská Lípa“ wollte vor allem die konstitutionellen Rechte und Freiheiten verteidigen, um die Gleichberechtigung der Sprachen kämpfen, aber auch die Entwicklung von Industrie, Gewerbe und Handels unterstützen und generell öffentlich wirksam werden¹¹⁾.

Von den Errungenschaften der Revolution konnten jedoch nicht alle Menschen immer und in gleichem Maße Gebrauch machen. Im Dezember 1848 wurden alle demokratischen und Arbeitervereine verboten¹²⁾ und nachdem die

⁹⁾ OTTO URBAN, Die tschechische Gesellschaft 1848–1918, 2 Bde. (=Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 2, Wien – Köln – Weimar 1994), hier I 44–74; ALOIS STOMPF, Devadesát let Besedy měšťanské v Praze 1846–1936 [Neunzig Jahre Bürgerressource in Prag 1846–1936] (Praha 1936).

¹⁰⁾ ERNST KARL SIEBER, Ludwig von Löhrer. Ein Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1848/1849 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 18, München 1965).

¹¹⁾ JAN NOVOTNÝ, Slovanská lípa 1848–1849. K dějinám prvního českého politického spolku [Die Slawische Linde. Zur Geschichte des ersten tschechischen politischen Vereins]; in: Acta Musei pragensis 1975 5–75 und Ebd. 1976 5–81.

¹²⁾ EVA DRAŠAROVÁ, Stát, spolky a spolčování [Staat, Vereine und Vereinswesen]; in: Paginae historiae 1 (1993) 152–177, hier 156. Es ist jedoch die Frage, wie wirkungsvoll dieses Verbot war. Der Verein „Slovanská lípa“ konnte trotz des Verbots weiter arbeiten und entfaltete eine rege Tätigkeit. Vgl. NOVOTNÝ, Slovanská lípa [Die Slawische Linde] II 46 f.

Vorbereitungen zur sogenannten Mai-Verschwörung 1849 aufflogen, wurde über Prag (Praha) (also die Stadt mit der weitaus größten Anzahl an Vereinen; allein rund 20 Studentenvereine waren in den letzten Monaten entstanden) der Ausnahmezustand verhängt, der die praktische Realisation des Vereinsrechtes bis zum September 1850 suspendierte. Mit der fortschreitenden Durchsetzung des polizeilichen Regimes wurde auch in der Folge das Vereinsleben immer stärkeren Beschränkungen unterworfen. Diese Entwicklung kam durch das neue Vereinsgesetz vom 26. November 1852 zum Abschluß, welches zur Praxis der Vormärzzeit zurückkehrte.

„Man vereinigte sich, um sich versammeln zu können, um sich reden zu hören, um Vorstände und Ausschüsse zu wählen, um bei passender Gelegenheit petitionieren oder auch politisch tätig sein zu können,“ schrieb am 31. März 1853 der Prager Polizeidirektor Leopold Ritter von Sacher-Masoch dem Statthalter Karl Freiherrn von Mecséry, und fuhr fort: „schon allein die freie und ungebundene Wahl der Vorstände, die Abstimmung in den Sitzungen usw. ... [gäbe] diesen Vereinigungen eine Art von demokratischem Anstrich ...“¹³⁾. In diesem konkreten Fall verurteilte der Polizeidirektor die Assoziationsbestrebungen der Handwerker. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß diese Äußerung als Ausdruck der offiziellen Gesinnung der Behörden während des Neoabsolutismus, der „Zeit der lebendig Begrabenen“, wie der tschechische Dichter Jan Neruda den Neoabsolutismus nannte, gelten kann.

Das Assoziationswesen wurde jedenfalls genau überwacht. Im Jahre 1851 wurde eine „Vereinigung der Handschuh- und Dachdecker Gesellen“ entdeckt, 1857 der „Hutmacherverein“. Diese Vereinigungen sollten den Platz der Zünfte ausfüllen, die unter dem Drang der neuen Produktionsweise zerfielen und deren Auflösung an der Tagesordnung war. Das reiche Bürgertum, das die Ideen des Liberalismus und Individualismus vertrat, begrüßte diese Entwicklung. Auch Mecséry dachte, daß die Vereine der Kleinproduzenten – obwohl sie sich mit wohlthätigen Zwecken befaßten – es sich in Wirklichkeit zum Ziel setzten, die Produktion zu reglementieren und zu monopolisieren. Ein derartiger Verein war z.B. Mitte der fünfziger Jahre das im Mai 1848 gegründete „Prager Meisterkollegium“. Es vereinigte die Fürsprecher der alten Ordnung, andererseits versuchte es, die Lage des Handwerkerstandes mit modernen Mitteln zu verbessern – und zwar durch Weiterbildung, Selbsthilfe und durch eine Verbesserung der Kommunikation unter seinen Mitgliedern. Das „Meisterkollegium“ gab zwei Zeitschriften, eine deutsch- und eine tschechischsprachige, heraus, und versuchte, weitere Vereine zu organisieren. Eine so umfangreiche Initiative erweckte natürlich den Verdacht der Behörden, die das „Meisterkollegium“ im Februar 1854 auflösten¹⁴⁾. Auch die auf Vereinsbasis gegründeten Vorschußkassen der Hand-

¹³⁾ Zitiert nach CHRISTOPH STÖLZL, Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849–1859 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 26, München 1971) 133.

¹⁴⁾ EBD. 125–135.

werker und kleinen Gewerbetreibenden standen unter strenger Aufsicht¹⁵). Die Statthalterei sorgte weiters dafür, daß die Wandergesellen nicht in Kontakt zu ausländischen Arbeitervereinen traten. Die Überwachung der Staatsverwaltung bezog sich laut Gesetz von 1852 auf alle Vereine einschließlich bewährter Organisationen, in denen die gesellschaftliche Elite zusammenkam. So wohnte stets auch den Sitzungen des Ausschusses des „Museumsvereins“ – wie allen anderen Vereinen – ein Polizeikommissär bei. Auch auf die Zusammensetzung der Vereine wollte man behördlicherseits Einfluß nehmen. Auf Grund erheblichen Drucks von oben wurde Palacký 1852 nicht mehr in den Ausschuß des „Museumsvereins“ wiedergewählt – diejenigen, die nicht für diesen hervorragenden Wissenschaftler und Denker stimmten, nahmen stattdessen den Polizeidirektor Sacher-Masoch in ihre Reihen auf¹⁶).

Die Idee der Assoziation ließ sich jedoch nicht aufhalten. Die Vereine wirkten in Böhmen trotz der Ungunst der Behörden. Nach den Unterlagen der Statthalterei gab es in Böhmen am Beginn der neoabsolutistischen Ära 352 Vereine (darunter etwa die Hälfte in Prag), am Ende des Jahres 1853 384 Vereine¹⁷). Moriz von Stubenrauch weist für die Mitte der fünfziger Jahre in seinem Werk 466 Vereine nach, das waren 7,5 Prozent aller österreichischen Vereine¹⁸). Meistens handelte es sich um Religions- und Kultusvereine (105), Vereine zur Förderung des geselligen Vergnügens (80), Begräbnisvereine (76) sowie Kranken- und Unterstützungsvereine (55). Diese Angaben waren dabei sehr wahrscheinlich lückenhaft; allein im Bezirk Böhmisches Leipa (Česká Lípa) gab es laut einem für die Behörden verfaßten Verzeichnis im Jahre 1854 insgesamt 114 Vereine. (Auch nach diesem Verzeichnis überwogen religiöse Vereine, dann folgten mit großem Abstand Wohltätigkeits-, Unterhaltungs- und Begräbnisvereine.) Dabei ist es beachtenswert, daß ein großer Teil dieser Vereinen am Anfang der fünfziger Jahre entstand¹⁹). Auch in Reichenberg (Liberec) entwickelten die Vereine eine ziemlich rege Tätigkeit. „Geselligkeitsklub“ (später „Fortbildungs- und Geselligkeitsklub“), „Verein der Naturfreunde“, „Ressourcegesellschaft“, „Gewerbeverein“ und eine ganze Reihe weiterer Berufsvereine (z. B. „Unterstützungsverein der unbemittelten Tuchmachermeister“) dienten sowohl dem unternehmerischen und gebildeten Bürgertum als auch den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden. Die Behörden legten der Gründung solcher Vereine keine großen Hin-

¹⁵) ERIKA KRUPPA, Das Vereinswesen der Prager Vorstadt Smichow 1850–1875 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 67, München 1992) 153–158.

¹⁶) KOŘALKA, Palacký. Životopis [Palacký. Biographie] 363 ff. Um den Bestand der wichtigen nationalen Institutionen nicht zu bedrohen, entschloß sich Palacký, auf seinen Posten als Vorsitzender des „Sbor pro zřízení českého divadla“ [Komitees zur Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters] und den des Schriftführers des Museums zu verzichten.

¹⁷) DRAŠAROVÁ, Stát, spolky a spolčování [Staat, Vereine und Vereinswesen] 162.

¹⁸) MORIZ VON STUBENRAUCH, Statistische Darstellung des Vereinswesens im Kaiserthume Österreich. Nach amtlichen Quellen bearbeitet (Wien 1857).

¹⁹) Národní archiv Praha [NAP, Nationalarchiv Prag], früher Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv, Prag], presidium místodržitelství [Statthalterei-Präsidium, PM] 1855–59, Inventarnummer 1733, Sign. 8/5/15/6.

dernisse in den Weg. Im Jahre 1852 wirkten in Reichenberg neun Vereine, ein Jahr später bereits 16 Vereine²⁰⁾.

Große Bedeutung für die weitere Entwicklung hatten die Filialvereine der „k. k. Patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“. Deren Gründung wurde in der Regel vom Ministerium für Landeskultur und Bergwesen veranlaßt, das damit zur Hebung der landwirtschaftlichen Bildung und der Modernisierung der Produktionsweise beitragen wollte. Nach gewissen Anfangsschwierigkeiten gab es im Jahre 1851 acht Filialen, zwei Jahre später schon 19. An ihrer Tätigkeit nahmen neben den fachlich interessierten Gutsbesitzern ehemalige Herrschaftsbeamte, Geistliche und Angehörige der Intelligenz, aber auch Bauern teil. An der Leitung beteiligten sich auch Landwirtschaftsfachleute wie z. B. im Falle des Vereins in Laun (Louny) Anton Emanuel Komers oder Johann Osumbor. Die Filialvereine durften sich nicht mit Politik beschäftigen, auch äußerten sie kein vordergründiges Interesse daran, obwohl ein latentes Interesse bei jeder öffentlichen Aktivität unterstellt werden kann. In einem Regime, das jede gewöhnliche politische Betätigung unmöglich macht, gilt darüber hinaus jede Abweichung von der Norm als eine wichtige politische Tat²¹⁾. In dieser Weise interpretierten die Behörden unter anderem die Tatsache, daß im Jahr 1857 der tschechische Patriot Jan Krouský 70 Bauern in den Filialverein der „k. k. Patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“ in Jung Bunzlau (Mladá Boleslav) einführte. Damit änderte sich die Zusammensetzung der Mitgliedschaft in einem derartigen Umfang, daß die Filiale das Tschechische als Verhandlungssprache zu verwenden begann. In eben diesem Sinn verstand auch die tschechische Öffentlichkeit diesen Schritt. Unter diesen Umständen konnten die Filialvereine der „k. k. Patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“ zu Keimzellen der tschechischen Volks- und Agrarbewegung werden²²⁾.

Ähnlich wie im Falle der Handwerkerassoziationen zeigte sich auch hier, daß die Tschechen gegen den Individualismus des fortgeschrittenen Teils der österreichischen Gesellschaft (insbesondere gegen das deutsche Besitzbürgertum) die Idee der nationalen und sozialen Solidarität stellten. Durch das Prinzip der Vereinigung der Kräfte hoffte man, auch die Nachteile ausgleichen zu können, die die weniger entwickelte tschechische Gesellschaft im Bereich der Bildung, Kapitalstärke oder Unternehmerrfahrungen empfand. Auf diese Zusammenhänge machten einige Publizisten bereits seit dem Ende der fünfziger Jahre aufmerksam, unter ihnen vor allem František Šimáček²³⁾. Šimáček war ganz von der Notwen-

²⁰⁾ MILOSLAVA MELANOVÁ, Spolkový život v Liberci od počátku 19. století do roku 1914 [Das Vereinsleben in Reichenberg seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1914]; in: Documenta Pragensia 18 (2000) 259–279.

²¹⁾ JAROSLAV KABEŠ, Počátky hospodářských spolků v Čechách (1848–1855) [Die Anfänge der landwirtschaftlichen Vereine in Böhmen (1848–1855)]; in: Časopis pro dějiny venkova 23 (1936) 135–143.

²²⁾ STÖLZL, Ära Bach in Böhmen 41–55, insbes. 50.

²³⁾ Šimáček propagierte seine Grundsätze in der populären Zeitschrift *Posel z Prahy* [Bote aus Prag], die er 1857 herauszugeben begann. Über ihn vgl. ADOLF SRB, František Šimáček. Jeho život

digkeit durchdrungen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Er pries die Maschinen, verurteilte die Zünfte als Mittel zur Reglementierung und Beschränkung der Produktion. Andererseits befürwortete er die Gründung von Vorschußkassen, welche es auch den armen, aber tüchtigen Tschechen ermöglichen sollten, als Unternehmer die neuen Möglichkeiten nützen zu können.

2. *Das Vereinswesen zwischen den sechziger Jahren und der Jahrhundertwende*

Nach der Entlassung des Ministers Bach und nach weiteren Signalen der Kursänderung erfuhr die öffentliche Meinung eine merkliche Belebung. Wirkliche politische Aktionen erfolgten jedoch erst am Anfang des Jahres 1861 im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Gemeinde- und der Landtagswahlen²⁴). Vor allem die Prager Gemeindewahlen zogen eine außerordentliche Aufmerksamkeit auf sich. Es kandidierten zwei Gruppierungen. Die deutschen Konservativen, geführt von Andreas Haase, die bisher die Stadt beherrscht hatten, versuchten, ihre Vergangenheit durch die Benennung „Wahlcomité der liberalen Verfassungsfreunde“ zu verdecken²⁵). Gegen sie traten, unter der Losung „Fortschritt zum Besseren“, die tschechischen nationalen Führungspersonlichkeiten von im Grunde genommen liberaler Prägung auf. Ihnen schlossen sich auch einige liberale Deutsche (z. B. Clemens Bachofen von Echt, Maximilian Dormitzer oder Eduard Seutter von Lötzen) an, die der Herrschaft der Konservativen auf dem Rathaus ein Ende machen wollten²⁶). Der entscheidende Unterschied war damals also nicht der nationale, sondern der politische und persönliche. Man rechnete damit, daß das „Wahlcomité der liberalen Verfassungsfreunde“ sehr gute Erfolge erzielen oder sogar siegen würde. Das wirtschaftliche Erstarken des tschechischen Bürgertums, bessere Organisation, größerer Einsatz der Kräfte und die Gunst breiterer Gesellschaftskreise, die das neoabsolutistische Regime und seine Mitarbeiter verurteilten – das alles führte jedoch dazu, daß die konservative Partei eine vernichtende Niederlage erlitt. „Der gestrige Tag war für uns ein Tag

a působení [František Šimáček. Sein Leben und Wirken] (Praha 1910). Zu diesem Thema siehe noch Jiří POKORNÝ, Praktische Erziehung, Gewerbsgeist und Entstehung der tschechischen Unternehmerschaft; in: HANNES STEKL, PETER URBANITSCH, ERNST BRUCKMÜLLER, HANS HEISS (Hgg.), „Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit“ (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 2, Wien – Köln – Weimar 1992) 222–230.

²⁴) BERND ROTTENBACHER, Das Februarpatent in der Praxis. Wahlpolitik, Wahlkämpfe und Wahlentscheidungen in den böhmischen Ländern der Habsburgermonarchie 1861–1871 (=Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 910, Frankfurt am Main u. a. 2001) passim, insbes. 218–223. Vgl. auch GARY B. COHEN, The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague, 1861–1914 (Princeton, New Jersey 1981) 46 ff.

²⁵) Candidatur-Liste für das Stadtverordneten-Collegium. Aufgestellt von dem Wahlcomité liberaler Verfassungsfreunde; in: *Bohemia* vom 3. März 1861, Nr. 54; auch EBD. vom 8. März 1861, Nr. 58.

²⁶) Svoboda vrátila se slovu zase [Die Freiheit ist dem Wort wiedergegeben]; in: *Národní listy* vom 2. Jänner 1861, Nr. 2.

von Solferino,“ schrieb sogar das deutsche Tagblatt *Bohemia*²⁷⁾. Die Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Liberalen dauerte allerdings nicht lange. Sie scheiterte an der tschechischen Forderung, das Deutsche als die Unterrichtssprache an den städtischen Volksschulen zu Gunsten des Tschechischen einzuschränken, das bisher keine entsprechende Berücksichtigung gefunden hatte.

Beide Gruppierungen waren auf die Unterstützung von Vereinen angewiesen. Die Proponenten der Fortschrittspartei kamen in den Räumen der tschechischen „*Měšťanská beseda*“ zusammen, die Partei stützte sich auf die Autorität František Palackýs, František Ladislav Riegers und anderer führender Persönlichkeiten der Nationalbewegung. Die Partei der Verfassungsfreunde benützte die Räume der Prager Vorschußkasse für Handwerker im Altstädter Rathaus. Sie konnten sich allgemein auf die entwickeltere Presse der Deutschen und die organisatorische Infrastruktur verlassen, die die Handels- und Gewerbekammern boten.

In den bald darauf folgenden Wahlen zum böhmischen Landtag formierten sich die Parteien schon auf nationaler Grundlage. Die Wahlausschüsse beider Parteien stellten die Kandidaten unter Berücksichtigung verschiedener Empfehlungen auf, ordneten sie bestimmten Bezirken zu und empfahlen sie den örtlichen Wählern. Meistens wurden diese Kandidaturen vor Ort angenommen, manchmal kam es jedoch auch zur Nominierung von Gegenkandidaten. Der tschechische sowie der deutsche Wahlausschuß stimmten darin überein, daß die Kandidaten über bestimmte Eigenschaften verfügen sollten – es sollte sich um tüchtige, ehrliche, gebildete, die Verhältnisse kennende Menschen handeln. Das tschechische Komitee empfahl außerdem nachdrücklich, keine Beamten zu wählen, weil sie von der Regierung abhängig wären – das deutsche befürwortete im Gegenteil deren Wahl. Das tschechische Komitee sprach sich noch gegen die Kandidaturen jener Bauern und Handwerker aus, die gewissen Ansprüchen im Bereich der Bildung nicht genügen konnten²⁸⁾. Ideal waren also die Kandidaten, die zur Gruppe der nationalen Elite gehörten.

Diese beiden Wahlgänge trugen einerseits zu einem verstärkten Engagement der Staatsbürger bei, andererseits zur Aufspaltung in zwei getrennte nationale Gesellschaften. In dieser Atmosphäre begann man Vereine zu bilden, die dazu beitragen konnten, die Identität der nationalen Gesellschaften zu fördern. Ihre Anzahl vergrößerte sich schon deswegen, weil im national gemischten Milieu viele Vereine sich nach nationalen Kriterien teilten oder als solche schon entstanden. So kam es dazu, daß sich „spiegelgleich“ zwei Lager von Vereinen formierten. Diese Vereine hatten dieselbe soziale Grundlage, dieselben Zielsetzungen und Arbeitsmethoden, nur was die nationale Zusammensetzung der Mitgliedschaft anbelangt, unterschieden sie sich voneinander.

²⁷⁾ *Bohemia* vom 13. März 1861, Nr. 62.

²⁸⁾ *Krajané, rodáci!* [Landsleute!]; in: *Národní listy* vom 8. März 1861, Nr. 67; *Pánům kandidátům na sněm český* [An die Herren Kandidaten zum böhmischen Landtag]; in: *Národní listy* vom 15. März 1861, Nr. 74; *Voličové pozor* [Wähler, Vorsicht!]; in: *Národní listy* vom 16. März 1861, Nr. 75; *Před volbou* [Vor der Wahl]; in: *Národní listy* vom 17. März 1861, Nr. 76.

- a) Nationale Bildungsvereine: „Deutsches Casino“, Gesangs-, Turn- und Sportvereine, Studentenvereine, Volksbildungs- und Lehrervereine

Die verstärkte Vereinsaktivität war nach Jahren aufgezwungener Untätigkeit vor allem bei den Tschechen offensichtlich. In den Jahren 1860 bis 1862 entstanden einige später bedeutsame Vereine – „Umělecká beseda“ [Künstler-Kasino], „Svatobor“, „Hlahol“ [Klang] und der wichtigste tschechische Verein: „Sokol“ [Falke]. Der von Palacký ins Leben gerufene Schriftstellerverein „Svatobor“ wurde gegründet, um freischaffende Schriftsteller (bzw. ihre Familien) während ihrer Tätigkeit sowie im Falle der dringenden Not zu unterstützen²⁹). Auch „Umělecká beseda“ sollte den Künstlern dienen, fungierte aber eher als Treffpunkt und Gelegenheit zur informellen Kommunikation³⁰). Der Gesangsverein „Hlahol“ war bereits am Ende des Jahres 1860 entstanden³¹). Seine Aktivität war nicht auf das Innere der Künstlerkommunität gerichtet, sondern er trat ganz bewußt an die Öffentlichkeit. Seine Veranstaltungen, die unter der Losung „Mit dem Lied zum Herzen, mit dem Herzen zum Vaterland“ bei verschiedenen Nationalfesten (z. B. bei der Grundsteinlegung für das Nationaltheater im Mai 1868 oder bei der Eröffnung der Landtagsverhandlungen im April 1861) stattfanden, hatten eine tiefe nationalpolitische Bedeutung. „Hlahol“ wurde zum Vorbild für andere tschechische Gesangsvereine, die seit Anfang der sechziger Jahre in vielen Städten Böhmens entstanden. Damit sich diese Vereine besser kennenlernen konnten, beschloß „Hlahol“, ein Treffen aller Gesangsvereine in Prag zu veranstalten. Zwischen 15. und 19. Mai 1862 (während der Johannis-Wallfahrt) trafen sich 87 Vereine und 900 Sänger. Solche Kongresse fanden dann öfter statt.

Dem Verein „Hlahol“ entsprach der „Deutsche Männergesangsverein“³²). Er war im Jahre 1861 als „Deutscher Gesangsverein Flöte“ aus dem national gemischten Verein „Harmonie“ entstanden, in welchem jedoch tschechische Mitglieder überwogen. Der „Deutsche Gesangsverein Flöte“ knüpfte an die Tätigkeit eines früheren Vereines „Zauberflöte“ aus dem Jahre 1859 an. Auch der „Deutsche Männergesangsverein“ (wie er seit 1866 hieß) zeichnete sich durch nationales Bewußtsein aus, er begleitete deutsche Aktionen und Feste oder er veranstaltete sie selbst (z. B. die Erinnerungsfeier an die Schlacht bei Leipzig). Im Jahre 1864 trat er dem „Deutschen Sängerbund“ bei, der als Dachverband in Teplitz (Teplíce) entstanden war. 1876 beteiligte er sich mit 22 anderen Vereinen (und 700 Sängern) am ersten Sängerfest daselbst. In den Jahren 1879–96 übernahm er den Vorsitz im „Deutschen Sängerbund“.

²⁹) PAMÁTNÍK SVATOBORU 1862–1912 [Gedenkschrift des Vereins Svatobor 1862–1912] (Praha 1912).

³⁰) FRANTIŠEK SKÁČELÍK (Hg.), Sedmdesát let Umělecké besedy 1863–1933 [Siebzig Jahre Künstler-Kasino 1863–1933] (Praha 1933).

³¹) JAN SRB, FERDINAND TADRA, Památník pražského Hlaholu. Na oslavu 25leté činnosti spolku... [Gedenkschrift des Vereins Hlahol. Zur Feier der 25jährigen Tätigkeit des Vereins] (Praha 1886) 89–119, 176.

³²) ERNST RYCHNOVSKÝ, Fünfzig Jahre Deutscher Männergesangsverein (Prag 1911), insbes. 13–51.

Der wichtigste deutsche Verein in Böhmen war – sicherlich in politischer Hinsicht – das „Deutsche Casino“ in Prag³³). Es entstand im Jahre 1862 unter dem Eindruck der großen Niederlage bei den Prager Gemeindewahlen und der nicht gerade umwerfenden Erfolge in den darauffolgenden Wahlen zum Landtag als Ausdruck des Bedürfnisses, die Kräfte der deutschen liberalen Gesellschaft zu bündeln. An seiner Gründung nahmen 55 begüterte Repräsentanten des deutschen öffentlichen Lebens teil. Fabrikanten, reiche Kaufleute, Mitglieder freier Berufe und Professoren überwogen auch später in seiner Leitung. Die Mitgliedergrundlage bildete hingegen der obere Mittelstand – 1879 waren unter 1.200 Mitgliedern nur zehn Handwerksmeister. Zum Vorsitzenden des „Casinos“ wurde Franz Schmeykal gewählt, der politische Führer der deutschen Liberalen in Böhmen. Das „Casino“ wirkte als Protektor anderer deutscher Vereine, welchen es nach Bedarf mit finanziellen Mitteln aushalf, ihnen Sitzungssäle überließ und die Zusammensetzung ihrer Ausschüsse beeinflusste – oft wurde zum Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter solcher Vereine ein bedeutendes Mitglied des „Casinos“ gewählt. Auf diese Art konnte das „Deutsche Casino“ das deutsche Vereinsleben in Prag (zum Teil im ganzen Land Böhmen) diskret kontrollieren. Zwar wäre nach einer strengen Auslegung des Vereinsgesetzes von 1867 (§ 33) einem politischen Verein untersagt gewesen, „mit anderen Vereinen ... in Verbindung zu treten“, doch blieb diese Vorgangsweise keinesfalls auf deutsche Vereine beschränkt (auch die Jungtschechen bedienten sich ausgiebigst dieses Modells) und auch die Behörden akzeptierten schließlich stillschweigend diese Vorgangsweise³⁴). Das „Deutsche Casino“ bildete auch eine gewisse Plattform für den Ausgleich divergierender Meinungen von führenden deutschen politischen Persönlichkeiten. In dieser Funktion als „Clearingstelle“ und Lenkung der deutschböhmischen Politik lag die eigentliche Bedeutung des „Casinos“. Das eigentliche Vereinsleben trat demgegenüber deutlich zurück. Auf der Generalversammlung des Jahres 1886, die von 98 Teilnehmern besucht war, teilte Schmeykal mit, daß der Verein 488 Mitglieder habe, den Einnahmen im vergangenen Jahr in der Höhe von 2436 fl. Ausgaben in der Höhe von 896 fl. gegenüberstünden, dennoch hätte der Verein „aus Ersparungsrücksichten“ nicht alle Reden, die bei den Vereinsversammlungen gehalten worden seien, in Druck legen können³⁵).

Zwar stellte das „Casino“ einen außerordentlich exklusiven Verein dar, doch bewahrte es immer sein liberales Wesen. Zur nationalen Radikalisierung und zur Vertiefung der politischen Mobilisierung um die Mitte der achtziger Jahre nahm es eine auf Ausgleich bedachte Haltung ein. Die führenden Schichten des „Ca-

³³) ANTON KIEMANN, Die ersten vierzig Jahre des Vereines Deutsches Kasino in Prag 1862–1902 (Prag 1902) 8–13; COHEN, Politics of Ethnic Survival 66–70.

³⁴) PETER URBANITSCH, Zum Verhältnis von Staatsmacht, (politischen) Vereinen und Parteien; in: ULFRIED BURZ, MICHAEL DERNDARSKY, WERNER DROBESCH (Hgg.), Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag (Klagenfurt 2000) 279–304.

³⁵) Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien [AVA], Ministerium des Innern [MdI], Präs. 15, Karton 529, Zl. 1614/MI/1886, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 29. März 1886.

sinos“ bemühten sich, die Einheit der Deutschen auch unter geänderten Umständen aufrechtzuerhalten. Der antisemitischen Bewegung traten sie jedoch eindeutig entgegen; 1888 schlossen sie die Befürworter des Antisemitismus aus und unterstützten andere Vereine bei deren Verteidigung gegen antisemitische Argumente³⁶⁾. Mit ein Grund für diese Haltung wird wohl in der Tatsache zu suchen sein, daß fast die Hälfte der „Casino“-Mitglieder Juden waren und diese auch in der Prager deutschen Gesellschaft eine unverzichtbare Rolle spielten. Die Einheit der deutschen Politik konnte dennoch nicht mehr aufrechterhalten werden; vor dem Ersten Weltkrieg sah die Leitung des „Casinos“ die Gegensätze in der deutschen Gesellschaft denn auch nicht mehr so scharf und bot allen deutschen Parteien ohne Unterschied ihre Unterstützung an³⁷⁾.

Eine ganz außerordentliche Rolle im tschechischen Nationalleben spielte der Verein „Sokol“ [Falke]. Er wurde – ebenso wie der „Deutsche Turnverein“ – im Jahre 1862 gegründet. Ursprünglich sollte ein utraquistischer Verein entstehen; den deutschen Turnern bot jedoch der Mäzen Eduard Seutter von Lötzen 900 Gulden zur Gründung eines selbständigen Vereins unter der Bedingung, daß dessen Mitglieder nur der deutschen Nationalität angehören sollten. Die tschechischen Turner mußten also einen anderen Verein errichten³⁸⁾. Die Verantwortung übernahm der junge Intellektuelle und Bewunderer des antiken Ideals des Schönen und Guten – Miroslav Tyrš³⁹⁾. Mit Hilfe seines Freundes, des Versicherungskaufmannes Heinrich/Jindřich Fügner⁴⁰⁾, und mit Unterstützung jüngerer, radikal gesinnter Politiker und Journalisten um die Zeitung *Národní listy* [Nationalblätter] arbeitete er die Satzungen einer neuen Organisation aus. Noch im Januar 1862 genehmigte die Statthalterei die Satzungen. Obwohl der offizielle Name der Vereinigung „*Tělocvičná jednota pražská*“ [Prager Turnverein] war, nannte man den Verein schon am Anfang „Sokol“. Die Mitgliederzahl stieg so schnell, daß der Verein schon im Jahre 1865 fast 1000 Mitglieder hatte. Viele suchten im „Sokol“ nicht nur eine Möglichkeit zur Verbesserung der körperlichen Kondition, sondern auch eine Grundlage für eine liberale, demokratische Politik,

³⁶⁾ COHEN, Politics of Ethnic Survival 153 ff., 175–183.

³⁷⁾ ANTON KIEMANN, Das fünfte Jahrzehnt des Vereines Deutsches Kasino in Prag 1902–1912 (Prag 1912) 33.

³⁸⁾ JAN NOVOTNÝ, Sokol v životě národa [Der Sokol im Leben der Nation] (=Slovo k historii 25, Praha 1990).

³⁹⁾ Über Tyrš vgl. u. a. JOSEF BARTOŠ, Miroslav Tyrš (Praha 1930); ZORA DVOŘÁKOVÁ, Miroslav Tyrš, prohry a vítězství [Miroslav Tyrš, Niederlagen und Siege] (Praha 1989), insbes. 161–189. Aus der umfangreichen Literatur über den Sokol siehe noch ŠTO DESET LET SOKOLA 1862–1972 [110 Jahre Sokol 1862–1972] (Praha 1972), insbes. 13–25, 32–52; CLAIRE NOLTE, „Our Task, Direction and Goal“. The Development of the Sokol National Program to World War I; in: FERDINAND SEIBT (Hg.), Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München 1986) 123–138; DIES., The Sokol in the Czech Lands to 1914. Training for the Nation (Basingstoke – New York 2002).

⁴⁰⁾ OTTO URBAN, Heinrich/Jindřich Fügner – ein Typus des modernen böhmischen Bürgers; in: ROBERT HOFMANN (Hg.), Bürger zwischen Tradition und Moderne (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 6, Wien – Köln – Weimar 1997) 271–280.

die gegen die Regierung und die offizielle tschechische politische Repräsentation protestierte. Damit waren Tyrš und Fügner nicht einverstanden. Sie meinten, es wäre die Sendung des „Sokol“, durch das Turnen zur körperlichen sowie moralischen Ertüchtigung und Kräftigung der tschechischen Gesellschaft beizutragen. „Sokol“ sollte nicht nur einer Richtung der tschechischen Politik dienen, er sollte vielmehr über den Parteien stehen. Im Inneren seiner Organisation sollten nicht Stand, Eigentum, politische Orientierung und Religion wichtig sein, sondern die demokratischen Prinzipien der Bürgergesellschaft und der Toleranz. Nach außen wurden die Grundsätze der Gleichheit aller Mitglieder durch das Du-Wort und durch die Anrede „Bruder“ manifestiert, ein Brauch, der in verschiedensten Organisationen üblich war, angefangen von den Freimaurern über die Studentenverbindungen bis zu den deutschen Turnvereinen, aber auch im Offizierskorps der Armee. Die Idee des Freiheitskampfes kam auch durch das rote (Garibaldi-)Hemd zum Ausdruck, das zum Bestandteil der Sokoltracht wurde. Wichtig war – auch im Sinne einer umfassenden Mobilisierung – ferner die Tatsache, daß der Sokolverein auch das Frauenturnen ermöglichte⁴¹⁾.

Nach dem Vorbild des „Tělocvičná jednota pražská“ wurden in kurzer Zeit auch in anderen böhmischen Städten Turnvereine gegründet. Tyrš strebte ein einheitliches Auftreten aller Vereine an, insbesondere die Durchführung von Übungen nach gleichen Regeln. Als er jedoch im September 1863 in Prag einen Kurs für auswärtige Vorturner veranstaltete, griff die Polizei ein und nahm umfangreiche Untersuchungen vor. Tyrš versuchte im Jahr 1868 und erneut 1871 einen alle Sokolorganisationen überdachenden Verein zu gründen. Die Statuten einer solchen Organisation wurden in beiden Fällen abgelehnt; das Innenministerium argumentierte damit, daß der zu gründende Verein nicht das Ziel habe, der Sportentfaltung zu verhelfen, sondern politische Interessen verfolge⁴²⁾.

Mitte der siebziger Jahre geriet die Sokolorganisation in eine große Krise, ihre Tätigkeit erlosch allmählich; viele Vereine zerfielen, einige mutierten zu Feuerwehrvereinen – eine Entwicklung, die auch in anderen Ländern zu beobachten war⁴³⁾. Zu einer Belebung kam es erst an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren. Die Bemühungen, einen zentralen Verein zu gründen, waren zwar wieder nicht erfolgreich, 1884 gelang es aber, die Gauordnung, also die Verbindung der in einer bestimmten Region wirkenden Sokolvereine, durchzusetzen. Vier Jahre später genehmigte die Statthalterei mit Beschluß vom 5. November 1888 die Statuten eines die Sokolvereine im gesamten Königreich Böhmen überspannenden Vereins. So entstand die „Česká obec sokolská“ (ČOS) [Böhmische Sokolgemeinde], die 152 Vereine mit insgesamt 17.599 Mitgliedern umfaßte. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts begannen sich auch mährische Gaue

⁴¹⁾ Bereits 1868 entstand bei dem Prager Turnverein eine Abteilung für Frauenturnen. Solche Abteilungen oder sogar selbständige Vereine entstanden dann auch in anderen tschechischen Städten.

⁴²⁾ Zur Organisation der Sokolturner siehe FRANTIŠEK MAŠEK, *Snahy o zřízení ústrojí českého sokolstva* [Bestrebungen um die Errichtung der tschechischen Sokolschaft] (=Sokolská knihovna, Praha 1909).

in die böhmische Dachorganisation einzugliedern. Auch in Wien existierte schon seit längerem ein Sokolverein⁴⁴⁾. Gleichzeitig begann man, alle slawischen Sokolvereine in ganz Cisleithanien in einem Verband zu vereinigen. Der 1905 konstituierte „Svaz slovanského sokolstva“ [Verband der slawischen Sokolturnerschaft] bestand aus dem böhmischen Dachverband, aus der kroatischen und slowenischen Turnerorganisation, als Gäste nahmen an dem konstituierenden Turntag des „Svaz slovanského sokolstva“ auch serbische und bulgarische Sokolturner teil. Die Sokolturner knüpften auch über die slawische Welt hinausreichende internationale Beziehungen an, besonders enge Kontakte verbanden sie mit französischen Gymnasten. Die Zahl der Vereine sowie der Mitglieder nahm ständig zu. Im Königreich Böhmen gab es 1895 313 Gruppen mit 32.207 Turnern, 1912 717 Vereine und 83.037 Turner (69.734 Männer und 13.303 Frauen)⁴⁵⁾.

Der Sokolverein wurde so unumstritten zur zahlenmäßig sowie finanziell stärksten tschechischen Organisation, die das Rückgrat aller tschechischen Veranstaltungen bildete – darüber hinaus unterstützte er die Betreuung der tschechischen Minderheit in den von Deutschen besiedelten Gebieten Böhmens oder die Bildungs- und Erziehungstätigkeit unter der tschechischen Bevölkerung. Die leitenden Sokolfunktionäre dachten infolge dieser Aktivitäten, daß sie berechtigt seien, das ganze tschechische gesellschaftliche Leben zu kontrollieren, die Politik zu beurteilen und die Parteien zur Einhaltung prinzipieller und moralischer Standpunkte aufzufordern⁴⁶⁾.

Auch der „Deutsche Turnverein“ in Prag galt als einer der wichtigsten deutschen Vereine, dessen Geschichte sich mit der Geschichte der böhmischen Deutschen deckte⁴⁷⁾. Wie andere in Böhmen und in anderen Teilen Cisleithaniens wirkende deutsche Turnvereine sah sich der Prager „Deutsche Turnverein“ als Bestandteil der deutschen Turnerschaft; 1864 z. B. schickte er eine Zuschrift an die Turner in Kiel, in der er seiner Freude über die „Befreiung der Deutschen vom dänischen Joch“ äußerte, wofür er von den Behörden getadelt wurde. Den Turnern war es damals nicht erlaubt, daß sich einzelne Vereine zu Gauverbänden

⁴³⁾ Vgl. die Hinweise bei GEORG SCHMITZ, Organe und Arbeitsweise, Strukturen und Leistungen der Landesvertretungen; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 1353–1544, hier 1502 f.

⁴⁴⁾ MONIKA GLETTNER, Sokol und Arbeiterturnvereine (D.T.J.) der Wiener Tschechen bis 1914. Zur Entwicklungsgeschichte der nationalen Bewegung in beiden Organisationen (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 23, München 1970).

⁴⁵⁾ STATISTIKA JEDNOT SOKOLSKÝCH v Čechách koncem roku 1895 [Statistik der Sokolvereine am Ende des Jahres 1895]; in: Sokol 22 (1896) 217; STATISTIKA ČESKÉ OBEC SOKOLSKÉ za rok 1912 [Statistik der Tschechischen Sokolgemeinde für das Jahr 1912]; in: Sokol 40 (1914) 219 f.

⁴⁶⁾ JIŘÍ POKORNÝ, Osvětová činnost českého Sokola [Volksbildung in der Tätigkeit des tschechischen Sokols]; in: MARTIN SEKERA (Hg.), Badatelské problémy 19. století. Sborník k nedožitým šedesátinám profesora Otty Urbana [Forschungsprobleme des 19. Jahrhunderts. Sammelband aus Anlaß des nicht erlebten sechzigsten Geburtstags von Prof. Otto Urban] (=Acta Universitatis Carolinae – Philosophica et historica 2, Studia historica 46 [1997, gedruckt 2000] 83–106.

⁴⁷⁾ ERNST RYCHNOWSKY, Der Deutsche Turnverein in Prag 1862–1912 (Prag 1912), Vorwort.

zusammenschlossen; schon 1863 hatte das Ministerium generell festgehalten, daß den Vereinen eine wechselseitige Verständigung über gemeinschaftliche Interessen sowie die gelegentliche Abhaltung von Turnfesten erlaubt sei, daß aber die „Bildung eines dauernd organisatorischen Verbandes – welcher zur Erreichung der angegebenen Zwecke [der einzelnen Vereine] keineswegs nothwendig erscheint – nicht gestattet werden kann“⁴⁸⁾. Erst unter geänderten innenpolitischen Umständen und nach Erlassung des neuen Vereinsgesetzes von 1867 bildeten 1868 die Turnvereine der deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie im Zusammenhang mit der Gründung der „Deutschen Turnerschaft“ in Weimar den „Turnkreis Deutschösterreich“ (Kreis XV)⁴⁹⁾.

Dieser Kreis war natürlich zu groß, und deshalb tauchte immer wieder die Frage auf, ob es nicht besser wäre, ihn zu teilen. Dazu kam es jedoch nicht; die Einbindung in einen größeren Komplex würde wenigstens den deutschböhmisches Vereinen eine größere Sicherheit verleihen, meinte 1868 der Reichenberger Turner Uchatzy. Böhmen war dabei unter den deutschen Turnvereinen in Cisleithanien zahlenmäßig am stärksten vertreten, 1883 wirkten in Böhmen allein 75 der insgesamt 172 cisleithanischen Turnvereine⁵⁰⁾. Auf dem dritten Kreisturntag in Graz wurde 1874 beschlossen, im Rahmen des Kreises vier Untergruppen zu bilden – die erste Gruppe stellte Böhmen. Nach und nach haben sich dann doch im ganzen Kreis und natürlich auch in Böhmen Gauverbände herausgebildet.

Mitte der achtziger Jahre machten sich unter den Turnern nationalistische (völkische) Stimmungen breit, die im großen und ganzen der Orientierung des im Reichsrat tätigen „Deutschen Klubs“ entsprachen. Zum Unterschied von der offiziellen Führung, die vor allen Dingen dem Staat gegenüber loyal war und meinte, daß die Leibesübungen an sich bedeutend wären, hielten die Vertreter der neuen Orientierung dafür, das Turnen sei „ein Mittel zu dem Zwecke, das deutsche Volkstum zu kräftigen, zu stärken, das völkische Bewußtsein zu vertiefen“⁵¹⁾. Den völkischen Stimmungen folgte der sich ausbreitende Antisemitismus. Seine Gegner wiesen auf die Tatsache hin, daß dieser von Georg Ritter von Schönerer in das österreichische öffentliche Leben eingeführt worden war, bezeichneten den Antisemitismus deswegen als politische Äußerung und betonten, daß die Turnerschaft jegliche Parteipolitik vermeiden solle. Die Anhänger des Antisemitismus sahen darin im Gegenteil eine logische Folge der Gedanken des

⁴⁸⁾ AVA, MdI, Präs. 15, Karton 519, Zl. 3399/StM/1863, Staatsministerium an den Landespräsidenten von Salzburg vom 28. April 1863.

⁴⁹⁾ RYCHNOWSKY, Deutscher Turnverein in Prag 59–62; FRITZ HIRTH, ANTON KIESSLICH, Geschichte des Turnkreises Deutschösterreich (Teplitz-Schönau 1928) 84–120; ANDREAS LUH, Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 62, München 1988) 22 f.

⁵⁰⁾ HIRTH, KIESSLICH, Geschichte des Turnkreises Deutschösterreich 157.

⁵¹⁾ EBD. 134; die „Kampfzeit“ beschrieben die Autoren, beide Protagonisten der antisemitischen Turnbewegung, auf den Seiten 169–306.

Turnvaters Jahn, die auf die Veredelung ausschließlich der Deutschen zielten. Einige waren sogar stolz darauf, daß sie ihre Forderung, die Vereine sollen die Juden ausscheiden und auf diese Weise „judenrein“ werden, unabhängig von Schönerer aufgestellt hatten.

In den Donau- und Alpenländern (namentlich in Wien) setzten sich völkische, antisemitische Stimmungen ziemlich schnell durch, in Böhmen stießen sie auf Hindernisse. Das liberale Bürgertum lehnte derartige Einstellungen mit dem Argument ab, in den Auseinandersetzungen mit den Tschechen könne man es sich nicht leisten, auf jeden Verbündeten, insbesondere auf einen so tüchtigen und wohlhabenden wie es das jüdische Bürgertum sei, zu verzichten. Als hauptsächlicher Propagandist des Antisemitismus in Böhmen galt die Vereinigung „Tafelrunde“, die im Rahmen des Prager „Deutschen Turnvereins“ wirkte. Der Streit zwischen den beiden Richtungen erreichte seinen Höhepunkt im Jahre 1888, als die Antisemiten aus dem Turnverein austraten und ihren eigenen „Deutschen Männerturnverein“ gründeten. Die Antisemiten begannen allmählich einen Verein nach dem anderen und einen Gau nach dem anderen zu erobern. 1897 bildeten sie bereits eine knappe Mehrheit; auf dem Kreisturntag am 26. Mai 1901 setzten sie durch, daß nur diejenigen Vereine Mitglied sein könnten, die während einer bestimmten Frist alle Juden ausscheiden. Von dieser Entscheidung fühlten sich vor allem die Turner aus Böhmen betroffen und sie führten – unterstützt durch die „Deutsche Turnerschaft“ – gegen diese Entscheidung einen erbitterten Kampf. Zum Protagonisten dieser liberalen Bewegung, die an die 40 bis 50 freisinnige Vereine mit ungefähr 7.000 Mitgliedern aus Böhmen und weiteren Regionen der Monarchie umfaßte, wurde der Professor der Prager Deutschen Universität Johannes Gad⁵²⁾. Es gelang ihm durchzusetzen, daß die „Deutsche Turnerschaft“ 1904 neben dem antisemitischen Kreis XVa noch den liberalen Kreis XVb errichtete.

Dieser Schritt wurde von den völkischen Turnern als Verrat angesehen und hatte ihren Austritt aus der „Deutschen Turnerschaft“ zur Folge. Mit den Vereinsleitungen vollzogen ungefähr 100.000 Mann diesen Schritt. Es wird geschätzt, daß zirka ein Drittel davon aus Böhmen stammte.

Sokol- und deutsche Turnvereine waren die dominierenden Typen innerhalb der Turnerbewegung. Um die Jahrhundertwende entstand nichtsdestoweniger eine bestimmte Konkurrenz für den „Sokol“. Das gilt nicht primär von der Organisation „Orel“ [Adler], in der seit 1909 die Turnabteilungen der katholischen Vereine zusammengeschlossen waren. Diese hatte nämlich ihren Schwerpunkt in Mähren, und in Böhmen befanden sich nur einige wenige Vereine. In den neunziger Jahren begann jedoch auch die Sozialdemokratie eigene Turnorganisationen aufzustellen. Im Verlauf der Badeni-Krise 1897 kam es nämlich zu einer rapiden Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und den tschechischen bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratischen Arbeiter wurden oft aus den Sokolvereinen ausgeschlossen. Wollten sie das Turnen in der gewohnten

⁵²⁾ RYCHNOWSKY, Deutscher Turnverein in Prag 78–87.

Weise weiterführen, mußten sie sich daher selbst um die organisatorischen Grundlagen kümmern. Einzelne Arbeitervereine begannen deshalb Turngemeinschaften zu errichten: es entstanden die „Dělnické tělocvičné jednoty“ (DTJ) [Arbeiterturnvereine], die sich 1903 im DTJ-Verband zusammenschlossen. Die Anfänge des Verbandes waren bescheiden, zu einer Entfaltung kam es erst in der Zeit des Kampfes um das allgemeine gleiche Wahlrecht: 1906 gehörten dem Verband 89 Organisationen an, 1908 bereits 302. Trotzdem blieb der DTJ-Verband weit hinter dem „Sokol“ zurück, obwohl er dessen Organisation, Methoden und Gebräuche ganz eindeutig übernahm⁵³).

Für die Körperkultur hatte der „Sokol“ eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung. Zum Sport selbst hatte er jedoch ein negatives Verhältnis – den Sokoltheoretikern schien er zu individualistisch, zu wettbewerbsorientiert zu sein. Der Sport konnte ihrer Meinung nach deshalb nicht bei der Erziehung des Nationalkollektivs helfen. Sportorganisationen entstanden trotzdem, die ersten Ruder- und Schlittschuhklubs tauchten bereits in den sechziger Jahren in Prag auf. Der Klub „Regatta“ zählt zu den ältesten Sportklubs Österreich-Ungarns. Seit den siebziger Jahren verbreiteten sie sich auch aufs Land – in Raudnitz (Roudnice) wurde der Ruderklub „Lev“ [Löwe] und in Neuhaus (Jindřichův Hradec) der Schlittschuhklub „Vajgar“ gegründet. 1880 entstand der „Český klub velocipedistů na Smíchově“ [Tschechischer Velozipedenklub in Smichow] als einer der ersten derartigen Vereine in Cisleithanien. 1887 wirkten in Böhmen schon 21 tschechische und 20 deutsche Radfahrvereine. Auch auf dem Gebiet der Sportvereine kam es zur Bildung von Dachverbänden: 1883 wurde als erster die „Česká ústřední unie velocipedistů“ [Tschechische zentrale Velozipedenunion] konstituiert, ein Jahr später entstand auf ähnliche Weise die „Ústřední jednota veslařů“ [Zentrale Ruderorganisation] oder 1897 die „Česká atletická amatérská unie“ [Tschechische athletische Amateurunion]. Seit den neunziger Jahren entwickelten sich die Athletik und insbesondere der Fußball. 1893 ist das Gründungsjahr des tschechischen „Athletik-Club Královské Vinohrady“, der ein Jahr später in „AC-Sparta“ umbenannt wurde. Sein Haupttrivale „Slavia“ entstand offiziell 1895, inoffiziell existierte er bereits seit 1893 als „Akademischer Radfahrersportklub Slavia“. In beiden Klubs wurden fast alle Sportarten betrieben, ihr Hauptaugenmerk konzentrierte sich dennoch in kurzer Zeit auf den Fußball⁵⁴). Sehr beliebt wurde nach und nach auch das Eishockey. Die Mitglieder der Sportvereine kamen meistens aus Kreisen der Mittel- und Hochschulstudenten, anfangs spielten in ihnen vor allem Angehörige der höheren Gesellschaft, sogar Adelige, eine führende Rolle.

⁵³) JAROSLAV MAREK, Dějiny československé tělesné kultury (od roku 1848 do současnosti) [Geschichte der tschechoslowakischen Körperkultur seit dem Jahre 1848 bis zur Gegenwart] (Praha 1983) 14–22; VÁCLAV PACINA, Sport v Království českém [Sport im Königreich Böhmen] (Praha 1986) 62, 65, 120.

⁵⁴) PROKOP BENEŠ, JAN PLICHTA, Sport a tělesná kultura v Československé republice a cizině [Sport und Körperkultur in der Tschechoslowakischen Republik und im Ausland] (Praha 1931) 271 ff.; JOSEF PONDĚLÍČEK, Století fotbalu. Z dějin československé kopané [Das Jahrhundert des Fußballs. Geschichte des tschechoslowakischen Fußballs] (Praha 1986) 12–35.

Die Erfolge, welche die tschechischen Fußball- und Eishockeyklubs erreicht hatten, machten es möglich, daß der „Český svaz fotbalový“ [Tschechische Fußballverband] 1906 für kurze Zeit zum FIFA-Mitglied wurde, und daß das tschechische Eishockeyteam bei den damaligen Europameisterschaften selbständig auftrat (1911 und 1914 hat dieses Team sogar gewonnen). Auf diese Äußerungen der internationalen Anerkennung legte man in der tschechischen Gesellschaft großen Wert. Einen Höhepunkt in dieser Hinsicht bedeutete 1900 die Gründung des „Český výbor pro hry olympické“ [Tschechisches Olympisches Komitee], das mit dem „Comité International Olympique“ eng zusammenarbeitete. In Wien wünschte man jedoch, daß sich das Tschechische Komitee dem gesamt-cisleithanischen unterordnen sollte. Eine Zeit lang gelang es, die Selbständigkeit des Tschechischen Komitees zu bewahren, und im Jahre 1908 nahmen tschechische Sportler an den Olympischen Spielen in London unter der böhmischen Flagge und der Landesbezeichnung Bohemia teil. An den nächsten Olympischen Spielen in Stockholm (1912) konnten sie jedoch nur unter der Bezeichnung Autriche (Tchèque) auftreten⁵⁵⁾.

Reich war auch das deutschböhmisches Sportleben. Den Prager „Deutsche Fußball-Club“ (DFC) zählte man zu den besten Mannschaften in der Monarchie. Seine anfangs korrekten Beziehungen zum Nachbarklub „Slavia“ sind 1899 sehr kühl geworden, denn der DFC verlor gegen den „Oxford University Association Football Club“ 0 : 9, „Slavia“ jedoch nur 0 : 3. Die Anspielungen, daß „Slavia“ seine Gegner bestochen hätte, belasteten das gegenseitige Verhältnis der beiden ausgezeichneten Mannschaften bis in die Mitte der zwanziger Jahre. Außer vom DFC wurde in Prag noch von den Klubs „Deutsche Sport Brüder“, „D. B. C. Sturm“, „Deutsche Spielvereinigung“ und anderen Fußball gespielt. Über hervorragende Fußballmannschaften verfügten Karlsbad (Karlovy Vary) oder Teplitz. Die deutschböhmisches Mannschaften spielten regelmäßig auch im Deutschen Reich, und einmal gewann eine Prager Mannschaft sogar die deutsche Meisterschaft. Eines großen Interesses erfreute sich das im Rahmen der Studentenvereine gepflegte sowie das rein sportlich betriebene Fechten. Auch die Offiziere der Prager Garnison besuchten oft den Herren-Fechtklub⁵⁶⁾.

Zu den wichtigsten Vereinen, die sich durch Agilität, intellektuelles Potential und außerordentlichen Einfluß auf die breite Öffentlichkeit auszeichneten, gehörten die Vereinigungen der Hochschulstudenten. Ihrer Bedeutung müssen sich namentlich die Prager Deutschen bewußt gewesen sein – nur diese zahlreichen

⁵⁵⁾ FRANTIŠEK KOLÁŘ, Vznik českého olympismu a založení Českého výboru pro hry olympické [Die Entstehung des olympischen Gedankens bei den Tschechen und die Gründung des Tschechischen Olympischen Komitees]; in: Sborník k dějinám 19. a 20. století 6 (1979) 303–325, hier 303; vgl. auch JIŘÍ KOŘÁLKA, Die tschechische Gesellschaft in den internationalen Beziehungen; in: DERS., Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18, Wien – München 1991) 258–297, hier 288–291.

⁵⁶⁾ PRAG ALS DEUTSCHE HOCHSCHULSTADT (Prag 1909) 54 f.

und entschlossenen farbentragenden Studenten konnten auf die Straßen gehen und größere Demonstrationen in einem ihnen nicht wohlgesonnenen Milieu unternehmen. Sie standen in nächster Nähe, sie waren das Ziel der Angriffe. Bei jeder Krise kam es zum Konflikt mit den Studenten.

Der Anfang dieser Organisationen fällt – von dem illegalen und nur kurzfristigen Versuch, 1819 an der Prager Universität eine Burschenschaft zu gründen, abgesehen – in das Jahr 1848. In der am 15. März 1848 abgefaßten Studentenpetition wurde unter anderem die Genehmigung zur Bildung von Studentenvereinigungen gefordert⁵⁷⁾. Die Behörden kamen dem Wunsch entgegen. Außer der „Akademischen Legion“, die im Rahmen der Nationalgarde wirkte und in der tschechische Studenten vorherrschten, entstanden bereits im Mai 1848 die Vereine „Slavia“ und „Teutonia“, die schon durch ihre Namen zeigten, welcher Nationalität ihre Mitglieder waren. Die deutschen Studenten errichteten weiter die Landsmannschaften „Fidelia“, „Alemannia“, „Wingolfia“, außerdem entstanden gemischte Vereine, z. B. „Liberalia“, „Hilaria“, „Praga“ oder „Lotos“⁵⁸⁾.

Zwei wichtige, als übergreifende, allgemeine Vereinigungen wirkende Organisationen konstituierten sich im November 1848 – der tschechische, anfangs als utraquistisch geltende „Akademický čtenářský a řečnický spolek“ [Akademischer Lese- und Rednerverein] und die „Lese- und Redehalle der deutschen Studenten“. Ihre Namen belegen eindeutig, daß ihre Ziele identisch waren; sie sollten den Studenten die Gelegenheit zum Studium und zur Lektüre wie auch zu Unterredungen und Debatten bieten. Beide Vereine begannen ihre Tätigkeit am Anfang des Jahres 1849, bauten Bibliotheken auf und veranstalteten Vorträge. Der Ausnahmezustand nach dem mißlungenen bzw. kaum richtig stattgefundenen Maiaufstand 1849 (an dem sich unter anderem die Mitglieder der neuen Burschenschaft „Markomannia“ beteiligt haben sollen⁵⁹⁾) hatte große Einschränkungen zur Folge. Die Behörden gestatteten nur, die Bibliotheken zu ergänzen und zu erhalten, das Debattieren wurde verboten⁶⁰⁾. Zum Unterschied von anderen Studentenvereinigungen gelang es aber, diese Vereine auch unter den schwierigen Bedingungen der fünfziger Jahre zu erhalten. Nach 1861 konnte sich ihre Wir-

⁵⁷⁾ JAN HAVRÁNEK, Univerzita, její zřízení, správa a studentstvo [Verfassung und Verwaltung der Universität und die Studentenschaft]; in: JAN HAVRÁNEK (Hg.), Dějiny Univerzity Karlovy [Geschichte der Karlsuniversität] III: 1802–1918 (Praha 1997) 90 f.

⁵⁸⁾ Archiv University Karlovy, Praha [Archiv der Karlsuniversität, Prag]; ONDŘEJ POLIŠENSKÝ, Všestudentský archiv (1848–1953). Inventární seznam II [Allstudentisches Archiv 1848–1953. Inventarverzeichnis II] (Praha 1978) 5 ff.

⁵⁹⁾ JANA ENGLOVÁ, Die Burschenschaft Markomannia in Prag und der Maiaufstand 1849; in: HELMUT ASMUS (Hg.), Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung (Magdeburg 1991) 242–253.

⁶⁰⁾ Der „Akademický čtenářský a řečnický spolek“ [Akademischer Lese- und Rednerverein] wurde deswegen zum „Akademický čtenářský spolek“ [Akademischer Leseverein] und diesen Namen behielt er auch in kommenden Jahren bei. Die „Lese- und Redehalle“ konnte während des Neoabsolutismus auch nur als Lesehalle wirken, sie kehrte jedoch zu ihrem ursprünglichen Namen zurück.

kung wieder voll entfalten. Die Studenten haben sie als ihre wichtigsten, über umfangreiche Bibliotheken, Räumlichkeiten und bestimmte finanzielle Mittel verfügenden Kultur- und Gesellschaftszentren geschätzt. Dies ermöglichte den beiden Vereinen andererseits, als Paten für weitere Studentenvereine aufzutreten. Ihre Veranstaltungen wurden von den beiden Nationalgesellschaften hochgeschätzt. An der Feier zum 25. Jahrestag der Gründung der „Lese- und Redehalle“ im Jahre 1873 nahmen alle Vertreter des deutschen öffentlichen Lebens teil; ein ebenso außerordentliches kulturelles und gesellschaftliches Ereignis stellten die slawischen Konzerte des „Akademischen Leservereins“ dar⁶¹).

Diese Stellung bewahrten sie sich auch zu einer Zeit, in der sie nicht mehr die einzigen Studentenvereine waren. In den sechziger Jahren entstanden auf tschechischer Seite landsmannschaftliche, wissenschaftliche und Fakultätsvereine. Zu den ältesten, reichsten und leistungsfähigsten gehörten der 1863 gegründete „Spolek českých mediků“ [Verein der tschechischen Medizinstudenten] und der 1868 gegründete „Všehrd – Spolek českých právníků“ [Všehrd – Verein der tschechischen Juristen], der Unterrichtsmaterialien herausgab, Vorträge und Bälle veranstaltete, aber auch mittellose Kollegen finanziell unterstützte. Solche Dienstleistungen boten auch der 1870 gegründete „Spolek posluchačů inženýrství“ [Verein der Studierenden an der Technischen Hochschule] oder der 1900 gegründete „Spolek posluchačů architektury“ [Verein der Architekturstudenten] und andere ähnliche Vereine. Die Landsmannschaften übten ihre Haupttätigkeit in den Ferien aus, in denen ihre Mitglieder in ihrer Heimatregion das Kulturge-schehen durch die Gründung von Bibliotheken, durch das Veran-stalten der Theatervorstellungen und ähnliches mehr zu beleben suchten, später aber durchaus auch im Sinne politischer Mobilisierung wirkten. 1895 sah sich der Statthalter genötigt, darauf hinzuweisen, „daß es absolut nicht ratsam erscheint, die Neuwahlen [in den Landtag, J.P.] zu einer Zeit durchzuführen, wo die Studentenschaft auf den Ferien weilt, weil gerade dadurch den Studenten, welche ja bekanntermaßen sowohl auf deutscher wie auf böhmischer Seite in nationaler Beziehung die extremste Richtung verfolgen, Gelegenheit gegeben würde, die regste Agitation zu entwickeln“⁶²).

Neben dem 1869 gegründeten mittelböhmischen „Jungmann“, dem südböhmischen „Štútný“ [Schild] (1872) und einigen weiteren tschechischen Vereinen sollten im Rahmen der landsmannschaftlichen Vereinigungen auch „Radhošť“,

⁶¹) MARTINA TOMAŠTÍKOVÁ, Akademický čtenářský spolek [Akademischer Leseverein], Diplomarbeit an der Pädagogischen Fakultät der Karlsuniversität (Praha 2000); ANTONÍN SLAVÍČEK, Z dějin spolku Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag v období 1848–1892 [Aus der Geschichte des Vereins Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag in den Jahren 1848–1892]; in: Acta Universitatis Carolinae – Historia Universitatis Carolinae Pragensis 17/2 (1977) 47–72.

⁶²) AVA, Mdl, Präs. 31, Karton 937, Zl. 3169/MI/1895, Franz Thun-Hohenstein an Mdl vom 29. Juni 1895. Vgl. auch HANS PETER HYE, Der Aufstieg der Jungtschechen im böhmischen Landtag im Spiegel der Quellen der Wiener Regierung; in: PAVLA VOŠAHLÍKOVÁ, MILAN ŘEPA (Hgg.), Bratři Grégrové a česká společnost v druhé polovině 19. století [Die Brüder Grégr und die tschechische Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts] (Praha 1997) 67–85.

der 1869 für slawische Studenten aus Mähren, Schlesien und der Slowakei gegründet worden war, „Detvan“, ein Verein der slowakischen Studenten, und weitere Vereine, die von den Südslawen errichtet wurden, z. B. „Tehničar“ oder „Šumadija“, erwähnt werden. Um die Erhöhung der Zahl und Qualität von wissenschaftlichen Vorträgen in tschechischer Sprache kümmerten sich z. B. die „Jednota českých matematiků a fyziků“ [Verein der tschechischen Mathematiker und Physiker, 1861] oder die „Jednota českých filologů“ [Verein der tschechischen Philologen, 1868]. Man könnte diese durchaus als berufsbezogene Interessenvertretungen betrachten; einige von ihnen wurden nach einer bestimmten Zeit in rein wissenschaftliche Vereinigungen umgewandelt. Auf deutscher Seite hat der naturwissenschaftliche Verein „Lotos“ diese Entwicklung durchgemacht⁶³).

Die deutschböhmischen Studentenvereine bemühten sich, die an anderen deutschen Universitäten üblichen Gewohnheiten auch in Prag zu verbreiten⁶⁴). Von der ursprünglichen „Tischgesellschaft Herzogtum Lichtenhain“ begannen sich ab 1860 Gruppen von Studenten zu trennen, die weitere farbentragende Vereinigungen gründeten. Diese Vereine übernahmen in kurzer Zeit das Satisfaktionsprinzip. Die meisten Vereine unter der Führung der „Rugia“ galten als Korps – sie interessierten sich nicht allzusehr für das öffentliche Geschehen und nahmen angeblich auch Tschechen in ihre Reihen auf. Die Korps erlebten ihren größten Aufschwung Mitte der siebziger Jahre, dann nahm ihre Bedeutung nach und nach ab. Andere Verbindungen vertraten namentlich in der Nationalitätenfrage einen ausgeprägteren Standpunkt. Das gilt insbesondere für die „Carolina“, die sich 1866 zur Burschenschaft erklärte. Das Motiv für diese am Vorabend des preußisch-österreichischen Krieges durchgeführten Änderung war „zunächst in dem Streben zu suchen, einen engeren Anschluß der Verbindung an die Burschenschaft Deutschlands zu ermöglichen und so das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme ... bei der deutschen akademischen Bürgerschaft zu kräftigen und tatsächlich zu manifestieren“⁶⁵). Die Burschenschaften wurden in Prag für etwas sehr Demokratisches, Fortschrittliches, sogar Republi-

⁶³) JAN JANKO, SOŇA ŠTRBÁŇOVÁ, *Věda Purkyňovy doby* [Die Wissenschaft zur Zeit Purkyněs] (Praha 1988) 238 f.; EMILIE TĚŠÍŇSKÁ, *Vznik a působnost přírodovědného spolku „Lotos“ v českých zemích* [Die Entstehung und das Wirken des naturwissenschaftlichen Vereins „Lotos“ in den böhmischen Ländern]; in: HARALD BINDER, BARBORA KŘIVOHLAVÁ, LUBOŠ VELEK (Hgg.), *Místo národních jazyků ve výchově, školství a vědě v Habsburské monarchii/Position of national languages in education, educational system and science of the Habsburg monarchy* (Praha 2003) 345–399.

⁶⁴) Eine Übersicht der Burschenschaften in Prag bieten: HANDBUCH FÜR DEN DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFTER ÖSTERREICHS, hg. von der Hauptleitung des Verbandes alter Burschschafter Österreichs (Wien 1908); WOLFGANG WOLFRAM VON WOLMAR, *Prag und das Reich. 600 Jahre Kampf deutscher Studenten* (Dresden 1943) 238–312, hier insbes. 286–292.

⁶⁵) OSKAR HÄCKEL, *Die Geschichte der Burschenschaft Carolina*; in: *Deutsche Arbeit* 9 (1909/10) 485–501. 1868 erklärte sich der aus Technikern und Universitätsstudenten bestehende Verein „Constantia“ zur Burschenschaft, 1877 wandelte er sich in ein Korps um. Vgl. HANDBUCH FÜR DEN DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFTER ÖSTERREICHS 231 f. und BARBARA MARIA THOSOLD, *Die Entwicklung des Corpsstudententums in Österreich. Kösemer und vorkösemer Corps, geisteswiss. Diss.* (Wien 1983).

kanisches gehalten, so daß dieser Schritt damals eher vereinzelt war. Die Burschenschaft „Carolina“ strebte eine Zusammenarbeit mit den außerösterreichischen Burschenschaften an, insbesondere mit dem Verein „Raczek“ [Krebs] in Breslau (Wrocław), und sie trat eine Zeitlang dem „Norddeutschen Delegatenkonvent“ bei. Die organisatorische Verbindung mit den Burschenschaften in Deutschland funktionierte jedoch nicht, doch wollte sie ihre Zielsetzungen wenigstens durch die Teilnahme an bedeutenden Veranstaltungen – z. B. an der Enthüllung des Burschenschaftendenkmals in Jena am 1. bis 3. August 1883 und durch die Glückwunschschriften zu Bismarcks Geburtstag – dokumentieren⁶⁶⁾.

1881 schloß die „Carolina“ wieder ein Kartell mit der Wiener Verbindung „Teutonia“ (die seit 1876 Burschenschaft war) und der Grazer „Franconia“ ab. 1901 beteiligte sich die „Carolina“ an der Errichtung der „Allgemeinen Burschenschaft der Ostmark“, nach deren Zerfall 1907 an der „Burschenschaft der Ostmark“. Keine dieser Gruppierungen erfreute sich langer Dauer.

Die deutschböhmischen Burschenschaften verurteilten anfänglich den Antisemitismus ihrer Wiener Kollegen, aber nach und nach verbreitete sich diese Ideologie auch unter ihnen. Im Jahre 1884 lehnte es die „Teutonia“ ab, gegen antisemitische Ansichten ihrer Mitglieder aufzutreten; deswegen traten dann sukzessive alle jüdischen Mitglieder aus der Burschenschaft aus. 1886 prahlte die „Ghibellinia“ damit, daß sie „judenrein“ sei⁶⁷⁾. In der „Carolina“ ging der Wechsel unspektakulär vor sich, die alten jüdischen Mitglieder verließen nach und nach die Verbindung und es meldeten sich keine neuen an. Aus einem äußeren Anlaß hatte die „Carolina“ jedoch das Bedürfnis, diesen faktischen Zustand noch rechtlich zu sanktionieren – am 9. Mai 1880 führte der Verein den Arierparagraphen ein. Den Burschenschaften und den mit ihnen verbundenen Studentenvereinen gelang es, in der „Lese- und Redehalle“ die Oberhand zu gewinnen, diese nahm daher 1880 Schwarz-Rot-Gold als ihre Farben an. Durch diese Änderung in der Orientierung konnte die „Lese- und Redehalle“ ihre Stellung als zentraler Verein der deutschen Studenten bewahren, da die liberalen Studenten in der „Lese- und Redehalle“ einer größeren nationalen Radikalisierung nicht entgegentraten⁶⁸⁾. Die ein Dezennium später drohende völlige Übernahme ihres Vereines durch antisemitische Burschenschafter wollten sie aber nicht zulassen und in einer Kampfabstimmung am 21. Februar 1891 setzten sie sich gegen letztere durch. Daraufhin gründeten die Antisemiten ihren eigenen Lese- und Debattenverein „Germania“, einen Verein deutscher Hochschüler. Beide Vereine waren zahlenmäßig ungefähr gleich stark; „Germania“ wurde von radikalen Studenten aus den deutschbesiedelten Grenzgebieten Böhmens unterstützt, als neuer Verein verfüg-

⁶⁶⁾ HÄCKEL, Geschichte der Burschenschaft Carolina 485–501.

⁶⁷⁾ HANDBUCH FÜR DEN DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFTER ÖSTERREICHS 127 f.; WOLFRAM, Prag und das Reich 327 ff.; HÄCKEL, Geschichte der Burschenschaft Carolina 485–501.

⁶⁸⁾ FRIEDRICH ADLER, Zur Geschichte der Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag; in: Deutsche Arbeit 9 (1909/10) 545–548; SLAVÍČEK, Z dějin spolku Lese- und Redehalle 68 f.

te „Germania“ allerdings nicht über einen solchen Rückhalt wie die seit Jahrzehnten im Prager Vereinsleben verankerte „Lese- und Redehalle“⁶⁹⁾.

Das lange Bestehen, dessen sich die „Lese- und Redehalle“ erfreute, war dem tschechischen „Akademický čtenářský spolek“ [Akademischer Leseverein] nicht gegönnt. Als der Vorsitzende des tschechischen Lesevereins 1889 den französischen Studenten eine begeisterte Grußadresse anlässlich des Jahrestages des Sturmes auf die Bastille übersandte, wurde der Verein behördlich aufgelöst. Auch im tschechischen Leseverein traten politische Unterschiede zwischen den Anhängern der wichtigsten politischen Parteien zutage, man konnte in ihm schon Ansätze der Vorbereitungen für die künftige fortschrittliche Bewegung verzeichnen. Die Tatsache, daß die Altschechen, die zu dieser Zeit einen Bestandteil der die Taaffe-Regierung stützenden parlamentarischen Majorität des Eisernen Ringes bildeten, die Auflösung dieses Vereines nicht verhindern konnten, hielt man für einen erneuten Beweis ihrer Unfähigkeit, die Interessen des tschechischen Volkes wirkungsvoll zu vertreten. Der gleichnamige, nunmehr altschechisch orientierte „Akademický čtenářský spolek“ [Akademischer Leseverein], der als Ersatz für den aufgelösten Verein entstand, erfreute sich deshalb keiner breiten Zustimmung. Die meisten Mitglieder des ehemaligen Lesevereins traten in den bereits bestehenden Verein „Slavia“ ein. Als sich jedoch auch dieser Verein der regierungsfeindlichen oppositionellen Bewegung angeschlossen hatte, wurde er 1894 ebenfalls untersagt⁷⁰⁾.

Seitdem verfügte die tschechische Studentenschaft über keine allgemein anerkannte Organisation. Diese Funktion wurde teilweise von dem 1874 gegründeten Verein „Akademický dům“ [Akademisches Haus] übernommen, der eine Akademische Lesehalle und Bibliothek als Zentrum der Studententätigkeit errichtete. Seine Tätigkeit nahm jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg bedeutend zu. Als Ersatz für die ehemaligen Zentren der tschechischen Studentebewegung wollte auch der „Svaz československého studentstva“ [Verband der tschechoslowischen Studentenschaft] dienen, zu dem sich 1904 einige ältere Vereine zusammengeschlossen hatten. Der Verein, an dessen Bildung der den Anliegen der Studenten stets sehr aufgeschlossene Professor Jan Urban Jarník beteiligt war, verlegte den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf das Sammeln statistischer Unterlagen über die soziale Stellung der Studentenschaft und auf die Lösung von sozialen Problemen der Studenten. 1908 veranstaltete er in Prag einen Tag der slawischen Studentenschaft, 1913 nahm er an dem Studententag in Wien teil.

⁶⁹⁾ Bereits am Anfang traten dem Verein „Germania“ die Burschenschaften „Albia“, „Carolina“, „Ghibellinia“, „Teutonia“ und die Landsmannschaften „Egerländer Landtag“, „Leipaer Landtag“, „Gumberger Landtag“, „Arnauer Kollegentag“, „Braunauer Kollegentag“, „Landskroner Kollegentag“ und der akademisch-technische Turnverein „Friesen“ bei. Vgl. SLAVÍČEK, Z dějin spolku Lese- und Redehalle 70. Zur Geschichte der deutschen Studenten in Prag noch WOLFRAM, Prag und das Reich 238–312.

⁷⁰⁾ JIŘÍ PERNES, Spiklenci proti Jeho Veličenstvu. Historie tzv. spiknutí Omladiny v Čechách [Verschwörung gegen Seine Majestät. Die Geschichte der sogenannten Omladina-Verschwörung in Böhmen] (Praha 1988), insbes. 72–91.

Auch beteiligte er sich an den Veranstaltungen für die Errichtung einer zweiten tschechischen Universität in Mähren⁷¹⁾.

Deutsche Geschichtsstudenten, Schüler des Professors Constantin Höfler, gründeten 1862 in Prag den „Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen“⁷²⁾, zu einem Zeitpunkt also, in dem ganz allgemein sich das bisher mehrheitlich utraquistische Vereinswesen nach nationalen Kriterien zu differenzieren begann. Die vom deutschen liberalen Bürgertum reich dotierte Vereinigung entwickelte große Aktivitäten auf dem Gebiet der Forschungs- und Editionstätigkeit. Diese zielte, wie Professor Höfler erklärte, darauf ab, die Deutschen in Böhmen bei der Formulierung ihrer Vorstellungen über die Zukunft zu unterstützen, was übrigens auch die anderen Nationen in der Monarchie machten. Dieser Auftrag wurde vom Verein zweifelsohne gut erfüllt; darüber hinaus spielte der Verein eine wesentliche Rolle in der deutschböhmisches Politik im Sinne der Unterstützung liberalen Tendenzen. Nicht wenige der im Verein sich engagierenden Intellektuellen waren auch bedeutende liberale Politiker, z. B. Ludwig Schlesinger, Julius Lippert, Herrmann Hallwich und Karl Pickert. Sie alle vertraten im Landtag und im Reichsrat deutschböhmisches Wahlkreise. „Politisches Wirken, Lehrbetätigung, historische Forschung und Vereinsarbeit gingen bei den führenden Liberalen Deutschböhmens recht oft Hand in Hand.“ Der politische Charakter des „Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen“ hat sich am deutlichsten bei den Wanderversammlungen gezeigt, die längere Zeit hindurch jährlich in einer anderen deutschböhmisches Stadt stattfanden. An diesen Versammlungen nahmen häufig liberale Abgeordnete teil, die „bei den feuchtfröhlichen Sitzungen, die der Wissenschaft folgten, das Wort ergriffen“. Speziell in den siebziger Jahren hatten die Wanderversammlungen einen derart politischen Charakter, daß Ernst von Plener „im Zusammenhang mit der Versammlung in Eger (Cheb) (1879) von einem deutschböhmisches Parteitag sprach“⁷³⁾. Doch auch nach dem Ende der dominierenden Stellung der Deutschliberalen – und damit auch des Vereins – erfüllte dieser noch weiterhin eine politische Funktion: z. B. wurde in der Plenarversammlung des Jahres 1896 die Bildung der „Deutschfortschrittlichen Partei“ vorbereitet⁷⁴⁾.

⁷¹⁾ POLIŠENSKÝ, Věstudentský archiv [Allstudentisches Archiv] 7, 18.

⁷²⁾ MICHAEL NEUMÜLLER, Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen: ein deutsch-liberaler Verein (von der Gründung bis zur Jahrhundertwende); HANS LEMBERG, Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen im 20. Jahrhundert; beide in: FERDINAND SEIBT (Hg.), Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München 1986) 179–208 bzw. 209–230.

⁷³⁾ Alle Zitate bei NEUMÜLLER, Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen 183 f. Für eine dieser Wanderversammlungen siehe EDUARD MIKUŠEK, Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen und Leitmeritz in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts; in: Germanoslavica 7 (1995) 83–92.

⁷⁴⁾ DIETHILD HARRINGTON-MÜLLER, Der Fortschrittsklub im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates 1873–1910 (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 11, Wien – Graz – Köln 1972).

Ein ähnlich hohes Prestige genoß unter den deutschen Volksbildungsinstitutionen der 1869 im „Deutschen Casino“ gegründete „Deutscher Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse“, der erste dieser Art in der westlichen Reichshälfte der Monarchie⁷⁵). Der Verein wurde vom deutschen Großbürgertum unterstützt, zum ersten Vorsitzenden wurde z. B. der Industrielle und Vizepräsident der Prager Handels- und Gewerbekammer Richard Dotzauer gewählt, und als Stellvertreter fungierte der Rechtsanwalt und Politiker Franz Schmeykal. Im Verein gaben jedoch jüngere Wissenschaftler, Publizisten und Lehrer den Ton an, unter ihnen vor allem der Professor der Handelsakademie und des Polytechnischen Instituts Josef Holzamer, der die Gründung des Vereines unmittelbar veranlaßte, und der Historiker Julius Lippert⁷⁶). Der Verein konzentrierte sich, namentlich in den ersten zwanzig Jahren seines Bestehens, auf eine praktische, rationale, den Wohlstand breiter Kreise erhöhende Bildung. Gleichzeitig wollte er das Volk zur Erkenntnis der eigenen Rechte und Freiheiten, Bedürfnisse und Ziele führen. Diese demokratische Komponente diente als Vorbereitung für die „gewünschte politische Partizipation der gesamten Bevölkerung an Gesetzgebung, Verwaltung und Jurisdiktion“. Der Verein unterstützte Bibliotheken, gab Verzeichnisse der empfohlenen Lektüre und kurze nützliche Abhandlungen heraus, die in einer Auflage von bis zu 20.000 Exemplaren erschienen. Der Verein vertrat den Grundsatz einer überparteilichen, überkonfessionellen Bildung – das bedeutete aber nicht, daß er darauf verzichtet hätte, dezidierte Standpunkte zur ideologisch-weltanschaulichen und religiösen Problematik einzunehmen. Eine ideale Gelegenheit boten dazu z. B. Abhandlungen über Joseph II. und die Bauernbefreiung oder über die Volksschule. Die nationale Thematik wurde explizit nicht sehr häufig behandelt – man fand es selbstverständlich, daß Böhmen dem deutschen kulturellen und politischen Bereich angehörte, auch wenn Lippert „nationale Unterordnung eines der beiden Stämme unter den anderen“ ablehnte und statt dessen die gegenseitige Achtung der Völker postulierte⁷⁷). Die Garantie dieses Zustandes erblickten Lippert und seine Gefährten jedoch in Wien, und nicht in Berlin. In den neunziger Jahren trat der Verein in eine neue, mit einem Generationswechsel verbundene Phase ein. Die Orientierung auf die sachliche, praktische Bildung wurde durch das Interesse für Kunst, Literatur, Volks- und Heimatkunde abgelöst, in denen man die Äußerungen der Volksseele zu finden glaubte. In die Volkserziehung fanden viele mythische, emotionale Motive Eingang, die das Echo neuer Gedankentrends darstellten, welche die liberalen ratio-

⁷⁵) ROBERT LUFT, Der deutsche Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag 1886–1938; in: FERDINAND SEIBT (Hg.), Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München 1986) 139–178; DERS., Die deutsche liberale Volksbildung in Böhmen im 19. und 20. Jahrhundert; in: *Germanoslavica* 7 (1995) 225–239.

⁷⁶) ASTRID TÖNNIES, Julius Lippert. Leben und Wirken in den Jahren 1839–1885 (=Schriftenreihe der Kommission für Ostdeutsche Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde 5, Marburg 1988).

⁷⁷) Zitate bei LUFT, Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse 143, 157.

nalistischen und individualistischen Traditionen in Zweifel zogen, sowie als Reaktionen auf die moderne Massen-Kultur großstädtischer Art gelten können. Im Rahmen der Bemühungen um die Erziehung des Volkes wurden auch nationalstische Töne immer lauter. Diese setzten sich insbesondere seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für den Reichsrat im Jahre 1907 durch.

Seit 1891 griff auch die „Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen“, eigentlich eine Akademie der Wissenschaften der Deutschen in Böhmen, in kulturelle und volksbildnerische Fragen ein. Diese Gesellschaft war in Reaktion auf die im Jahr zuvor gegründete „Česká akademie věd a umění (Františka Josefa)“ [Böhmische Kaiser Franz Joseph-Akademie der Wissenschaft und Künste in Prag] entstanden. Als Ziel setzte sich die deutsche Gesellschaft, „den wissenschaftlichen Dienst für die Deutschen des Landes (zu) organisieren“, als Mittelpunkt des geistigen und künstlerischen Lebens der Deutschen in Böhmen zu fungieren⁷⁸).

Ein weiteres Zentrum der deutschen volksbildnerischen Arbeit befand sich in Nordböhmen. Im Jahre 1867 gründete der Fabriksdirektor Franz Hermann in Reichenberg den Bildungsverein „Iserthal“ und im Jahre 1886 initiierte er die Entstehung des „Nordböhmischen Verbandes für Verbreitung von Volksbildung“. Ihm gehörten ungefähr 200 Mitglieder – Bildungs-, Gewerbe-, Lese-, Turn- und Gesangsvereine sowie einzelne Personen – an. Abgesehen von der Vortagstätigkeit konzentrierte er sich, so wie alle ähnlichen Institutionen, auf die Gründung von Bibliotheken. In den neunziger Jahren begann er, den allgemeinen mitteleuropäischen Trends entsprechend, Abendschulen zu errichten und volkstümliche Abendunterhaltungen zu veranstalten. Während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erlahmte der Verband in seiner Tätigkeit; er wurde durch zwei ähnliche, auf territorialer Basis arbeitende Organisationen ersetzt: den „Nordböhmischen Verband für Volksbildung im politischen Bezirk Aussig“ und den „Verband der Volksbildungsvereine im politischen Bezirk Teplitz“⁷⁹). 1911 folgte ihnen der „Deutsche Landesverband für Volksbildungswesen in Böhmen“ mit Sitz in Aussig (Ústí nad Labem).

In der tschechischen Gesellschaft gab es längere Zeit hindurch keine derartigen Vereine. 1867 entstand zwar der Verein „Matice lidu“ [Volks-Matica], der populäre Broschüren zur Volksbildung herausgab, aber seine Aktivität (wie die vieler anderer Organisationen) gehörte eher in den Bereich des Verlagswesens⁸⁰).

⁷⁸) ALENA MÍŠKOVÁ, MICHAEL NEUMÜLLER (Hgg.), *Společnost pro podporu německé vědy, umění a literatury v Čechách* (Německá akademie věd v Praze). *Materiály k dějinám a inventář archivního fondu. Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen* (Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag), *Materialien zu ihrer Geschichte und Inventar des Archivbestandes 1891–1945* (=Práce z dějin České akademie věd, seria 7B, Praha 1994), insbes. 35 ff.; DIES., *Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen – Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag*; in: *Germanoslavica* 7 (1995) 49–72.

⁷⁹) LUDWIG FLEISCHNER, *Das deutsche Volksbildungswesen in Böhmen*; in: *Deutsche Arbeit. Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen* 1 (1901/02) 470–486, 542–549.

⁸⁰) JAN THON, *Osvětou k svobodě. Kniha o českých čtenářích* [Durch Volksbildung zur Freiheit. Ein Buch über die tschechischen Leser] (Praha 1948) 203–207.

Zahlreiche Vorträge wurden von bereits existierenden Vereinen angeboten, am meisten zweifelsohne von Studentenvereinen, aber nicht nur von diesen. Auch die Sokol- und Lehrervereine widmeten sich in den neunziger Jahren dieser Aufgabe. 1902 entstand infolge der Zusammenarbeit der Sokol-, Turn- und Feuerwehrvereine die „Ústřední svaz vzdělávací“ [Zentrale Bildungskörperschaft], ein Verband, der alle Volksbildungsaktivitäten koordinieren sollte. Obwohl er auch bestimmte regionale, einzelne Ortsvereine vereinigende, Zweigstellen zu errichten begann, konnte er sich nicht durchsetzen. Der Mißerfolg der „Ústřední svaz vzdělávací“ ist – abgesehen von den Spannungen zwischen den Sokolmitgliedern und den anderen Teilnehmern – wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß ihre Organisatoren die volksbildnerische Arbeit als ein Korrektiv der politischen Tätigkeit auffaßten⁸¹⁾. Statt dessen organisierte der „Národní rada česká“ [Tschechischer Nationalrat] (der unter Führung der Jungtschechen von den tschechischen politischen Parteien gebildet worden war – siehe unten) die Gründung einer neuen Institution, des „Osvětový svaz“ [Volksbildungsverband]. Wieder handelte es sich um eine Vereinigung von bereits existierenden volksbildnerischen Vereinen bzw. weiterer natürlicher und juristischer Personen. Das Programm ging von der Überzeugung aus, daß „Wissen Macht ist“, die dem Volk bestimmte Vorteile im globalen Konkurrenzkampf sicherstellt und seine einzelnen sozialen Schichten im Sinne einer Gemeinschaftsbildung versöhnt. Diese Bildungsarbeit sollte vom „Volksbildungsverband“ koordiniert sowie rational und effektiv geleitet werden. Trotz einiger, dem Mangel an finanziellen Mitteln zuzuschreibenden Schwierigkeiten gelang es ihm, die anderen nichtstaatlichen Bildungsinstitutionen – mit Ausnahme der sozialdemokratischen – an sich zu binden. Aber auch mit dieser Partei, die er im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen im Jahre 1907 heftig angriff, kam es mehr oder weniger bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu einer Kooperation.

An der volkserzieherischen Arbeit waren natürlich auch Lehrervereine beteiligt. Das machte jedoch nur einen kleinen Teil ihrer Tätigkeit aus. Sowohl tschechische als auch deutsche Lehrer begannen sich bereits im Jahre 1848 zu organisieren, dauerhaftere Ergebnisse brachten erst die Vereinsgründungen nach 1867. 1868 entstanden in deutschen Regionen acht Vereine, ein Jahr später weitere 21. Im Jahre 1890 gab es 75 Vereine. Ab 1869 versuchte der „Deutsche pädagogische Verein“ in Prag als Dachorganisation dieser Vereine zu wirken. In Bezug auf seine angeblich zu theoretische Tätigkeit, die die Bedürfnisse der Lehrer aus den Augen verloren hätte, herrschte Unzufriedenheit, und deshalb wurde auf Veranlassung des Lehrervereines in Karbitz (Chabařovice) 1874 der „Deutsche Landeslehrerverein in Böhmen“ gegründet. Die Blütezeit der neuen Organisation begann 1882, als ihr Sitz nach Reichenberg verlegt wurde. Der „Deutsche Lan-

⁸¹⁾ Jiří POKORNÝ, *Osvětou v před!* [Vorwärts mit der Volksbildung!]; in: ZDENĚK HOJDA, Jiří PEŠEK, BLANKA ZILYNSKÁ (Hgg.), *Seminář a jeho hosté. Sborník prací k 60. narozeninám doc. dr. Rostislava Nového* [Das Seminar und seine Gäste. Sammelband für Rostislav Nový zum 60. Geburtstag] (Praha 1992) 299–304.

deslehrerverein“ vereinigte außer den Lehrern an den Volksschulen auch die der Bürgerschulen und die Lehrerinnen⁸²⁾. Ein ähnlicher Verein auf tschechischer Seite, der „Ústřední svaz jednot učitelských“ [Zentralverband der Lehrervereine] (seit 1901 „Zemský ústřední spolek jednot učitelských“ [Landeszentralverein der Lehrervereine]), war zahlenmäßig ebenfalls sehr stark; 1910 vereinigte er 120 Vereine. Darüber hinaus gehörten ihm Lehrerinnen, Lehrer an den Bürgerschulen, an den Minoritätsschulen des „Ústřední matice školská“ (ÚMŠ) [Zentraler Tschechischer Schulverein] und sogar einige spezielle Lehrervereine aus Prag an.

Beide Organisationen entwickelten sich auf sehr ähnliche Weise. Sie legten Entwürfe zur Organisation des Schulwesens und zum Unterrichtsinhalt vor, die sich vor allem gegen eine befürchtete Stärkung des Kircheneinflusses richteten. Auch strebten sie eine bessere Qualität der Lehrerausbildung an. Am Anfang des 20. Jahrhunderts agierten sie jedoch immer mehr im Sinne von berufsständischen bzw. gewerkschaftlichen Organisationen. Sie kümmerten sich um ihr Vermögen, bauten Buchhandlungen und Verlage auf, gründeten Vorschußkassen; hauptsächlich kämpften sie aber in seltener Übereinstimmung um höhere Gehälter. Obgleich sich die Lehrer immer energisch in der nationalpolitischen Arbeit engagierten, arbeiteten beide Verbände in dieser Hinsicht zusammen und zögerten nicht, ihren politischen Vertretern entgegenzutreten, wenn sie ihre ureigenen Interessen gefährdet sahen⁸³⁾.

b) Nationale Schutzvereine

Eine außergewöhnliche Stellung unter den im Königreich Böhmen wirkenden Vereinen nahmen zweifellos die sogenannten nationalen Schutzvereine ein. Als erste derartige Institution kann man den „Deutschen Schulverein“ bezeichnen⁸⁴⁾. Er entstand zwar am 2. Juli 1880 in Wien und wirkte in vielen Ländern Cisleithaniens, aber seine Tätigkeit bezog sich vor allem auf das Territorium Böhmens – zum Vergleich: aus Böhmen stammten im Jahr 1886 (dem Gipfelpunkt der Mitgliederzahl) 45 Prozent der Ortsgruppen und 41 Prozent aller Mitglieder; 1903 waren es immer noch zwei Fünftel der Ortsgruppen und der gesamten Mitgliederzahl⁸⁵⁾.

Der „Schulverein“ entstand in Reaktion auf auf Stremayrs Sprachenverordnungen. Er gründete deutsche Schulen dort, wo es auf Grund staatlicher Vor-

⁸²⁾ MARTIN VRBICKÝ, Německý zemský učitelský spolek v Čechách v letech 1874–1918 [Der Deutsche Landeslehrerverein in Böhmen 1874–1918]; in: Fontes Nisae – Prameny Nisy 1 (2000) 71–91. Vgl. auch IVAN OTCOVSKÝ, Soupis učitelských a školských spolků do roku 1900 [Verzeichnis der Lehrer- und Schulerhaltungsvereine bis zum Jahr 1900] (Praha 1971).

⁸³⁾ JIŘÍ POKORNÝ, Lidová výchova na přelomu 19. a 20. století [Die Volksbildung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert] (Praha 2003).

⁸⁴⁾ AUGUST RITTER VON WOTAWA, Der Deutsche Schulverein 1880–1905. Eine Gedenkschrift (Wien 1905); MONIKA STREITMANN, Der Deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik 1880–1918, phil. Diss. (Wien 1984).

⁸⁵⁾ WOTAWA, Schulverein, Anhang.

schriften keine zu geben brauchte, trug zu deren finanzieller Erhaltung bei, bemühte sich, daß sie in der Folge in die staatliche Verwaltung übernommen wurden. Außerdem errichtete er auch Kindergärten und Fortbildungsschulen, unterstützte das Mittelschulwesen usw. Im Lauf der Zeit erstreckten sich die Aktivitäten des „Deutschen Schulvereins“ auch auf außerschulische Belange. Sie umfaßten neben propagandistischen Aktivitäten auch ein reichhaltiges kulturelles, nationalpolitisch eindeutig festgelegtes Angebot. Dies und die spezifische Mitgliederstruktur (den Ortsgruppen gehörten vornehmlich Angehörige des Bildungs- und des Wirtschaftsbürgertums an, daneben aber auch eine ungewöhnlich große Zahl von Reichsrats- und Landtagsabgeordneten sowie zahlreiche Frauen, wobei besonders auf die Vernetzung der männlichen Mitglieder durch ihre Teilnahme bei anderen Vereinen hinzuweisen ist) ließen den Verein „zu einer politisch wirkungsmächtigen Kraft“ werden⁸⁶). Er war eindeutig der am besten aufgebauten Verein, dessen Organisation vorbildlich für alle anderen war.

Sobald Nachrichten über die Entstehung des „Deutschen Schulvereines“ an die Öffentlichkeit gelangten, tauchte unter tschechischen Journalisten und Pädagogen der Gedanke auf, einen ähnlichen Verein zu errichten. Gegen diesen Gedanken wurden bestimmte Bedenken unter den tschechischen Abgeordneten laut, die hofften, das Kabinett Taaffe werde von sich aus die tschechischen Wünsche auf diesem Gebiet erfüllen. Weiter wurde angeführt, daß ein so ambitiöses Projekt hohe, die Möglichkeiten des Volkes übersteigende finanzielle Kosten erfordere. Die Nützlichkeit einer solchen Institution wurde aber allgemein anerkannt. Dazu trug sicher auch die Tatsache bei, daß die „Ústřední matice školská“, wie der Verein heißen sollte, als eine überparteiliche, alle Gesellschaftsschichten des Volkes verbindende Organisation gedacht war. Am 15. November 1880 wurden die Statuten bestätigt, am 5. Dezember fand die konstituierende Vollversammlung statt. Zum Vorsitzenden wurde František Ladislav Rieger gewählt, der eine nicht in Frage zu stellende nationale Autorität darstellte; die eigentliche Leitungsrarbeit übte jedoch der Schulfachmann und Sprachwissenschaftler Josef Král aus. Wegen Streitigkeiten mit Rieger gab Král diese Funktion bald auf. Nach Riegers Resignation im Jahre 1890 trat der Jungtscheche Jaromír Čelakovský an die Spitze des Vereines und ÚMŠ blieb auch später in der Hand der Jungtschechen⁸⁷).

⁸⁶) Vgl. WERNER DROBESCH, Der Deutsche Schulverein 1880–1914. Ideologie, Binnenstruktur und Tätigkeit einer nationalen Kulturorganisation unter besonderer Berücksichtigung Sloweniens; in: *Geschichte und Gegenwart* 12 (1993) 195–212; PIETER M. JUDSON, Deutschnationale Politik und Geschlecht in Österreich 1880–1900; in: DAVID F. GOOD, MARGARETE GRANDNER, MARY JO MAYNES (Hgg.), *Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 20. Jahrhundert* (Wien – Köln – Weimar 1994) 32–48.

⁸⁷) ADOLF SRB, Jak jsme zakládali Ústřední matici školskou [Wie wir ÚMŠ gründeten], in: DERS., *Z půl století* [Aus einem halben Jahrhundert]; in: *Malice lidu* 49 (Praha 1916) 41–45; PADESÁT LET ÚSTŘEDNÍ MATICE ŠKOLSKÉ. Pamětní list vydaný na oslavu půlstoletí činnosti Ústřední matice školské v Praze [Fünfzig Jahre ÚMŠ. Gedenkblatt zur Feier der hundertjährigen Tätigkeit ÚMŠ], 1880–1930 (Praha 1930). Siehe zu ÚMŠ auch ALEXANDRA ŠPIRITOVÁ, *Ústřední matice školská v letech 1880–1919* [Der Zentrale Tschechische Schulverein in den Jahren 1880–1919]; in: *Paginae historiae* 1 (1993) 178–195; ROMAN ZAORAL, Die tschechischen und deutschen Schulvereine in Böhmen am Ende des 19. Jahrhunderts; in: *Germanoslavica* 2 (7) (1995) 107–115.

Bald zeigte es sich, daß die auf die Unterstützung des Schulwesens orientierten Vereine durch weitere Organisationen ergänzt werden müßten, welche die allseitige Erhöhung des Lebensniveaus (sowohl materiell als auch kulturell) anstreben und die nationale Propaganda vertiefen würden. Als erster entstand im Jahre 1884 der „Deutsche Böhmerwaldbund“. Seine Gründung geht auf den Redakteur der *Deutschen Zeitung* Franz Höllrigl zurück, zur Seele und zum Vorsitzenden dieses Vereines wurde (während der ganzen Zeit seiner Existenz) der Bürgermeister von Budweis (České Budějovice) Josef Taschek. Die tschechische Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Noch im selben Jahr fand unter Teilnahme von Schriftstellern, Politikern und Lehrern die konstituierende Tagung des Vereines „Národní jednota pošumavská“ [Nationalverein für den Böhmerwald] statt. Die Tätigkeit beider Organisationen entwickelte sich in ähnlicher Weise. Sie trugen zum finanziellen Aufwand der Schulen bei, gründeten oder führten Bibliotheken. Darüber hinaus vermittelten sie Arbeitsmöglichkeiten, unterstützten die einheimische Industrie und den Tourismus, stiegen in den Immobilienhandel ein, weil sie verhindern wollten, daß die Angehörigen der anderen Nationalität Häuser und Grundstücke innerhalb ihres nationalen Besitzstandes kauften. Auf die gleiche Weise, nur mit größerer Intensität, arbeitete auch der ein Jahr später (1885) gegründete Verein „Národní jednota severočeská“ [Nordböhmischer Nationalverein], der sich in jener Region engagierte, wo es die größten nationalen Streitigkeiten gab⁸⁸⁾.

In Nordost-, Nordwest- und Westböhmen existierten in den neunziger Jahren kleinere deutsche Schutzvereine: „Bund der Deutschen Ostböhmens“ (1894 gegründet, mit dem Sitz in Trautenau (Trutnov)), „Bund der Deutschen Nordwestböhmens“ (1894 gegründet, mit dem Sitz in Teplitz), „Bund der Deutschen im Egerlandkreis“ (1895 gegründet) und „Bund der Deutschen Westböhmens“ (1892 gegründet, mit dem Sitz in Pilsen (Plzeň)). Diese kleinen Vereine wurden jedoch in kurzer Zeit vom größten deutschen Schutzverein – vom „Bund der Deutschen in Böhmen“ – in den Schatten gestellt und im wesentlichen auch verschluckt. Dieser Verband wurde von einer Gruppe deutschnationaler Abgeordneter (Ernst Bareuther, Franz Kindermann, Friedrich Legler, Heinrich Prade, Karl Schücker) organisiert; eine große Rolle spielte auch der Turner Anton Kießlich. An der Spitze stand als Vorsitzender zuerst Schücker, seit 1890 Rafael Pacher. Die größte Breitenwirkung erzielte der „Bund der Deutschen in Böhmen“ kurz vor dem Krieg (1913), als ihm 1117 Ortsgruppen und 114.173 Mitglieder angehörten. Die finanzielle Situation war ebenso zufriedenstellend: 1913 nahm der

⁸⁸⁾ CARSTEN LENK, „Unbedingt fortschrittlich und in allen Dingen national“. Der Deutsche Böhmerwaldbund 1884–1938 und die Interessen des Budweiser Bürgertums; in: KURT DRÖGE (Hg.), *Alltagskulturen in Grenzräumen* (=Mitteleuropa – Osteuropa 4, Frankfurt/Main 2002); ANTONÍN HUBKA, *Měštinová práce. K jubileu dvacetiletého trvání Národní jednoty pošumavské* [Minderheitsarbeit. Zum 20. Jubiläum des Böhmerwäldischen Nationalvereins] (Praha 1904) 35–57; JIŘÍ POKORNÝ, *Tschechischer Böhmerwaldbund – Národní jednota pošumavská*; in: VÁCLAV BŮŽEK (Hg.), *Referate des Symposiums Spojující a rozdělovající na hranici – Verbindendes und Trennendes an der Grenze* (=Opera historica 2, České Budějovice 1992) 121–124.

Bund 876.374 Kronen ein und gab 584.256 Kronen aus – am meisten gab er für die „Bodenverteidigung“ aus, also für den Immobilienhandel, dann für die Propaganda und für die Obsorge für die Waisenkinder⁸⁹⁾).

In gewisser Weise die Vollendung der nationalen Schutzorganisationen stellen der „Národní rada česká“ [Tschechischer Nationalrat] und der „Deutsche Volksrat für Böhmen“ dar, die zur Koordinierung verschiedener Bildungsaktivitäten, der Minderheitspolitik, vor allem aber zur Kommunikation der Vereine und der örtlichen Politiker mit den Landtags- bzw. Reichsrats-Abgeordneten und sonstigen führenden Politikern dienen sollten⁹⁰⁾. Der „Tschechische Nationalrat“ blieb unter dem Einfluß der Jungtschechen, die ihn gemeinsam mit anderen Parteien gegründet hatten, wobei sie ihn zur unauffälligen Kontrolle der tschechischen politischen Bühne benutzen wollten. Insofern gehörte er nicht zum Typus der nationalen Schutzorganisationen, die ihre Bemühungen auf die Bevölkerung im „gefährdeten Territorium“ konzentrierten, auch wenn ihre Mitglieder in größerem Maße aus den im national kompakten Hinterland lebenden Menschen kamen. Dies erlaubte diesen Organisationen, ziemlich hohe finanzielle Mittel anzusammeln; einige von ihnen, z. B. der „Deutsche Schulverein“, der „Bund der Deutschen in Böhmen“ oder die „Ústřední matice školská“ hatten den Charakter von Massenorganisationen. Diese Größe – genauso wie das Bewußtsein einer „heiligen Aufgabe“, nämlich der Verteidigung der heimatlichen Scholle gegen das eindringende Deutschtum/Slawentum – erhöhten das Selbstbewußtsein ihrer führenden Schichten, die davon durchdrungen waren, daß sie die Gesellschaft ermahnen sollten, die vergessenen Tugenden, insbesondere Opferbereitschaft und Einigkeit, wieder zu beleben. Die Schutzorganisationen arbeiteten nach Bedarf mit politischen Parteien zusammen, aber sie nahmen ihnen gegenüber eine ziemlich kritische Stellung ein. Ihre führenden Funktionäre – obwohl zum Teil selbst Politiker – hatten kein Verständnis für parteiliche Scharmützel, die Jagd nach Mandaten, die Notwendigkeit, im politischen Tagesgeschäft Kompromisse mit Andersdenkenden zu schließen.

c) Berufsbezogene Organisationen: Arbeitervereine, landwirtschaftliche Vereine

Die ersten modernen Arbeitervereine entstanden in Böhmen in den sechziger Jahren. Bereits im Jahre 1862 schlossen sich Prager Buchdrucker in der „Typographia“ zusammen, einem Bildungs-, Unterstützungs- und Gewerkschaftsverein, der eine der ersten tschechischen Fachzeitschriften – *Věslavín* – herausgab.

⁸⁹⁾ DAN GAWRECKI, Německé „obránné spolky“ 1880–1938 [Deutsche „Schutzvereine“ 1880–1938], maschinschriftl. Dissertation, Band I (Opava 1975) 15–305, insbes. 15 f., 63–79.

⁹⁰⁾ HARALD BACHMANN, Der Deutsche Volksrat für Böhmen und die deutschböhmisches Parteipolitik; in: Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa 14 (1965) 266–294; ERICH SCHMIED, J. W. Titta und der Deutsche Volksrat für Böhmen; in: Bohemia 26 (1985) 309–330. NAP, Archivbestand Národní rada česká [Tschechischer Nationalrat], K. 502: Základní řády Národní rady české, 1906 [Grundregeln des Tschechischen Nationalrates, 1906].

1865 wurde der Bildungsverein „Typografická beseda“ [Typographischer Verein] gegründet (beide Vereine vereinigten sich 1870). Der 1863 entstandene „Ústřední pokladna k podpoře dělníků strojnických“ [Zentralkasse zur Beförderung der Maschinenbauarbeiterschaft] hatte in kurzer Zeit 1700 Mitglieder und einen bezahlten Sekretär. Dieser Verein konnte sich jedoch nicht lange halten⁹¹⁾. In derselben Zeit gelang es den Strumpfstrikkern in Asch (Aš), eine Zweigstelle von Lassalles „Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein“ zu gründen. An der Errichtung des „Arbeiterbildungsvereins“ in Reichenberg 1863 waren auch die Angehörigen der liberalen Bürgerelite (zum Beispiel der Arzt Wilhelm Herzig, der 1848/49 den Wahlkreis Gablonz (Jablonec) in der Frankfurter Nationalversammlung vertreten hatte) beteiligt, die sich – wie in vielen anderen vergleichbaren Fällen – ausreichenden Einfluß auf die Tätigkeit dieses Vereins sichern wollten. Dies kam übrigens auch in der Umbenennung des Vereins in „Industrieller Bildungsverein“ zum Ausdruck, der sich aller politischen Tätigkeit im Sinne der Arbeiterschaft enthalten wollte. Als es den von Josef Krosch geführten Arbeitern nicht gelang, das Übergewicht im Verein zu erlangen, gründeten sie 1869 den „Allgemeinen Arbeiterverein“⁹²⁾.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verbreiteten sich im tschechischen Milieu Selbsthilfe- und Konsumvereine. Die Arbeiter sollten sparen und unternehmerisch zu denken lernen; aus eigener Kraft sollten sie sich auf das Niveau des Bürgertums hinaufarbeiten. Diese Vereine erreichten schnell eine große Mitgliederzahl und verfügten über respektable finanzielle Mittel. Der größte von ihnen – der Prager „Oul“ [Bienenstock] – hatte 3000 Mitglieder und verfügte über ein Kapital von 60.000 Gulden. Neben der Wirtschaftsabteilung existierte im „Oul“ auch eine Bildungsabteilung, ging es doch um die „Hebung der materiellen und geistigen Wohlfahrt“ der Arbeiterschaft. Im Jahre 1871 gab es in Böhmen 279 derartige, wenn auch kleinere, Konsumgenossenschaften und in Mähren 46, die allesamt von der durch die genossenschaftliche Selbsthilfebewegung zu erreichende Aussöhnung von Kapital und Arbeit im Rahmen der natio-

⁹¹⁾ MILOSLAV VOLF, Naše dělnické hnutí v minulosti [Unsere Arbeiterbewegung in der Vergangenheit] (Praha 1947) 50–58; JAROSLAVA PELIKÁNOVÁ, Vznik odborové organizace typografů v Praze [Die Entstehung der Gewerkschaftsorganisation der Buchdrucker in Prag]; in: VÁCLAV JÍŠA (Hg.), Počátky odborového hnutí v českých zemích [Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in den böhmischen Ländern] (Praha 1980) 32–45; JOSEF KOTEK, Odborové hnutí zaměstnanců. Teorie a praxe odborového hnutí, vývoj a stav odborového hnutí zaměstnanců v Československu a v cizině [Die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten. Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung, Entstehung und Stand der Gewerkschaftsbewegung der Angestellten in der Tschechoslowakei] (=Publikace Sociálního ústavu Republiky českosl. 50, Praha 1930) 114–121.

⁹²⁾ MELANOVÁ, Spolkový život v Libereci [Vereinsleben in Reichenberg] 259–279; JIŘÍ KOŘALKA, Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku [Die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet] (Liberec 1956) 109–120, 137–147; DERS., Die tschechische Arbeiterbewegung im Prozeß der Modernisierung der böhmischen Länder bis 1914; in: DERS., Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18, Wien – München 1991) 201–239.

nenalen Gesellschaft ausgingen. Bei ihrer Organisation half der Arbeiterschaft der junge Jurist František Ladislav Chleborad. Er bemühte sich, den „Oul“ den Bedürfnissen der gesamtationalen Bewegung unter der Führung der bewährten bürgerlichen Politiker (der Altschechen wie Palacký oder Rieger, denen oftmals die Ehrenmitgliedschaft in diesen Vereinen angetragen wurde) unterzuordnen, denen die Arbeiter die Sorge um die Politik überlassen sollten⁹³). Diese Ansicht wurde von vielen Arbeitern abgelehnt, die Unterstützung in einigen nur von Arbeitern beschickten Vereinen – z. B. in der „Dělnická beseda“ [Arbeiterressource] in Smichov (Smíchov) – fanden und bei einigen radikalen Anhängern der Jungtschechen, insbesondere dem Redakteur Josef Barák⁹⁴). Die Streitigkeiten zwischen Chleborad und seinen Gegnern beschleunigten den Untergang der durch schlechtes Wirtschaften geschwächten Selbsthilfvereine in dem Maße, daß sie die 1873 ausgebrochene Wirtschaftskrise meist nicht überlebt haben⁹⁵).

Ähnlich entwickelten sich auch die Vereine der (vorwiegend) deutschen Arbeiterschaft in Nordböhmen. Die ältesten – wie z. B. der „Weber-Unterstützungs- und Sterbekassa Verein“, der Ende der fünfziger Jahre in Aussig gegründet worden war – konzentrierten sich auf die Unterstützung ihrer Mitglieder im Krankheitsfall oder bei Berufsunfällen sowie bei Arbeitslosigkeit und trugen auch zu den Begräbniskosten bei. Eines nicht geringen Interesses erfreuten sich die Selbsthilfvereine nach dem System von Schulze-Delitzsch. Daneben entstanden Fachvereine wie z. B. die der Lokomotivheizer auf der Aussig-Teplitzer Bahn oder der Eisen- und Stahlarbeiter. Die nach 1867 vermehrt entstandenen Arbeiterbildungsvereine kamen nicht nur dem Drang nach Bildung entgegen, sondern verfolgten neben durchaus politischen Intentionen auch noch andere Zielsetzungen. So betrieb der „Aussiger Arbeiterbildungsverein“ eine Kranken- und Unterstützungskasse, während der „Teplitzer Arbeiterbildungsverein“ genossenschaftliche Aktivitäten im Sinne von Schulze-Delitzsch betrieb. Zu den Mitgliedern dieses letzteren Vereines gehörten auch Angehörige der lokalen bürgerlichen Elite; seine außerordentliche Bedeutung wird durch die Tatsache unterstrichen, daß Hermann Schulze-Delitzsch ihn im Jahr 1871 besuchte und einen Vortrag hielt. Rund zwei Jahre später begann aber auch dieser Verein, sich vom Prinzip der Selbsthilfe abzuwenden. Generell setzte sich ab der Mitte der siebziger Jahre auch in Nordböhmen die Lassalleanische Richtung der „Staatshilfe“ bzw. die sozialdemokratische Programmatik durch. Eine gewisse Eigenheit einiger nordböhmischer Vereine (Karbitz 1871, Aussig 1873) stellte die „Steuerklausel“ dar, d.h. eine Bestimmung, daß niemand Mitglied dieser Vereine werden konnte, der mehr als 5 Gulden direkte Steuern zahlte. Damit wollten sich die Arbeiter vor

⁹³) CYRIL HORÁČEK, Počátky českého hnutí dělnického [Die Anfänge der tschechischen Arbeiterbewegung] (Praha 1896, 1933) 36–68; die Konsumvereine in Smichow beschreibt ausführlich KRUPPA, Vereinswesen in Smichow 113–140.

⁹⁴) VÁCLAV ŽÁČEK, Josef Barák (Praha 1983) 193–202.

⁹⁵) JARMILA ŠTASTNÁ, Pražské dělnické potravní spolky ve druhé polovině 19. století [Prager Arbeiterkonsumvereine in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts]; in: Etnografie dělnictva 6 (1975) 4–77; HORÁČEK, Počátky hnutí dělnického [Anfänge der Arbeiterbewegung] 62–69.

der Bevormundung ihrer Tätigkeit seitens höherer Gesellschaftsschichten schützen. Ein weiteres Charakteristikum der nordböhmisches Vereine bestand darin, daß ihnen in der Frühphase der Arbeiterbewegung sowohl Deutsche als auch Tschechen angehörten und daß bei den Verhandlungen beide Sprachen benutzt wurden bzw. dort, wo zwei Organisationen bestanden, diese gut zusammenarbeiteten. Der führende Kopf der Sozialdemokratie im vorwiegend deutsch besiedelten Aussig war der tschechische Schuster Václav Vaic, der beiden Organisationen angehörte⁹⁶⁾.

Im Rahmen der Arbeiterbewegung nahmen die Bergleute eine besondere Stellung ein. Ihr Lebensstandard war relativ hoch und so sahen sie längere Zeit keine Notwendigkeit, sich zu organisieren. Sobald sich jedoch auch ihre Lebensbedingungen im Anschluß an den Ausbruch der Wirtschaftskrise von 1873 verschlechterte, begannen sie, die in verhältnismäßig großen Betrieben beschäftigt waren, im Vereinswesen der Arbeiterschaft den Ton anzugeben. Das erste und wichtigste Zentrum war der 1875 gegründete „Fachverein der Bergarbeiter“ in Dux (Duchcov). In den gedruckten und als Broschüre verbreiteten Statuten stellte der Verein klar, daß es ihm nicht um Politik ginge (weil er nicht als „politischer Verein“ im Sinne des Gesetzes gelten wollte), sondern daß er die Hebung der Bildung und materielle Unterstützung seiner Mitglieder im Auge habe. Mit diesen Dingen beschäftigte sich der Verein tatsächlich, doch der verschiedentlich geäußerte Verdacht, daß er sich statt auf Unterstützungstätigkeit und Bildungsaufgaben vorrangig auf die Organisierung von Streikbewegungen und Unruhen konzentriere, war zum Teil berechtigt, gilt er doch als direkter Vorläufer der Bergarbeitergewerkschaft. Der Verein setzte sich jedenfalls für die Reform der Bruderladen sowie für die Verkürzung der Arbeitszeit ein und beteiligte sich, gemeinsam mit anderen Vereinen, an der Organisierung des großen Bergarbeiterstreiks von 1882, nach dessen Niederschlagung er denn auch behördlich aufgelöst wurde⁹⁷⁾.

Den Kern landwirtschaftlicher Vereine stellten die Zweigstellen der „k. k. Patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“ dar. Daneben begannen die Bauern in den sechziger Jahren auch informelle Zirkel zu bilden, die sich mit dem gemeinsamen Lesen von Büchern und Zeitungen, mit Debatten über fachliche Angelegenheiten oder allgemeine Fragen und über „hohe“ Politik befaßten. Nach der Erlassung des Vereinsgesetzes im Jahre 1867 konnten landwirtschaftliche Vereine auch außerhalb der „k. k. Patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“ ohne Ein-

⁹⁶⁾ JAN MĚCHÝŘ, První generace. O počátcích průmyslu a novodobého sociálního hnutí v severních Čechách [Die erste Generation. Über die Anfänge der Industrie und der neuzeitlichen sozialen Bewegung in Nordböhmen] (Ústí nad Labem 1973) 101–109. Vgl. auch MARLIS SEWERING-WOLLANEK, Brot oder Nationalität? Nordwestböhmisches Arbeiterbewegung im Brennpunkt der Nationalitätenkonflikte (1889–1911) (=Historische und landeskundliche Ostmitteleuropastudien 14, Marburg 1994) 89–97, 103.

⁹⁷⁾ MĚCHÝŘ, První generace [Erste Generation] 114–122, 124; DERS., Počátky dělnického hnutí na hornickém severu [Die Anfänge der Arbeiterbewegung im nordböhmisches Bergbau] (Praha 1967) 139 ff.

schränkung entstehen. Das Wachstum dieser „freien“ Vereine blieb hinter dem anderer Vereinsarten jedoch deutlich zurück. Im März 1872 wurde die „k. k. Patriotisch-ökonomische Gesellschaft“ allerdings aufgelöst, denn sie forderte, daß die Landwirtschaft des Königreichs Böhmen bei der für 1873 geplanten Wiener Weltausstellung sich – so wie Ungarn – als ein unteilbares, selbständiges Ganzes präsentieren könne und nicht als ein Teil Cisleithaniens. Als Reaktion auf diese Forderung, die die Anerkennung des Böhmisches Staatsrechts implizierte, löste die zentralistisch eingestellte Regierung die Gesellschaft auf⁹⁸⁾.

An Stelle dieser Gesellschaft entstand dann der „Landeskulturrat für das Königreich Böhmen“ als eine von örtlichen Vereinen unabhängige, zudem sozial höchst exklusive Institution, die vor allem die Interessen des Gesamtstaats im Auge haben sollte⁹⁹⁾. Die Vereine brauchten allerdings eine entsprechende Vertretung ihrer Bedürfnisse und Wünsche, und deshalb konnten sie sich mit einer solchen Lösung nicht abfinden. An zwei Versammlungen im Jahre 1879, an denen die Vertreter der tschechischen sowie der deutschböhmisches Bauernschaft teilnahmen, setzten sie die Veränderung des Statuts des Landeskulturrates und für sich eine adäquate Vertretung darin durch. Dies wirkte sich auch positiv auf die Entwicklung der Vereine aus, deren Zahl 1884 bereits 514 ausmachte und die ungefähr 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande erfaßten. Lediglich schätzungsweise kann man auf Grund bruchstückartiger Angaben ihre soziale Zusammensetzung feststellen – nur etwa zur Hälfte engagierten sich in ihnen Bauern (namentlich aus den Mittelschichten), außer ihnen waren noch Lehrer oder Wirtschaftsbeamte stärker vertreten. Die landwirtschaftlichen Vereine versuchten die Gesetzgebung zu beeinflussen bzw. auch die Politik der politischen Parteien (hinsichtlich einer stärkeren Orientierung auf die Lösung schwieriger ökonomischer Probleme, z. B. der wirtschaftlichen Kontakte zu Ungarn); sie versuchten auch, landwirtschaftliche Genossenschaften zu gründen und auch auf andere Weise, etwa durch Errichtung gemeinsamer Lagerräume, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu erleichtern¹⁰⁰⁾. Die vielversprechende Zusammenarbeit der tschechischen und deutschböhmisches Bauern hörte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre auf. Die von Franz Křeppek geführten deutschböhmischen

⁹⁸⁾ PETER HEUMOS, Agrarische Interessen und nationale Politik in Böhmen 1848–1889. Sozial-ökonomische und organisatorische Entstehungsbedingungen der tschechischen Bauernbewegung (=Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 11, Wiesbaden 1979) 35 ff., 42–52; JOSEF NOŽIČKA, Počátky rolnického spolčování [Die Anfänge des Bauernvereinswesens]; in: Časopis pro dějiny venkova 26 (1939) 30–42 und 82–91, hier 36 f.; ZDENĚK V. TOBOLKA, Politické dějiny československého národa od r. 1848 až do dnešní doby [Politische Geschichte der tschechoslowakischen Nation seit dem Jahr 1848 bis in die heutige Zeit], 4 Bde. (Praha 1932–1937), hier II 288 f.

⁹⁹⁾ Zu dieser Institution vgl. JIŘÍ ŠOUŠA, K vývoji českého zemědělství na rozhraní 19. a 20. století (Česká zemědělská rada 1890–1914) [Zur Entwicklung der böhmischen Landwirtschaft um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts. Der Landeskulturrat für das Königreich Böhmen 1890–1914] (Praha 1986); DERS., Vznik České zemědělské rady [Die Entstehung des Landeskulturrats für das Königreich Böhmen]; in: Sborník historický 27 (1980) 45–89.

¹⁰⁰⁾ HEUMOS, Agrarische Interessen und nationale Politik 110–122, 161–165.

schen Bauern beschwerten sich, daß sie bei der Verteilung von Subventionen zu kurz kämen, und forderten die Zweiteilung des „Landeskulturrates“ entlang nationaler Kriterien. Als es ihnen nicht gelang, dies durchzusetzen, verließen sie 1884 den „Landeskulturrat“ und gründeten am 4. Juli 1886 den selbständigen „Deutschen landwirtschaftlichen Centralverband für Böhmen“. Drei Jahre später, am 15. Mai 1889, entstand auch eine selbständige tschechische landwirtschaftliche Dachorganisation – „Selská jednota pro království České“ [Bauernbund für das Königreich Böhmen]¹⁰¹).

Die Entwicklung der tschechischen Agrarbewegung, insbesondere in den fruchtbaren Gegenden Mittelböhmens, in denen der Zuckerrübenanbau florierete, ist durch spezifische Züge gekennzeichnet. Die mittelböhmischen Großbauern waren in nicht geringem Maße in der Nahrungsmittelindustrie unternehmerisch tätig, und was ihren Lebensstil betrifft, unterschieden sie sich kaum vom begüterten städtischen Bürgertum. Sie vertrauten liberal-kapitalistischen Wirtschaftsgrundsätzen, was sie zur Ablehnung jener Schutzmaßnahmen veranlaßte, die die Regierung Taaffe zum Wohle des Bauernstandes ergriff. Eine ebenso ablehnende Haltung bezogen diese Bauern gegenüber der konservativen Schulgesetznovelle, und sie verwahrten sich dagegen, daß in dieser Sache die adeligen Großgrundbesitzer in ihrem Namen sprachen. Diese Entwicklungen schufen dann die Voraussetzungen für das zeitweilige Zusammengehen zwischen den Vertretern der Bauernschaft und der „Národní strana svobodomyšlná“ [Freisinnige Nationalpartei], den Jungtschechen¹⁰²).

d) Jüdische Vereine

Obwohl die Juden in Böhmen in allen Zweigen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eine Minderheit darstellten, die in vielen Bereichen außerordentlich aktiv war, spielten ihre Vereine keine wesentliche Rolle. Die Juden fühlten sich in ihrer Mehrheit als Teil der liberalen deutschen Gesellschaft und sahen keine Notwendigkeit, aus ihr auszuschneiden. (Andererseits brauchten sie zu ihrem gesellschaftlichen Aufstieg auch nicht mehr zu konvertieren.) Die Juden nahmen in deutschliberalen Vereinen bedeutende Positionen ein (im Jahr 1879 machten sie z. B. 40 Prozent der gesamten Mitgliedschaft des „Deutschen Casinos“ aus, im Jahr 1898 sogar 45 Prozent, im Jahr 1888 fast ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft des Prager „Deutschen Turnvereins“ usw.) und konnten diese auch energisch wahren. Nach antisemitischen Angriffen in den Jahren 1883 und

¹⁰¹) EBD. 167 ff., 209–216; NOŽIČKA, Počátky rolnického spolčování [Anfänge des Bauernvereinswesens] 86.

¹⁰²) PETER HEUMOS, Die Entwicklung organisierter agrarischer Interessen in den böhmischen Ländern und in der CSR; in: KARL BOSL (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee 1977 und 1978 (München – Wien 1979) 323–376, insbes. 325–330. Für die weniger begüterten Bauern aus dem minder entwickelten Südböhmen gelten diese Behauptungen nur in eingeschränktem Maße.

1887 organisierten sie einen Boykott des „Casinos“ und erreichten dadurch die Ausschließung antisemitischer Elemente aus dessen Reihen¹⁰³).

Spezielle Vereine bildeten die Juden nur für karitative Zwecke, zur Armenpflege, für arme Studenten usw.¹⁰⁴). Eine außerordentliche Stellung nahm der Verein „Israelitische Beerdigungsbruderschaft Chewra Kaddischa“ ein, der sich um eine den religiösen Vorschriften entsprechende Form der Begräbnisse und die Ausgestaltung der Friedhöfe kümmerte. Seine Tradition reichte bis ins Mittelalter zurück, gegründet wurde er im Jahre 1564. Neben ihm gehörte der „Centralverein zur Pflege jüdischer Angelegenheiten“ zu den wichtigsten.

Anders verhielt es sich bei jenen Juden, die sich entschieden, ihr Schicksal mit dem der Tschechen zu verbinden¹⁰⁵). Ihre Zahl war geringer und sie gehörten eher zu den ärmeren Schichten der Bevölkerung; oft handelte es sich um junge Angestellte im Handel. Die Stellung der Juden innerhalb der tschechischen Gesellschaft war auch nicht eindeutig. Um ihren Standpunkt besser verteidigen und weitere Anhänger gewinnen zu können, gründeten sie Vereine. Der „Spolek českých akademiků Židů“ [Verein tschechischjüdischer Akademiker] entstand im Jahre 1876. Ihm gehörten die ersten Vorkämpfer der tschechischjüdischen Assimilationsbewegung an – z. B. Leo Katz, Adolf Stránský, Jakub Scharf. Die Tätigkeit dieses Vereins war auf die Erweiterung von Kenntnissen über die tschechische Kultur, die Organisation von Vorträgen sowie anderer kulturellen Veranstaltungen, z. B. von beliebten Bällen, ausgerichtet. Außerdem entfaltete der Verein eine rege Unterstützungstätigkeit. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gab er dafür 8000 Gulden aus. Ein weiterer Verein „Or Tomid“ [Ewiges Licht] setzte sich zum Ziel, die tschechische Sprache auch im Gottesdienst zur Geltung zu bringen. Mitte der achtziger Jahre wurde der erste, außerhalb Prags wirkende tschechisch-jüdische Verein „Veselost“ [Heiterkeit] gegründet, welcher in Píbram das gesellschaftliche Leben der jüdischen kaufmännischen Jugend organisierte. In den neunziger Jahren entstanden ähnliche Vereine auch in anderen böhmischen Städten wie die „Česko-židovská Beseda“ [Tschechisch-jüdische Ressource] in

¹⁰³) COHEN, Politics of Ethnic Survival 177 ff., 181.

¹⁰⁴) Solche Vereine waren z. B. der „Privatverein zur Unterstützung unbemittelter Schüler an den Volks- und Realschulen“ (gegr. 1859, ab 1871 „Israelitischer Freitisch-Verein“), der „Privatverein zur Erziehung armer israelitischer Waisenmädchen“ (gegr. 1844?), der „Unterstützungsverein für mittellose israelitische Universitätshörer“ (gegr. 1869) usw. Vgl. DANIEL POLAKOVIČ, Prager jüdische Vereine. Verzeichnis der Statuten, Jahresberichte, Sammelschriften und Jubiläumsvorträge; in: *Judaica Bohemiae* 34 (1999) 135–158.

¹⁰⁵) HELENA KREJČOVÁ, Nástin spolkové činnosti českožidovského asimilačního hnutí [Abriß der Vereinstätigkeit der tschechojüdischen Assimilationsbewegung]; in: ZDENĚK KÁRNÍK (Hg.), *Sborník k problematice multiethnicity. České země jako multiethnická společnost. Češi, Němci a Židé ve společenském vývoji českých zemí 1848–1918* [Sammelband zur Problematik der Multiethnizität. Die böhmischen Länder als multiethnische Gesellschaft. Tschechen, Deutsche und Juden in der gesellschaftlichen Entwicklung der böhmischen Länder 1848–1918] (Praha 1996) 85–109; DIES., Výbory Spolku českých akademiků židů a Akademického spolku Kapper [Ausschüsse des Vereins der tschechisch-jüdischen Akademiker und des Akademischen Vereines Kapper]; in: *Paginae historiae* 7 (1999) 46–84.

Jung Bunzlau oder die „Beseda českých Židů Kapper“ [Ressource der tschechischen Juden ‚Kapper‘] in Náchod. Der in Pardubitz (Pardubice) wirkende Verein „Rozvoj“ [Aufschwung] griff in seiner Bedeutung über das ostböhmische Gebiet hinaus, wofür der im Jahre 1904 einberufene „Kongreß fortschrittlicher Juden“ ein Beweis ist. Im Jahre 1893 entstand die „Národní jednota česko-židovská“ [Tschechisch-jüdischer Nationalverein], die ihre Mitglieder an ihre nationale Pflicht erinnerte, z. B. an die Durchsetzung der tschechischen Sprache in den Verhandlungen der jüdischen Kultusgemeinden. Diese Organisation gehörte zu den größten, und schon im ersten Jahr ihrer Existenz wies sie einen Zuwachs von 1500 Mitgliedern auf. Eine ausdrücklich politische Organisation stellte die „Politická jednota česko-židovská“ [Tschechisch-jüdischer politischer Verein] dar, die im Jahre 1897 gegründet wurde und der fast ausschließlich Mitglieder und Anhänger der jungtschechischen Partei angehörten. Die zunehmenden antisemitischen Tendenzen in dieser Partei schwächten allerdings die Wirkung dieses Vereins¹⁰⁶⁾. In das öffentliche Leben griff diese Organisation in markanter Weise erst vor dem Ersten Weltkrieg ein, als sie vor allem antisemitischen Strömungen nachging und auf sie aufmerksam machte. Zum bedeutendsten tschechisch-jüdischen Verein, der zwar politisch, aber überparteilich wirkte und an den Pardubitzer Verein „Rozvoj“ anknüpfte, wurde „Svaz českých pokrokových Židů pro Čechy a Moravu“ [Verband tschechischer fortschrittlicher Juden für Böhmen und Mähren]. An seiner Gründung beteiligten sich im Jahre 1907 viele Anhänger Masaryks und der Sozialdemokratie. Der Verband vereinigte Juden fortschrittlicher Gesinnung ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. Er informierte sie über bedeutende öffentliche Probleme und schritt gegen Verletzungen von Bürgerrechten und für die Wahrung von politischen und wirtschaftlichen Rechten der tschechischen Juden ein.

Die zionistische Orientierung war unter den Juden in Böhmen nur in geringem Ausmaß vertreten, und zwar nur durch den 1899 gegründeten Studentenverein „Bar Kochba“, den Verein „Theodor Herzl“ (gegr. 1909) oder durch den Verein „Barissia“, der seit 1907 die einflußreiche Zeitschrift *Selbstwehr* herausgab¹⁰⁷⁾.

e) Frauenvereine

Auch wenn den Frauenvereinen in diesem Band ein eigener Abschnitt gewidmet ist, soll auf einige spezifische Aspekte der Frauenvereine in Böhmen schon hier hingewiesen werden¹⁰⁸⁾. Sieht man von zwei kurzfristig wirkenden

¹⁰⁶⁾ Vgl. MICHAL FRANKL, The Background of the Hilsner Case. Political Antisemitism and Allegations of Ritual Murder 1896–1900; in: *Judaica Bohemiae* 36 (2001) 34–118.

¹⁰⁷⁾ TOMÁŠ PĚKNÝ, *Historie Židů v Čechách a na Moravě* [Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren] (Praha 1993) 365 f.

¹⁰⁸⁾ Vgl. unten Kapitel VII/A: RENATE FLICH, Bildungsbestrebungen und Frauenbewegungen; VII/B: GABRIELLA HAUCH, Arbeit, Recht und Sittlichkeit: Themen der Frauenbewegungen in der Habsburgermonarchie; VII/C: BIRGITTA BADER-ZAAR, Frauenbewegungen und Frauenwahlrecht.

Vereinen vom Jahr 1848 ab, war der 1851 gegründete „Spolek svaté Ludmily“ [Verein der Hl. Ludmilla] der älteste philanthropische Frauenverein¹⁰⁹). Der Verein unterstützte verarmte Frauen; dank des Einsatzes von Marie Riegrová-Palacká, Ehefrau bzw. Tochter der beiden führenden tschechischen Politiker und Bahnbrecherin der modernen philanthropischen Tätigkeit, beteiligte er sich 1865 auch an der Errichtung einer Schule, die eine spezielle Ausbildung für Frauenberufe anbot. Auf eine solche Orientierung wurde jedoch bald verzichtet, weil sie als zu neu empfunden wurde, und der Verein kehrte lieber zu seiner ursprünglichen Unterstützungstätigkeit zurück. Er wurde nichtsdestoweniger zum Vorbild für weitere Vereine in tschechischen Städten. Die für eine selbständige Erwerbstätigkeit notwendige Ausbildung wurde erst wieder von dem 1871 gegründeten „Ženský výrobní spolek“ [Frauen-Produktions-Verein] angeboten.

Dieser Verein organisierte einige allgemeine sowie berufsbildende Kurse. Ihm konkurrierte der um zwei Jahre ältere, die gleiche Zielsetzung verfolgende deutsche „Prager Frauen-Erwerb-Verein“. Dieser unterrichtete die Töchter der Kaufleute, Beamten und Handwerker in Handarbeiten, Handelswissenschaften und Kindererziehung, bildete aber unter anderem auch junge Frauen für den Telegrafistinnenberuf aus¹¹⁰). Die tschechische Gesellschaftselite war vom „Frauen-Produktions-Verein“ nicht besonders angetan; viel größeres Verständnis brachte sie jedoch dem Verein „Domácnost“ [Haushalt] entgegen, der sich seit 1885 die Aufgabe stellte, junge Damen für die Laufbahn einer Hausfrau vorzubereiten.

Der wichtigste und intellektuell reifste Frauenverein in Böhmen entstand auf Anregung von Vojtěch Náprstek, eines Revolutionärs aus dem Jahre 1848, der anschließend in die USA emigrierte und der nach seiner Rückkehr in die Heimat seine amerikanischen Erfahrungen in die tschechische Gesellschaft mitbrachte¹¹¹). In das Haus seiner Mutter, einer Bierbrauereibesitzerin, lud er seit dem Jahr 1865 gemeinsam mit der Schriftstellerin Karolína Světlá Frauen ein, die an der Erweiterung ihres Horizonts durch wissenschaftliche Vorträge und die Benützung der umfangreichen Bibliothek des Hauses interessiert waren. Auf diese Weise entstand eine Vereinigung nach amerikanischem Vorbild – „Americký klub dam“ [Amerikanischer Damenklub], den fast alle weiblichen Angehörigen der bedeutenden tschechischen Familien besuchten. Die Ziele des Vereins waren auf die Vermittlung von Bildung und Wissenschaft gerichtet, im speziellen auch auf das Verständnis für den technischen Fortschritt (z. B. durch Vorführung einer Nähmaschine). Die Frauen hörten Vorträge, unternahmen Ausflüge und Spaziergänge in Prag und Umgebung, führten Exkursionen in Fabriken, sogar Besuche in

¹⁰⁹) MILENA LENDEROVÁ, K hříchu i k modlitbě. Žena v minulém století [Gegen Sünde und zum Gebet. Die Frau im vorigen Jahrhundert] (Praha 1999) 232–251.

¹¹⁰) PAVLA HORSKÁ, Die deutschen Frauenvereine in Böhmen; in: Germanoslavica 7 (1995) 117–121; DIES., Die Frauenbewegung der deutschen bürgerlichen Minderheit in Prag in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft 3 (1992) 73–80.

¹¹¹) ZDENĚK ŠOLLE, Vojta Náprstek a jeho doba [Vojta Náprstek und seine Zeit] (Praha 1994).

Krankenhäusern durch. Der Verein wollte sich nicht durch Vorschriften binden lassen; amtlich existierte er eigentlich gar nicht. Als die Polizeidirektion 1869/70 die Vereinsfrauen aufforderte, die Statuten zur Genehmigung vorzulegen, entschieden sie sich unter Hinweis auf den privaten, nichtöffentlichen Charakter ihrer Zusammenkünfte für die bisherige freie Form und den Namen „Ehemaliger Amerikanischer Damenklub“¹¹²⁾. Dieser inoffizielle Verein wirkte nichtsdestoweniger bis zum Jahrhundertende und beteiligte sich an allen bedeutenden, die Frauenemanzipation unterstützenden Veranstaltungen, z. B. an der Gründung des „Ženský výrobní spolek“, der Vereine „Domácnost“ oder „Záštitá“ [Schirmherrschaft]. (Der letztgenannte bot den auf Arbeitssuche nach Prag kommenden jungen Frauen eine Unterkunft.) Er war auch bei der Errichtung des Vereins „Minerva“ behilflich, der 1890 das erste Mädchengymnasium mit Maturaabschluß in Österreich eröffnete.

Ähnliche Vereine entstanden auch in tschechischen Landstädten: 1869 der Verein „Milada“ in Hohenmaut (Vysoké Mýto), 1870 „Český klub dám plzeňských“ [Tschechischer Klub der Pilsner Damen] in Pilsen, 1871 „Spolek paní a dívek“ [Frauen- und Mädchenverein] in Chrudim und in weiteren Städten, z. B. in Beraun (Beroun), Taus (Domažlice), Tabor, Jung Bunzlau, Schlan (Slaný), Kladno, Pardubitz, Hořowitz (Hořovice), Leitomischl (Litomyšl). Eine Parallele zum Amerikanischen Damenklub stellte der 1895 gegründete agile deutsche Verein „Frauenfortschritt“ dar, der um das Jahr 1903 zirka 1000 weibliche Mitglieder zählte, hauptsächlich aus Prag, aber auch aus anderen Regionen Böhmens, und sogar Mitglieder aus Berlin, Wien, Budapest u.a.m. hatte. Die Frauen hatten eine große Bibliothek zur Verfügung, im Bedarfsfall auch eine Rechtsberatung, Vorträge oder Diskussionsabende über die Frauenbewegung waren an der Tagesordnung¹¹³⁾.

f) Zur Vereinsstatistik

An der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert lebte fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung Cisleithaniens in Böhmen. Nach den zeitgenössischen amtlichen Statistiken befanden sich in diesem Land 1890 37,2 Prozent, 1909 hingegen

¹¹²⁾ AVA, MdI, Präs. 15, Karton 525, Zl. 5240/MI/1869, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 18. Dezember 1869.

¹¹³⁾ LENDEROVÁ, K hříchu i k modlitbě [Gegen Sünde und zum Gebet] 239–244. Vgl. auch MARIE L. NEUDORFLOVÁ, České ženy v 19. století. Úsilí a sny, úspěchy i zklamání na cestě k emancipaci [Tschechische Frauen im 19. Jahrhundert. Streben und Träume, Erfolge sowie Enttäuschungen auf dem Wege zur Emanzipation] (Praha 1999); WILMA A. IGGERS, Frauenleben in Prag. Ethnische Vielfalt und kultureller Wandel seit dem 18. Jahrhundert (Wien – Köln – Weimar 2000); PAVLA HORSKÁ, Naše prababičky feministky [Unsere feministischen Urgroßmütter] (Praha 1999). Es ist unbestritten, daß die Frauenbewegung zur Durchsetzung der Emanzipationsideen beitrug. Andererseits waren sich die Frauen dessen bewußt, daß die Möglichkeit der Teilnahme an der politischen Gestaltung des Gemeinwesens, also das Wahlrecht, zur wirklichen Gleichberechtigung fehlte, weshalb sie vehement die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erhoben. Zu diesem Problemkreis siehe unten Kapitel VII/C: BADER-ZAAR, Frauenbewegungen und Frauenwahlrecht.

32,4 Prozent aller Vereine in Cisleithanien¹¹⁴). In diesem Zeitraum verdreifachte sich die Zahl der Vereine in Böhmen, während die Bevölkerung um ungefähr 16 Prozent anstieg. Diese sicher erstaunliche Expansion der Vereinstätigkeit in Böhmen entsprach dabei dem gesamtösterreichischen Trend. Eine ähnliche Entwicklung bestätigen auch Stichproben aus älterer Zeit: In den 50 Jahren von 1860 bis 1910 hat sich die Zahl der Vereine in Aussig um das fünfundachtzigfache vermehrt (von vier auf 340); die Zahl der Vereine in Smichow wuchs innerhalb von fünf Jahren (1865–69) auf das Doppelte (von sieben auf 15)¹¹⁵). In den sechziger Jahren betätigte sich in Smichow etwa ein Fünftel der dortigen Gesamtbevölkerung in Vereinen (d. h. ungefähr die Hälfte der männlichen Population). In Aussig überstieg die Zahl der Vereinsmitglieder sogar die Zahl der örtlichen Bevölkerung, was man nicht anders als durch zahlreiche Mehrfachmitgliedschaften erklären kann.

Eine so hohe Organisationsdichte ist ohne Zweifel auf den hohen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstand Böhmens zurückzuführen; eine große Rolle spielte gewiß auch die Tatsache, daß – wie schon angedeutet – sich die Struktur des Vereinswesens der berufsständischen, parteipolitischen und nationalen Gliederung anpaßte. Am Anfang des 20. Jahrhunderts konnte tatsächlich schon fast jeder sich der Erwartung hingeben, daß er einen seinen Vorlieben, seiner politischen oder weltanschaulichen Orientierung und seiner gesellschaftlichen Stellung entsprechenden Verein finden würde, was dazu führte, daß vielerorts parallele Vereinsstrukturen entstanden. Diese Segmentierung auch des unpolitischen Vereinswesens, das durch die ihm zugewachsene Funktion als parteinahes Um- und Vorfeld ein wesentliches Element der politischen Organisationen

¹¹⁴) Im Jahre 1890 lebten in Böhmen 5.804.065, im Jahre 1910 6.712.944 Einwohner, in Cisleithanien 23.473.056 bzw. 27.963.872 Einwohner. In den Jahren 1890 und 1909 gab es in Böhmen 11.304 bzw. 31.378 Vereine, in Cisleithanien 30.352 bzw. 97.032 Vereine (für das Jahr 1890 ohne Aktiengesellschaften, für 1909 ohne Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung). Vgl. PETER URBANITSCH, *Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick*; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1: Die Völker des Reiches* (Wien 1980) 33–153, hier Tabelle 1: Die Bevölkerung der Kronländer Cisleithaniens nach der Nationalität und nach der Umgangssprache 1851–1910, nach S. 38; *HANDBUCH DER VEREINE für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1890 und mit einem Anhang für das Jahr 1891*, bearbeitet vom Bureau der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1892); *ÖSTERREICHISCHES STATISTISCHES HANDBUCH für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder*, hg. von der k. k. Statistischen Zentralkommission 1909 (Wien 1910).

Die überdurchschnittliche Vereinsdichte in Böhmen beweisen auch die Angaben Karel Adámeks aus der älteren Zeit: z. B. fielen 1871 im österreichischen Teil der Monarchie im Schnitt 43,6 Vereine auf 100.000 Einwohner, in Böhmen 64,1 Vereine; 1882 beliefen sich diese Kennzahlen auf 83,1 bzw. 127,7. Vgl. KAREL ADÁMEK, *Z naší doby* [Aus unserer Zeit], 4 Bde. (Velké Meziříčí 1886–1890), hier I 32.

¹¹⁵) HANS PETER HYE, *Vereine in Aussig (Ústí nad Labem) 1848–1914*; in: *Germanoslavica* 7 (1995) 241–274, insbes. 246 f.; DERS., *Bürgerlichkeit im Spiegel des Vereinswesens. Am Beispiel der nordböhmisches Stadt Aussig/Ústí nad Labem*; in: *Österreichische Osthefte* 36 (1994) 85–108, insbes. 86 und 89; KRUPPA, *Vereinswesen in Smichow* 79–87.

geworden war, einerseits und das thematisch vielfältige Netzwerk von Organisationen andererseits sollten bedeutsame Folgen für die politische Kultur und das Ausmaß an politischer Mobilisierung in Böhmen haben¹¹⁶⁾.

Zwischen der Häufigkeit des Vorkommens einzelner Vereinstypen in Böhmen und im übrigen Cisleithanien gab es keine wesentlichen Unterschiede. In beiden Fällen waren die Feuerwehrvereine am beliebtesten, zu den stark frequentierten Vereinen gehörten weiters landwirtschaftliche Vereine, Sparkassenvereine, Krankenunterstützungsvereine, Begräbnis- oder Turnvereine. Andererseits ist es offenkundig, daß z. B. Veteranenvereine sich in Böhmen eines größeren Interesses erfreuten, als es in anderen Kronländern üblich war¹¹⁷⁾.

Die Feuerwehrvereine entstanden in Böhmen oft im Zusammenhang mit Turnvereinen. Ihre Blüte datierte insbesondere seit der Erlassung des Landesgesetzes über Feuerwehrpolitik vom 25. Mai 1876. Unter den Feuerwehrleuten herrschten die Deutschböhmen vor – 1884 wiesen 462 tschechische Vereine 18.647 Mitglieder auf und 616 deutschböhmische Vereine hatten 39.796 Mitglieder. 1879 wurde der „Landeszentralfeuerwehrverband“ gegründet, der sich jedoch 1891 in nationale Verbände spaltete¹¹⁸⁾. In der tschechischen Gesellschaft wurde die Feuerwehr lange für eine national laue Organisation gehalten. Deswegen konzentrierten sich die Kritik der Nationalbewußten und die nationale Agitation auf sie; eine zahlenmäßig so starke Organisation, die vorwiegend Angehörige unterer Bevölkerungsschichten vereinigte, konnte man nicht außer acht lassen.

Auf eine ähnliche Weise entwickelten sich auch die Veteranen. Das Hauptziel der Veteranenvereine bestand in der Unterstützungstätigkeit – dadurch näherten sie sich eigentlich den Kranken- und Begräbnisvereinen. Zum Unterschied von ihnen vermochten die geschlossenen Reihen der ehemaligen Waffengefährten bei den Begräbnissen allerdings eine wirkungsvollere Atmosphäre zu schaffen. Die Veteranenvereine trugen ursprünglich ein deutsches Gepräge oder wenigstens einen deutschen Anstrich. Nur allmählich setzte sich unter ihnen das tschechische Element durch, das zuerst den sprachlichen Utraquismus und später den Gebrauch der Muttersprache der meisten Mitglieder eines jeweiligen Vereines forderte. In organisatorischer Hinsicht wurde diese Entwicklung im Jahre 1886 deutlich, als der „Ústřední sbor“ [Zentralkorps] entstand, der als Dachorganisation aller Vereine der tschechischen Veteranen dienen sollte. Der betonte tschechische Patriotismus stand durchaus im Einklang mit einer proösterreichischen Gesinnung. Die

¹¹⁶⁾ ROBERT LUFT, *Parlamentarische Führungsgruppen und politische Strukturen in der tschechischen Gesellschaft 1907–1914. Zu Interessen und Organisation von tschechischen Parteien, Abgeordneten und Fraktionen im österreichischen Reichsrat*, 2 Bde., phil. Diss. (München 2001), insbes. I 141–153.

¹¹⁷⁾ Vgl. auch LAURENCE COLE, *Vom Glanz der Montur. Zum dynastischen Kult der Habsburger und seiner Vermittlung durch militärische Vorbilder im 19. Jahrhundert*; in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 7 (1996) 577–591, hier 589 ff.

¹¹⁸⁾ ADÁMEK, *Z naší doby* [Aus unserer Zeit] III 330; OTTŮV SLOVNÍK NAUČNÝ [Ottos Konversationslexikon], 28 Bde. (Praha 1888–1908), hier VI 207, Stichwort Čechy [Böhmen].

Behörden verstanden es jedoch nicht, sich diese zunutze zu machen und schwächten durch unnötige Schikanen die Loyalität der tschechischen Veteranen zur Monarchie. Den Veteranen wurde es z. B. verboten, die Begräbnisfeiern ihrer Gefährten mit wehender Fahne zu verlassen. Deshalb mußten sie auf dem Friedhof die Fahne mit dem Doppeladler, Symbol ihrer Loyalität, zusammenrollen und „heimlich“, wie ihre Zeitung *Vysloužilec* [Der Veteran] schrieb, ins Vereinslokal zurückbringen¹¹⁹). Die Behörden sollen aber übersehen haben, daß die deutsch-böhmischen Veteranen unter Fahnen in den deutschen Nationalfarben marschierten. Diese Umstände trugen dazu bei, daß die national tschechische Agitation in den Reihen der tschechischen Veteranen immer mehr um sich griff. Andererseits lockerte sich natürlich die Beziehung zum österreichischen Staat und zur Armee. Der „Ústřední sbor“ lehnte die Angebote der Veteranen aus Wien zum Eintritt in die gesamtösterreichische Organisation zweimal (1907 und 1914) ab. Diese Entscheidung wurde vor allem dadurch verursacht, daß man in der betreffenden Organisation nicht daran dachte, das Tschechische als eine der Verhandlungssprachen einzuführen. Der geplante Dachverband sagte den Tschechen auch aus anderen Gründen nicht zu, er schien ihnen zu militaristisch (!) zu sein – die tschechischen Veteranen erblickten dagegen den Sinn ihrer Tätigkeit in der karitativen Arbeit und der Unterstützung ihrer Mitglieder.

3. Die Herausbildung des multipolaren Parteienspektrums

a) Die Parteien der bürgerlichen Nationalbewegungen

Im Zuge der ersten Wahlen anfangs der sechziger Jahre und in den daraus entstehenden Vertretungsorganen formierte sich – ähnlich wie im Jahre 1848 – die tschechische „Národní strana“ [Nationalpartei] oder „Staročesi“ [Alttschechen]¹²⁰). Die Partei trat im Namen der ganzen tschechischen Bevölkerung auf

¹¹⁹) JIŘÍ POKORNÝ, Čeští veteráni v užší a širší vlasti [Veteranen in der Heimat im engeren und weiteren Sinne]; in: ZDENĚK HOJDA, ROMAN PRAHL (Hgg.), Český lev a rakouský orel v 19. století [Der böhmische Löwe und der österreichische Adler im 19. Jahrhundert] (Praha 1996) 120–124.

¹²⁰) Die Historiker befaßten sich bisher vor allem mit der tschechischen Politik; die Geschichte des deutschen Parteiensystems ist demgegenüber viel weniger gut erforscht. Für die Entwicklung der böhmischen Gesellschaft und Politik siehe insbesondere ADOLF SRB, Politické dějiny národa českého od roku 1861 až do nastoupení ministerstva Badenova r. 1895 [Politische Geschichte der tschechischen Nation seit dem Jahre 1861 bis zum Eintritt des Ministeriums Badeni 1895] (Praha 1899); DERS., Politické dějiny národa českého od počátku doby konstituční [Politische Geschichte der tschechischen Nation seit der Konstitutionsära], 2 Bde. (Praha 1926); TOBOLKA, Politické dějiny [Politische Geschichte]; FRIEDRICH PRINZ, Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914; in: KARL BOSL (Hg.), Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder III: Die böhmischen Länder im Habsburgerreich 1848–1919. Bürgerlicher Nationalismus und Ausbildung einer Industriegesellschaft (Stuttgart 1968) 1–235; BRUCE M. GARVER, The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party System (New Haven – London 1878); JÖRG K. HOENSCH, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis ins 20. Jahrhundert (München 1987) 338–420; KOŘÁLKA, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa; URBAN, Tschechische Gesellschaft; JAN KŘEN, Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918 (=Ver-

und beanspruchte die politische Alleinvertretung des tschechischen Volkes, war jedoch eine typische Honoratiorenpartei, deren Kern die Prager Gruppe der tschechischen Patrioten um František Palacký und seinen Schwiegersohn František Ladislav Rieger bildete¹²¹). Für die Wahlen bildete die Partei einen Landeswahlausschuß. Sonst hatte sie keine feste Organisationsstruktur aufzuweisen; sie stützte sich auf ein Netz von Vertrauensleuten, bedeutender örtlicher Funktionäre, die dank ihrer wirtschaftlichen Stellung, ihren Beziehungen oder der Wirkung in der kommunalen Politik die Politik des Prager Zentrums propagieren konnten, die Wahlen vorbereiteten bzw. die Mandate annahmen¹²²). Dieses Zentrum lag in der Folge im politischen Verein „Český klub“ [Tschechischer Klub], der die Arbeiten koordinierte, weshalb an den Vereinsversammlungen des öfteren auch Vereinsmitglieder von außerhalb Prags teilnahmen – was von den Behörden nicht gerne gesehen wurde. In den siebziger und achtziger Jahren gehörten dem Verein rund 250 bis 300 Mitglieder an (darunter mehrere Adelige), der Verein entwickelte eine rege Tätigkeit, die auf das gesamte Land ausstrahlte¹²³). Noch 1888 besuchten rund 800 Teilnehmer aus dem ganzen Land in Prag einen Kongreß der „Národní strana“, doch besaß die Notablenversammlung kaum inneren Zusammenhang, so daß sich die Kritik der ländlichen Mitglieder gegen das lockere personalistische Gefüge der Partei richtete¹²⁴).

Die „Nationalpartei“ versuchte mit einer ähnlich gearteten Partei in Mähren zusammenzuarbeiten und in einigen Fällen gelang es beiden Parteien, ihr Vorgehen zu koordinieren; in vielen entscheidenden Fragen hatten sie aber unterschiedliche Meinungen und sie traten grundsätzlich immer selbständig auf. Die

öffentlichungen des Collegium Carolinum 71, München 1996); ZDENĚK ŠOLLE, *Století české politiky. Od Palackého k Masarykovi* [Das Jahrhundert der tschechischen Politik. Von Palacký bis Masaryk] (Praha 1998). In der letzten Zeit erschien eine gründliche Übersicht des tschechischen Parteiwesens: PAVEL MAREK u. a. (Hgg.), *Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998* [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000); hier auch weitere Literatur zum Thema. Als jüngste, jedoch grundlegende Arbeit ist zu verweisen auf JIŘÍ MALÍŘ, PAVEL MAREK (Hgg.), *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004* [Politische Parteien. Die Entwicklung der politischen Parteien und Bewegungen in den böhmischen Ländern und der Tschechoslowakei 1861–2004], 2 Bde. (Brno 2005). Sehr wichtig ist noch die Reihe der Programme von einzelnen Parteien, die das Historische Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften herauszugeben begann.

¹²¹) Für diese siehe KOŘÁLKA, Palacký. *Životopis* [Palacký. Biographie] und ROBERT SAK, Rieger. *Příběh Čecha devatenáctého věku* [Rieger. Geschichte eines Tschechen im neunzehnten Jahrhundert] (Semily 1993).

¹²²) PAVEL CIBULKA, *Staročeská strana* [Die Alttschechische Partei]; in: PAVEL MAREK u. a. (Hgg.), *Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998* [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 31–41; DERS., *Politické programy českých národních stran 1860–1890* [Politische Programme der tschechischen nationalen Parteien 1860–1890] (Praha 2000) 9 f.

¹²³) AVA, MdI, Präs. 15, Karton 526, Zl. 293/MI/1878, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 16. Jänner 1878; Ebd., Karton 527, Zl. 438/MI/1881, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 16. Jänner 1881.

¹²⁴) HEUMOS, Agrarische Interessen und nationale Politik 62.

böhmische Partei, die die Vertretung der ganzen Nation auf ihre Fahnen geschrieben hatte, war hinsichtlich ihrer inhaltliche Ausrichtung nicht einheitlich. Ziemlich lange machte sich in ihrem Rahmen eine katholisch-politische Strömung bemerkbar; einen großen Einfluß übte auch der böhmische (sogenannte historische) Adel auf sie (oder Teile von ihr) aus.

Auch jene Politiker, die das Bedürfnis nach der Erhaltung der Nationaleinheit nach außen anerkannten, in einer Reihe taktischer Fragen aber von der Parteiführung abwichen, agierten ursprünglich im Rahmen der „Nationalpartei“. Diese Gruppe, von der deutschsprachigen Journalistik früh als „Mladočeši“ [Jungtschechen] benannt, formte sich um die 1861/1862 gegründeten Zeitschriften *Národní listy* und *Hlas* [Stimme]¹²⁵⁾. An ihrer Spitze standen die Gebrüder Grégr (Julius Grégr, Redakteur und bald Besitzer von *Národní listy*, sein Bruder Edvard, Publizist und Inhaber einer Druckerei) und Karel Sladkovský, ein ehemaliger Studentenführer, der in den fünfziger Jahren im Kerker war. Deutliche Meinungsunterschiede zwischen Jungtschechen und dem Kern der „Nationalpartei“ – den Altschechen – wurden im Jahre 1863 im Gefolge des polnischen Aufstands bemerkbar. Palacký und Rieger nahmen ihm gegenüber eine sehr zurückhaltende bis ablehnende Stellung ein, während die Jungtschechen den Aufstand unterstützten. Die Jungtschechen hielten die Zusammenarbeit mit dem böhmischen Adel weder für unerlässlich noch für erwünscht, sie meinten im Gegenteil, daß die Existenz der Nation in erster Linie von der Unterstützung der breiten Bevölkerungsschichten abhängen und nur durch sie gesichert würde. Oft betonten sie ihre antiklerikalen Einstellungen (z. B. bei der Rückkehr der Jesuiten nach Prag im Jahre 1865)¹²⁶⁾.

Das erste politische Programm wurde von den Vertretern der Prager Bevölkerung formuliert, welche sich am 11. März 1848 im Gasthaus zum St.-Wenzelsbad zusammenfanden. Es handelte sich um die üblichen bürgerlichen Forderungen (Versammlungs- und Petitionsrecht, Pressefreiheit, Errichtung von Nationalgarden, Aufhebung der Robot und anderer Formen von Leibeigenschaft, absolute Religionsfreiheit). Diesen schlossen sich weitere Postulate an, die den Zielen

¹²⁵⁾ *Národní listy* wurde ursprünglich als gesamt nationales, der ganzen „Nationalpartei“ dienendes Organ gegründet. Nach einem Jahr ging diese Zeitschrift in den Besitz von Julius Grégr über. *Hlas* vereinigte sich mit *Národní listy* im Jahre 1865. Näheres dazu im Kapitel über das Pressewesen.

Zur Entstehung der Jungtschechen vgl. noch KAREL TŮMA, *Život Julia Grégra, slavného obránce svobody české* [Das Leben des Julius Grégr, des berühmten Verteidigers der tschechischen Freiheit] (Praha 1896), insbes. 150–188; PAVLA VOŠAHLÍKOVÁ, MILAN ŘEPA (Hgg.), *Bratři Grégrové a česká společnost v druhé polovině 19. století* [Die Brüder Gregor und die tschechische Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts] (Praha 1997); HUGO TRAUB, *Z počátku rozkolu v české politice* [Vom Beginn des Zwistes in der tschechischen Politik]; in: *Český časopis historický* 36 (1930) 90–117; KAREL KUČERA, *K portrétu Františka Ladislava Riegra* [Zum Porträt von František Ladislav Rieger]; in: DERS., *Historie a historici* [Geschichte und Geschichtsschreiber] (Praha 1992) 5–33, insbes. 15–33.

¹²⁶⁾ RENATA KNOBLOCHOVÁ, *Historická argumentace v české protijesuitské publicistice let 1866–1867* [Historische Argumentation in der tschechischen antijesuitischen Publizistik der Jahre 1866–1867]; in: *Literární a publicistické zdroje historického vědomí v 19. a 20. století* (=Acta Universitatis Carolinae – Studia historica 33, Praha 1988) 91–112.

der tschechischen nationalen Bewegung entsprachen und die zur Wiederherstellung der ehemaligen staatsrechtlichen Stellung der Länder der böhmischen Krone führen sollten: Vertretung der Bürger im böhmischen Landtag, Errichtung eines alle Länder der böhmischen Krone (also Böhmen, Mähren und Schlesien) umfassenden gemeinsamen Landtags und einer gemeinsamen zentralen Verwaltungsbehörde in Prag. Die tschechische Sprache sollte mit der deutschen bei allen Behörden und Schulen als gleichberechtigt erklärt werden. Einige dieser Forderungen wurden nach einem gewissen Zögern seitens der Wiener Regierung durch das Kabinettschreiben vom 8. April 1848 erfüllt. Das stieß jedoch auf den Widerstand jener Deutschböhmen, die ihre Zukunft eher mit der Frankfurter Nationalversammlung und der Vision eines neuen deutschen Staates verbunden sehen wollten. Weder auf dem Wiener bzw. Kremsierer Reichstag und schon gar nicht in der Zeit des Neoabsolutismus konnten die tschechischen nationalpolitischen Vorstellungen in die Tat umgesetzt werden.

Als sich Rieger im Juni 1860 an den Kaiser mit dem Gesuch um die Bewilligung einer tschechischen politischen Zeitung wandte, versuchte er, dieses Programm wieder ins Spiel zu bringen. In diesem Memorandum, das auch die Unterschriften von anderen führenden Persönlichkeiten der tschechischen Gesellschaft (u. a. Palackýs und Purkyně) trug, beklagte Rieger, daß die Behörden Germanisierungsmaßnahmen einsetzten und daß die tschechische Nation keine Vertretung im Verstärkten Reichsrat hätte; er machte noch auf die Notwendigkeit einer sprachlichen und nationalen Gleichberechtigung und auf die Bedeutung des tschechoslawischen Volkes für die Monarchie aufmerksam. In einem weiteren Versuch, das tschechische Nationalprogramm zu konkretisieren, begann Rieger im Dezember 1860 – im Anschluß an das Oktoberdiplom – auch auf das historische Recht des Königreichs Böhmen zu pochen. Er anerkannte die Notwendigkeit einiger für die ganze Monarchie gemeinsamer Ministerien, sprach sich jedoch für eine umfangreiche Autonomie der einzelnen Länder, für nationale Gleichberechtigung, Selbstverwaltung und Bürgerfreiheiten aus. Die Betonung der staatsrechtlichen Aspekte des Programms nahm ständig zu, am ausgeprägtesten brachten die tschechischen Landtagsabgeordneten ihre Vorstellungen über die staatsrechtliche Ordnung in der Erklärung vom 22. August 1868 zum Ausdruck¹²⁷⁾.

Diese Forderungen wurden seitens der tschechischen Gesellschaft durch verschiedene außerparlamentarische demonstrative Veranstaltungen oder Feiern unterstützt, insbesondere aber durch die Volksversammlungen, die in Anknüpfung an die Hussitentradition „Tabor“ genannt wurden und bei denen auch eine Reihe sozialpolitischer Forderungen zur Sprache kamen¹²⁸⁾. Die „hohe“ Politik, die sich

¹²⁷⁾ KAREL KAZBUNDA, Národní program český roku 1860 a zápas o politický list (Podle nových archivních pramenů) [Das tschechische Nationalprogramm des Jahres 1860 und der Kampf um ein politisches Blatt. Nach neuen Archivquellen]; in: Český časopis historický 33 (1927) 473–547; SAK, Rieger 129–132, 183 f.; URBAN, Tschechische Gesellschaft I 231–235, 341–344. Die erwähnten Programme abgedruckt bei CIBULKA, Politické programy [Politische Programme] 39–47, 132–135.

¹²⁸⁾ In den Jahren 1868 bis 1871 wurden an die hundert solche Manifestationen in Böhmen, ungefähr 40 in Mähren und Schlesien veranstaltet; in allen böhmischen Ländern nahmen an ihnen

– auf Grund des Wahlrechtes – auf die Eliten des Wirtschaftsbürgertums und die Gebildeten beschränken mußte, wurde auf diese Weise durch eine an Gesten und Symbolen reiche, jedoch die Massen vorzüglich mobilisierende Politik ergänzt.

Da die tschechischen Führungskräfte für ihr Programm keine Verbündeten finden konnten und das Programm in den Gesetzgebungsorganen, in denen sich vor allem die deutschen Abgeordneten gegen sie stellten, nicht durchzusetzen vermochten, entschlossen sie sich, diese Organe zu boykottieren, und zwar seit 1863 den Reichsrat, 1867 erstmals auch den böhmischen Landtag. Diese sogenannte passive Politik, die innerhalb der „Nationalpartei“ zwar auf Widerstände stieß, letztlich aber doch von allen Abgeordneten mitgetragen wurde, fand im Jahre 1870 insofern eine Unterbrechung, als die Abgeordneten in den Landtag zurückkehrten, um den mit der Regierung Hohenwart vereinbarten böhmischen Ausgleich, die Fundamentalartikel, zu finalisieren¹²⁹⁾. Letztlich scheiterte der Ausgleich; nach den unglücklichen Chabrus-Wahlen¹³⁰⁾ im Jahre 1872 gingen die tschechischen Abgeordneten wieder zur passiven Resistenz über.

In der gedrückten Stimmung nach dem Mißerfolg der Bemühungen um den böhmischen Ausgleich 1871 brach innerhalb der „Nationalpartei“ der alte politische Streit über die einzuschlagende Taktik wieder aus. Das Miteinander der Alt- und Jungtschechen wurde am Ende des Jahres 1873¹³¹⁾ beendet, als František Ladislav Rieger den Boykott der Landtagsverhandlungen als grundsätzliches Prinzip der tschechischen Politik, über das nicht mehr abgestimmt zu werden brauchte, durchsetzen wollte. Das wurde von den Jungtschechen mit Entrüstung abgelehnt. An den Landtagswahlen im Jahre 1874 nahmen sie bereits als selbständige Gruppe

nach Zeitungsberichten fast 1,5 Millionen Leute teil. Außer der Regelung der staatsrechtlichen Stellung forderte hier die Bevölkerung die Herabsetzung der Steuern, das allgemeine Stimmrecht, die Unterstützung des Schulwesens, Erleichterungen für Unternehmen usw., JAROSLAV PURŠ, *Tábory v českých zemích 1868–1871. Příspěvek k problematice národního hnutí* [Die Tabor-Bewegung in den böhmischen Ländern 1868–1871. Ein Beitrag zur Problematik der Nationalbewegung]; in: *Československý časopis historický* 6 (1958) 234–266, 446–470, 661–690.

¹²⁹⁾ Zu den Fundamentalartikeln, die noch durch die Reform des Landtagswahlrechtes und ein Nationalitätengesetz, das den verfassungsmäßigen Grundsatz der Wahrung der Nationalität auf die Tätigkeit einzelner Institutionen anwendete, ergänzt wurden, siehe URBAN, *Tschechische Gesellschaft* I 366–375; CHRISTIAN SCHARF, *Ausgleichspolitik und Pressekampf in der Ära Hohenwart. Die Fundamentalartikel von 1871 und der deutsch-tschechische Konflikt in Böhmen* (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 82, München 1996).

¹³⁰⁾ Das jüdische Wort Chabrus bezeichnet ein schmutziges Geschäft. Um im Landtag die Mehrheit zu erreichen, mußten sowohl die föderalistisch-tschechische als auch die zentralistisch-deutsche Gruppe versuchen, die Wahlen in der Großgrundbesitzerkurie für sich zu entscheiden. Es wurden also von beiden Seiten Gesellschaften gebildet, die Großgrundbesitze kauften, um auf diese Weise mehr Stimmen auf sich vereinigen zu können. In diesem Wettbewerb wußte sich die zentralistische, von Wiener Banken unterstützte Partei besser durchzusetzen. Zum vollen Sieg mußte sie aber auch zum Mittel von Wahlmanipulationen greifen. Vgl. URBAN, *Tschechische Gesellschaft* I 379 ff.; JAROSLAV PURŠ, *Volby do českého zemského sněmu v dubnu 1872* [Die Wahlen in den böhmischen Landtag im April 1872] (Praha 1987).

¹³¹⁾ Die Gründung einer selbständigen Partei war bereits am Anfang des Jahres 1864 vom „roten Fürsten“ Rudolf Thurn-Taxis vorgeschlagen, damals jedoch von den Anhängern der jungtschechischen Strömung abgelehnt worden. URBAN, *Tschechische Gesellschaft* I 260 f.

teil und ihre sieben gewählten Abgeordneten traten in das böhmische Landesparlament ein. Im Dezember desselben Jahres gründeten die Jungtschechen auch formell ihre eigene Partei – die „*Národní strana svobodomyšlná*“.

Die Vertreter beider Richtungen begannen einen stürmischen gegenseitigen Kampf. Dieser Parteikampf trennte die Städte, die Dörfer, manchmal soll er auch Familien getrennt haben. Jede lokale Zwietracht konnte gleich als Streit um die Orientierung des Volkes getarnt werden. Wenn sich ein Bürgermeister als Anhänger František Ladislav Riegers bekannte, zeigten seine Gegner in der Gemeindevertretung ein auffallendes Interesse für jungtschechische Ideen. „Wo auch immer es zu einem Streit der Bürger um rein örtliche oder persönliche Interessen – etwa um eine Feuerspritze oder um den Bürgermeisterposten – kommt, nimmt die Sache sofort ein mehr oder weniger politisches Gepräge an ... und gleich sind sie Alt- oder Jungtschechen geworden,“ schrieb Rieger in einem Brief vom 21. Mai 1876 an den Bezirksvorsteher in Semil (Semily)¹³²⁾.

Die Anschuldigung, die Jungtschechen würden die nationale Einheit zerschlagen, wurde zu einem der triftigsten altschechischen Argumente. Auf die Öffentlichkeit, die generationenlang in der Überzeugung erzogen wurde, daß die nationale Eintracht unerläßlich sei, wirkte diese Behauptung sehr stark. Auf der anderen Seite bemühte man sich, der Überzeugung zum Durchbruch zu verhelfen, daß eine inhaltliche Differenzierung notwendig sei und der gegenüber den früheren Jahrzehnten eingetretenen Gesellschaftsentwicklung entspreche. Diese Meinung wurde nicht zuletzt vom Bauer und originären Denker Alfons Štátný aus Pádržov in Südböhmen vertreten¹³³⁾.

Beide Parteien gewannen viele Anhänger; es gab aber natürlich auch solche, denen die oft kleinlichen Streitigkeiten der herrischen und intoleranten Parteien zuwider waren. Das waren meistens Gruppen von Prager Intellektuellen oder Schriftstellern. Ein solcher Zirkel bildete sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre um die Redaktion der Revue *Osvěta* [Aufklärung] heraus, die unter der Führung des Schriftstellers (und Gymnasialprofessors) Václav Vlček nach beiden Seiten hin unabhängig wirken wollte. Nach und nach näherte sie sich jedoch den konservativen Kräften an. František Šimáček, der Besitzer des Tagblattes *Posel z Prahy* [Der Bote aus Prag] brachte in diese Gruppe das Motiv der wirtschaftlichen Kräftigung ein. Die Unabhängigkeit von den politischen Parteien wollte auch die belletristische Zeitschrift *Lumír* erhalten bzw. erkämpfen. Ihr Inhaber und Redakteur Josef Václav Sládek verbat sich jeden Eingriff seitens Grégrs Zeitung *Národní listy* und hoffte, daß die Schriftsteller zu einer Kraft werden könnten, die instande wäre, der Demoralisierung der berechnenden und streitenden Politiker steuern zu können. Die Ansätze zur Bildung einer dritten Partei gingen allerdings über das Stadium der Überlegungen nie hinaus¹³⁴⁾.

¹³²⁾ HUGO TRAUB, Fr. L. Rieger (Praha, o. D.) 173.

¹³³⁾ ALFONS ŠTÁTNÝ, Politické strany u nás a jinde [Politische Parteien bei uns und anderswo] (Praha 1873).

¹³⁴⁾ JOSEF HOLEČEK, Pero. Román paměti [Die Feder. Romanmemoiren], 3 Bde. (Praha 1924), hier III 28–31, 109 ff.; JAROSLAVA JANÁČKOVÁ, Jakub Arbes novinář [Der Journalist Jakub Arbes] (Praha 1987) 140–150.

Der soziale Hintergrund der Alt- sowie der Jungtschechen war ähnlich – sie vertraten vor allem das tschechische Bürger- und Kleinbürgertum, auch wenn sie natürlich die Absicht hatten, die ganze Nation anzusprechen. Während sich die Alttschechen auf die Honoratioren der tschechischen Städte konzentrierten, gelang es den Jungtschechen, die unzufriedene Bauernschaft aus den Regionen in der Umgebung des Berges Říp und von Jung Bunzlau für sich zu interessieren; ihnen schlossen sich Angehörige der demokratisch, oft antiklerikal gesinnten Intelligenz, insbesondere Lehrer und Studenten, an. Die Alttschechen bauten auf die Autorität Palackýs – des „Vaters der Nation“ – und František Ladislav Riegers; die Jungtschechen nutzten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung außer verschiedenen öffentlichen Auftritten¹³⁵⁾ namentlich *Národní listy*, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einflußreichste tschechische Zeitung. Dieses Tagblatt blieb jedoch weiterhin im Privatbesitz Julius Grégrs und es bewahrte der Parteiführung gegenüber seine eigenständige Stellung, was später zur Quelle vieler Probleme wurde. Es hatte manchenmal den Anschein, als ob die Partei nur ein Sprachrohr dieser Zeitung sei (und nicht umgekehrt)¹³⁶⁾.

Die Jungtschechen hielten sich selbst für die Hauptverfechter der liberalen Werte. Dies brachte beispielsweise Julius Grégr in einer Rede vor den Wählern in Schlan am 26. September 1875 zum Ausdruck: „Die Hauptaufgabe unserer Partei ist es, innerhalb der tschechischen Nation der Aufklärung und der politischen Freiheit den Weg zu bahnen.“¹³⁷⁾ Diesem Grundsatz entsprach auch ein klares, durchgearbeitetes Programm, das am Gründungsparteitag (1874) von Julius Grégr vorgelegt wurde und das im wesentlichen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts galt. Es hob die Bedeutung der politischen Freiheit und der Aufklärung, die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Verteidigung der Verfassungsrechte, Wahlen in den Landtag auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes, die Förderung des Schulwesens und der materiellen Lage breiter Schichten hervor¹³⁸⁾. Einerseits

¹³⁵⁾ Dazu z. B. Jiří KOŘALKA, Julius Grégr a mezinárodní ohlas Husových oslav roku 1869 [Julius Grégr und der internationale Widerhall der Hus-Feier im Jahre 1869]; in: PAVLA VOŠAHLÍKOVÁ, MILAN ŘEPA (Hgg.), Bratři Grégrové a česká společnost v druhé polovině 19. století [Die Brüder Grégr und die tschechische Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts] (Praha 1997) 63–66; ZDENĚK HOJDA, Jiří POKORNÝ, Pomníky a zapomínky [Denkmäler und Vergessen] (Praha 1996) passim.

¹³⁶⁾ Archiv Národního muzea [Archiv des Nationalmuseums], Prag, Archivbestand Julius Grégr, Brief Eduard Grégrs an seinen Bruder Julius Grégr vom 13. März 1880. In der tschechischen Politik spielte die Journalistik ohne Zweifel eine außerordentliche Rolle. Nachdem die tschechischen Politiker auf die Möglichkeit verzichtet hatten, ihre Ansichten in den Vertretungsorganen vorzubringen, mußten sie sich desto mehr anstrengen, um mittels der Presse auf die Öffentlichkeit wirken zu können. Vgl. auch Jiří POKORNÝ, Vzájemná korespondence bratří Grégrů [Die beiderseitige Korrespondenz der Brüder Grégr]; in: PAVLA VOŠAHLÍKOVÁ, MILAN ŘEPA (Hgg.), Bratři Grégrové a česká společnost v druhé polovině 19. století [Die Brüder Grégr und die tschechische Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts] (Praha 1997) 145–151. Siehe auch unten den Abschnitt über das Pressewesen.

¹³⁷⁾ TŮMA, Život Julia Grégra [Leben des Julius Grégr] 263.

¹³⁸⁾ CIBULKA, Politické programy [Politische Programme] III 213 ff. (Dokument Nr. 71); OTTO URBAN, Český liberalismus v 19. století [Tschechischer Liberalismus im 19. Jahrhundert]; in: MILAN ZNOJ, JAN HAVRÁNEK, MARTIN SEKERA (Hgg.), Český liberalismus. Texty a osobnosti [Tschechischer Liberalismus. Texte und Persönlichkeiten] (Praha 1995) 15–27.

wahrten die Jungtschechen auch dem Reichsrat gegenüber eine gewisse Distanz und erklärten, daß man in diesen nur dann eintreten soll, falls es von der Mehrheit der tschechischen Abgeordneten beschlossen würde, andererseits unterschieden sie sich von den Altschechen auf den ersten Blick durch ihre Beziehung zum Landtag. Die Altschechen beharrten nämlich auf der passiven Resistenz und erwarteten, daß es wieder zu einer Veränderung der politischen Verhältnisse kommen würde, was ihnen die neuerliche Gelegenheit zu politischem Auftreten bieten würde. Die Jungtschechen waren sich dagegen bewußt, welche Nachteile der tschechischen Nation durch diese Passivität erwüchsen; sie hielten die ganze Vorgangsweise für verheerend, zur Untätigkeit und Apathie führend, und außerdem würde dadurch die ganze Gesellschaft auf zunehmend konservativere Positionen festgelegt, was neben den taktischen Differenzen den sachlichen Kern des Streits zwischen Alt- und Jungtschechen ausmachte¹³⁹⁾.

Die öffentliche Meinung neigte sich allmählich den Argumenten der Jungtschechen zu; unter diesem Druck vereinbarten beide Parteien 1878 einen *modus vivendi* und stellten für die kommenden Wahlen eine gemeinsame Kandidatenliste auf; in dieser erhielten die Jungtschechen 14 von insgesamt 83 Mandaten. 1878 traten die tschechischen Abgeordneten in den böhmischen Landtag ein, ein Jahr später auch in den Reichsrat. Dieser Schritt wurde ihnen durch weitgehende, mit dem Sturz der deutschliberalen Regierung verbundene politische Veränderungen erleichtert. Unmittelbar darauf wurden sie zur Stütze der Regierung des Grafen Taaffe, der den Tschechen in den Augen so mancher Politiker das Ende der Passivität nur durch kleinere Konzessionen vergalt – durch „Brosamen“, wie die Jungtschechen später ironisch anmerkten.

Mit dem Einzug ins Parlament veränderten die Altschechen grundsätzlich die Methoden ihres politischen Kampfes gegen Wien und die Deutschen, die innertschechische Politik dominierten sie jedoch auch weiterhin. Die schwächeren Jungtschechen konnten mit ihnen nicht konkurrieren. Ungefähr seit der Mitte der achtziger Jahre begannen sich deren Positionen aber zu verbessern. Den Altschechen wurde nämlich immer stärker ihre der Regierung gegenüber loyale Politik zum Vorwurf gemacht. Sie blieben auch in der medialen Politik und in der Organisation ihrer Klientel hinter den Jungtschechen zurück; sie verzichteten im wesentlichen auf die Beeinflussung der Wähler. Die Jungtschechen konnten zwar die Kuratel der stärkeren Partei noch nicht los werden, sie taten aber immer deutlicher kund, wie wenig sie mit dem Vorgehen der Regierung Taaffe einverstanden waren.

¹³⁹⁾ EDVARD GRÉGR, K objasnění našich domácích sporů [Zur Klärung unserer internen Zwistigkeiten] (Praha ²1874) 25 f. Diese Entwicklung analysierte eingehend vor allem HELENA KREJČOVÁ, *Politika zastoupení a zastoupení politiky. Volební a parlamentní aktivita české buržoazní politiky v první polovině 80. let minulého století (1879–1885)* [Politik der Vertretung und Vertretung der Politik. Wahl- und Parlamentsaktivitäten der tschechischen bürgerlichen Politik in der ersten Hälfte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts (1879–1885)]; in: *Literární archiv* 21–22 (1985–86) 113–145; URBAN, *Tschechische Gesellschaft* I 450.

Anders als die Altschechen machten sich ihre Konkurrenten seit der Gründung ihrer Partei Gedanken über eine möglichst effektive Organisation¹⁴⁰). Bereits am Gründungsparitätstag vom 1874 haben sie in ihrem Programm festgeschrieben, daß ihre Partei in der Zeit zwischen den einzelnen Parteitagungen durch einen Leitungsausschuß von 28 Vertrauensleuten geführt wird. Ab der Mitte der achtziger Jahre bemühten sie sich, alle ihre aktiven und potentiellen Sympathisanten in sogenannten Katastern zu erfassen, um sich gegebenenfalls direkt an sie wenden zu können. Neben dem Zentralwahlausschuß errichteten sie auch Bezirkswahlausschüsse und unterstützten die Errichtung von Vereinen, deren Statuten offensichtlich nach gleichlautenden Musterstatuten verfaßt wurden. 1869 war zwar der Versuch, einen Verein unter der Bezeichnung „Slovanská Lípa“ zu gründen, der genauso wie der gleichnamige Verein von 1848 die tschechische Bevölkerung im ganzen Land mobilisieren sollte, am Widerstand der Behörden gescheitert; auch der darauffolgende „Český demokratický spolek“ [Tschechischer demokratischer Verein] von 1870 war nicht wirklich erfolgreich. Größere Stabilität bewies erst der 1873 gegründete „Pražský národní klub“ [Prager Nationalklub], den man 1875 in „Klub národní strany svobodomyslné“ [Klub der Freisinnigen Nationalpartei] umbenannte, welcher in der Folge zum politischen und organisatorischen Zentrum wurde. Die Zahl politischer Vereine, die der jungtschechischen Richtung folgten, nahm erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erheblicher zu, bis dahin beschränkte sich die Organisation auf wenige Vereine in Prag. 1888 bekannten sich jedoch bereits 70 Vereine zu den Jungtschechen, zu ihren Rivalen dagegen nur sechs. Drei Jahre später beherrschten die Jungtschechen etwa 90 Vereine von 112¹⁴¹). Zwar bekannten sich die Jungtschechen zum Erbe der gemeinsamen Politik in der Zeit vor dem Eintritt in den Reichsrat, doch zogen sie Nutzen daraus, daß sie auf die Veränderungen zu reagieren vermochten, die durch das Wachstum der nationalen Reibungen sowie durch das Einbeziehen der mittleren Schichten in das politische Geschehen verursacht worden waren. Vor allem half ihnen, daß sie zu Wortführern der oppositionellen Bewegung des Gewerbe- und Bauernstandes wurden, die der kommenden Entwicklung mit Skepsis begegneten. Die Jungtschechen pflegten Beziehungen zu bedeutenden Gewerbevereinen, namentlich zum Prager „Řemeslnicko-živnostenská beseda“ [Handwerker- und Gewerbe-Verein], sie nahmen auch einige Obmänner von Gewerbevereinen wie Antonín Vítek und Václav Březnovský in ihre Leitungsorgane auf¹⁴²).

¹⁴⁰) TOMÁŠ VOJTĚCH, *Mladočeši a boj o politickou moc v Čechách* [Die Jungtschechen und der Kampf um die politische Macht in Böhmen] (Praha 1980) 31–54, 78–85; HYE, *Aufstieg der Jungtschechen* 67–85. Die erfolgreiche jungtschechische Organisierungstätigkeit würdigt auch URBANITSCH, *Staatsmacht, Vereine und Parteien* 293 ff. Für den Aufstieg der Jungtschechen siehe jetzt vor allem die Dissertation von LUBOŠ VELEK, *Národní strana svobodomyslná (mladočeská) 1889–1907. Příspěvek k vývoji politického stranictví v habsburské monarchii* [Die Freisinnige Nationalpartei (Jungtschechische Partei) 1889–1907. Ein Beitrag zur Entwicklung des politischen Parteiwesens in der Habsburgermonarchie] (Praha 2004).

¹⁴¹) VOJTĚCH, *Mladočeši* [Jungtschechen] 35 f.

¹⁴²) EBD. 95 f.

Eine noch intensivere Zusammenarbeit verband die Jungtschechen mit der oppositionellen Bauernbewegung. Interesse an der Organisierung der Bauern hatten auch die konservativen tschechischen Großgrundbesitzer, die die Eingliederung der Bauern in die 1880 gegründete „Hospodářská společnost pro království České“ [Landwirtschaftliche Gesellschaft für das Königreich Böhmen] anstrebten. Sie befürworteten die Verbindung der landwirtschaftlichen Vereine zu Kreis- und Gauvereinen. Die Gefahr, daß sich die Bauern den Interessen der Großgrundbesitzer werden unterordnen müssen, war jedoch zu groß, und deshalb begannen die Bauern über ihre eigene Standesorganisation nachzudenken, die beiden Nationen dienen sollte. Šťastný plante sogar die Gründung einer solchen Organisation für ganz Cisleithanien. Davon rieten ihm die Jungtschechen jedoch ab. Schließlich entstand am 16. Mai 1889 die „Selská jednota pro království České“, die im Zusammenwirken der südböhmischen Bauern und der von Alfons Šťastný und Václav Janda geführten Bauern aus der Umgebung des Berges Říp gegründet wurde. Die bei dieser Gelegenheit angenommene Resolution sprach sich gegen diverse Hauptforderungen der konservativen Kräfte – Großgrundbesitzer, Kirche und Altschechen – aus, also gegen die Einschränkung der Teilbarkeit und Vererbbarkeit von Bauerngütern. Die mit der „Freisinnigen Nationalpartei“ sympathisierenden, aber nicht in allen Einzelheiten übereinstimmenden tschechischen Bauern forderten die Herabsetzung der Grundsteuer, gesetzliche Festlegung von Schuldenfreiheit der Grundstücke, Unterstützung der Genossenschaften, Einschränkung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten und Früchten, Verstaatlichung und Vervollkommenung des Versicherungswesens, allgemeines Wahlrecht, Staatsrecht...¹⁴³⁾.

Die Gründung des Bauernvereines „Selská jednota“ bildete gewissermaßen den Höhepunkt der vor den Landtagswahlen von 1889 organisierten Kampagne. Bei den Wahlen schnitten die Jungtschechen sehr gut ab, sie gewannen insgesamt 39 Abgeordnetenmandate (die allermeisten davon in der Kurie der Landgemeinden), hatten also eine viermal größere Vertretung im böhmischen Landtag als vor den Wahlen. Die Altschechen gerieten in Defensive. In dieser Situation nahmen sie im Januar 1890 auf Wunsch der Regierung das Gespräch mit den deutschen Liberalen über den Ausgleich zwischen beiden Nationalitäten in Böhmen auf. Diese unter direkter Teilnahme der Regierungsvertreter in Wien abgehaltenen Verhandlungen mündeten in den sogenannten Wiener Punktationen. In diesem Abkommen sahen die Altschechen primär einen unerläßlichen Kompromiß, während die deutschen Delegierten es als Sieg deuteten. Die Jungtschechen betrachteten den Wiener Ausgleich anfangs mit Gleichmut, wenn auch ohne Begeisterung; nach kurzer Zeit gelangten sie jedoch zur Überzeugung, daß er eine Gefahr für die Integrität des Landes darstelle. Gleichzeitig wurden sie sich dessen

¹⁴³⁾ EBD. 87–90; NOŽIČKA, Počátky rolnického spolčování [Anfänge des Bauernvereinswesens] 42, 82–87; ZDENĚK MÍKA, Alfons Šťastný a rolnické hnutí v první polovině devadesátých let minulého století [Alfons Šťastný und die Bauernbewegung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts]; in: Jihočeský sborník historický 37 (1968) 239–251, hier 241 ff.

bewußt, wie sie ihn für ihre parteipolitischen Interessen nutzbar machen könnten. Sie lehnten es ab, die Beratungsergebnisse im Landtag mitzutragen und entfes-selten gegen die Alttschechen eine verheerende Agitationskampagne. Daraus resultierte die vernichtende Niederlage der Alttschechen in den Wahlen zum Reichsrat im Jahre 1891. Die alttschechische Partei zerfiel damals fast ganz, ihre Reste fristeten nur noch ein kümmerliches Dasein. Sie anerkannten die Füh-rungsposition der Jungtschechen und bemühten sich in Übereinstimmung mit ihnen, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Daran änderten auch die Versuche von Albín Bráf nichts, der nach dem Tod seines Schwiegervaters František Ladislav Rieger 1903 an der Spitze der Partei stand und diese zu reformieren versuchte¹⁴⁴). Freilich vermochte die Partei keine moderne Parteistruktur aufzubauen und blieb auch nach 1907 auf einige wenige Honoratiorengruppen in den größeren Städten be-schränkt. Die Alttschechen waren „Generäle ohne Armee“¹⁴⁵), doch durch ihre starke Verankerung in der gesellschaftlichen Oberschicht waren sie bis 1914 politisch einflußreicher als es die Wahlergebnisse, die Mitgliederzahlen oder die Parteistruktur vermuten lassen¹⁴⁶).

Im Zuge des Niedergangs der Alttschechen übernahm die „Národní strana svobodomyšlná“, die Jungtschechen, von ihren Vorgängern nicht nur die Stellung als ausschlaggebende (und für einige Jahre eigentlich einzige) Kraft der tschechi-schen bürgerlichen Politik, sondern auch den überwiegenden Teil ihrer Mitglie-der. Zahlreiche Politiker bzw. Funktionäre wechselten ihre Partei- bzw. Frak-tionszugehörigkeit. Das bedeutete freilich, daß die Klientel der Jungtschechen immer heterogener wurde und daß die Partei zwischen den Interessen der radi-kal gestimmten Mittelschichten, dem Gewerbestand und Bauerntum einerseits und denen der mehr oder weniger saturierten städtischen Bourgeoisie andererseits lavieren mußte.

Auf dem Weg zu einer echten „Volkspartei“ gelang es den Jungtschechen nicht nur, für eine gewisse Zeit beträchtliche Teile der Bauernschaft und auch der Arbeiter an sich zu binden, die Partei verstärkte durch Zuzug von „außen“ auch ihr intellektuelles Potential. Mitte der achtziger Jahre hatte sich um Profes-sor Tomáš Garrigue Masaryk eine Intellektuellengruppe gebildet, für die sich die Bezeichnung „Realisten“ einbürgerte¹⁴⁷). Hauptvertreter waren außer Masaryk

¹⁴⁴) Dazu eingehend MARTIN KUČERA, Albín Bráf, reorganisace staročeské strany 1906 a její zánik [Albín Bráf, die Reorganisation der alttschechischen Partei 1906 und deren Untergang]; in: Český časopis historický 92 (1994) 706–731.

¹⁴⁵) Jiří MALÍŘ, Generálové bez vojska (Národní strana na Moravě v letech 1890–1914) [Ge-neräle ohne Armee (Die Nationalpartei in Mähren in den Jahren 1890–1914)]; in: Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity C 43 (1996) 95–112.

¹⁴⁶) LUFT, Parlamentarische Führungsgruppen I 121.

¹⁴⁷) JURIJ KRÍŽEK, T. G. Masaryk a česká politika. Politické vystoupení českých realistů 1885–1893 [T. G. Masaryk und die tschechische Politik. Das politische Auftreten der tschechischen Realisten 1885–1893] (Praha 1953) passim; zuletzt MARTIN KUČERA, Fúze „realistů“ s mladočechy na konci roku 1890 [Die Fusion der „Realisten“ mit den Jungtschechen am Ende des Jahres 1890]; in: Český časopis historický 93 (1995) 591–645.

die Volkswirtschaftler Josef Kaizl und Karel Kramář¹⁴⁸). Die „Realisten“ verurteilten den leeren Radikalismus, genauso wenig Sympathie empfanden sie für die fürchtssame, der Regierung gegenüber um jeden Preis loyale Politik. Sie selbst wollten auf Grund eines wissenschaftlich erarbeiteten, positivistischen Programms vorgehen – gemäßigt, aber prinzipientreu. Sie bildeten eigentlich eine dritte Partei innerhalb der Nationalbewegung oder eher ihren Keim: Sie zogen es jedoch vor, in eine bereits bestehende Partei einzutreten und diese ihren Vorstellungen entsprechend zu reformieren. 1890 entschieden sich für die Jungtschechen. In dieser Partei gewannen sie dank ihres außergewöhnlichen intellektuellen Potentials eine außerordentliche Stellung. Nur Masaryk war von einer dermaßen eigenständigen Individualität, daß er die Partei verließ und seine Ansichten dann lange als Privatperson durchzusetzen versuchte, eine Privatperson, die allerdings über eine überdurchschnittliche charismatische Begabung und kommunikative Fähigkeiten verfügte¹⁴⁹). Auch die studentische Fortschrittsbewegung – radikal und idealistisch in ihren Ansichten, relativ moderat in der praktischen Umsetzung – näherte sich den Jungtschechen an¹⁵⁰).

Am Beginn der neunziger Jahre ging man daran, die Organisationsstruktur der „Freisinnigen Nationalpartei“ zu modernisieren. Die praktische alltägliche Politik wurde von einem Exekutivausschuß geleitet, an dessen Spitze Professor František Tilšer stand, der sich schon seit längerer Zeit mit Organisationsfragen befaßt hatte. Man begann, vorerst ohne durchschlagenden Erfolg, die Frage der Parteifinanzierung zu lösen. Als Ergebnis dieser Bemühungen stellten die Jungtschechen in den neunziger Jahren die am besten organisierte Partei dar, die auch in der Lage war, ihren Einfluß auf der politischen Bühne Cisleithaniens zur Geltung zu bringen – diese Fähigkeit wurde allerdings unkritisch überschätzt. Ihre Führung, in der Kaizl, der ehemalige Gefährte und Mitarbeiter von Masaryk, immer mehr an Gewicht gewann, verlegte sich Mitte der neunziger Jahre auf eine Taktik der kleinen Schritte, die die tschechische Nation (sowie die Partei) stärken und in der Folge zur Verwirklichung des staatsrechtlichen Programms

¹⁴⁸) STANLEY B. WINTERS, Kramář, Kaizl and the Hegemony of the Young Czech Party, 1891–1901; in: PETER BROCK, HAROLD GORDON SKILLING (Hgg.), *The Czech Renaissance of the nineteenth century. Essays presented to Otakar Odložilík in honour of his 70th birthday* (Toronto 1970) 282–314.

¹⁴⁹) Aus der umfangreichen Literatur über Masaryk vgl. MILAN MACHOVEC, T. G. Masaryk (Praha 1968) 89–168; JAROSLAV OPAT, *Filozof a politik T. G. Masaryk 1882–1893. Příspěvek k životopisu* [Der Philosoph und Politiker T. G. Masaryk 1882–1893. Ein Beitrag zur Biographie] (Praha 1990) passim; STANISLAV POLÁK, T. G. Masaryk. *Za ideálem a pravdou* [T. G. Masaryk. Für Ideal und Wahrheit] II: 1882–1893 (Praha 2001) passim, insbes. 171–310.

¹⁵⁰) JAN HAVRÁNEK, Die Studenten an der Schwelle des modernen tschechischen Lebens; in: *Arbeiterbewegung und Intelligenz* (=Acta Universitatis Carolinae – Studia Historica 4, Praha 1969) 29–52; KAREN J. FREEZE, *The Progressive Youth of the 1890s: Children of the December Constitution*; in: HANS LEMBERG, KAREL LITSCH, RICHARD GEORG PLASCHKA, GYÖRGY RÁNKI (Hgg.), *Bildungsgeschichte, Bevölkerungsgeschichte und Gesellschaftsgeschichte in den Böhmisches Ländern und in Europa. Festschrift für Jan Havránek zum 60. Geburtstag* (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts 14, Wien 1988) 275–285.

führen sollten – natürlich in ausdrücklich modernisierter Form. Die Föderalisierung Österreichs sollte mit seiner Demokratisierung und Liberalisierung verbunden werden, die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens müßte an die Zustimmung der deutschböhmischen Bevölkerung gebunden werden. Diese „Etappenpolitik“ hatte jedoch auch in der Partei selbst viele Gegner, insbesondere unter den Radikalen, die sich auf die Autorität von Edvard Grégr beriefen; viele andere standen ihr mißtrauisch gegenüber. Badenis Wahlreform und seine Sprachenverordnungen schienen jene kleinen, aber wesentlichen Schritte zu sein. Wenn auch die Geltung der Sprachenverordnungen nicht von Dauer war, wurden im Rahmen der Etappenpolitik wertvolle Gewinne – wirtschaftliche Vorteile sowie Posten in der Staatsverwaltung – erzielt. In dieser Zeit unterwanderte die Partei auch verschiedene Selbstverwaltungs- und Wirtschaftsorganisationen und knüpfte wertvolle Beziehungen zu ausschlaggebenden Unternehmen und Finanzinstitutionen an, etwa zur „Živnostenská banka pro Čechy a Moravu“ [Gewerbebank für Böhmen und Mähren], die als Zentralbank des tschechischen Genossenschaftswesens das größte tschechische Geldinstitut war¹⁵¹⁾.

Die Jungtschechen als eine im wesentlichen mittelständische Partei profitierte von Badenis Wahlreform in großem Maße. Auf die Wahlreform von 1907, aber auch auf die inzwischen eingetretenen Änderungen der Parteienlandschaft, die zu ihren Lasten gingen, mußte die Partei allerdings mit weiteren organisatorischen Änderungen reagieren, die insbesondere von Alois Rašín, einem ihrer ausdrucksvollsten Vertreter in der Vorkriegszeit, durchgeführt wurden. Rašín trat der Partei mit seinen Gefährten Jaroslav Preiss und Jan Třebický im Jahre 1907 bei (bzw. kehrte er in die Partei zurück)¹⁵²⁾. Rašíns Absicht war es, all die kleinen heterogenen Gruppen der sich für die Politik interessierenden tschechischen akademischen Intelligenz zu vereinigen (die sich zum Teil von den Ende der neunziger Jahre entstandenen Parteien wieder abgewandt hatten) und mit deren Hilfe die tschechische bürgerliche Politik, also die jungtschechische Partei, zu reformieren.

Anstelle der Vertrauensleute traten als niedrigste Organisationseinheit die örtlichen Vereine, die sich zu Bezirksorganisationen vereinigten. Die Stellung der Zentrale wurde gestärkt und ihre Tätigkeit professionalisiert. Als oberstes Organ galt nach wie vor der Parteitag, das entscheidende Gewicht lag jedoch bei dem aus fünfunddreißig Mitgliedern bestehenden Aktionsausschuß (d.h. ein engerer

¹⁵¹⁾ URBAN, Tschechische Gesellschaft I 704–707.

¹⁵²⁾ Schon am Anfang der neunziger Jahre hatte er sich bei den Jungtschechen engagiert, ehe er mit der „Strana státoprávně-radikální“ [Staatsrechtlich-radikale Partei] die von den Jungtschechen durch den Eintritt in die Regierung angeblich „weggeworfene staatsrechtliche Flagge“ wieder aufheben und „dem tschechischen Volk vorantragen“ wollte. URBAN, Tschechische Gesellschaft I 712. Zu Rašín vgl. JANA ŠETŘILOVÁ, Alois Rašín. Dramatický život českého politika [Alois Rašín. Das dramatische Leben eines tschechischen Politikers] (Praha 1997); MARTIN KUČERA, Nezávislá pokroková skupina Rašínovy revue *Slovo* (1901–1905) [Die Unabhängige Fortschrittler-Gruppe um Rašíns Revue *Slovo* 1901–1905]; in: Sborník k dějinám 19. a 20. století 12 (1991) 7–33.

Exekutivausschuß) mit einem fünfköpfigen Vorstand an der Spitze. Der erweiterte Exekutivausschuß (bestehend aus dem Aktionsausschuß, den Reichsrats- und Landtagsabgeordneten und Vertretern der Bezirksorganisationen) trat vierteljährlich zusammen und hatte keine große Bedeutung. Der Erhöhung der Effektivität des Aktionsausschusses kam es zugute, daß er für Einzelgebiete spezialisierte Abteilungen – organisatorische, finanzielle, volkswirtschaftliche, rechtliche, kommunale u.ä.m. – bildete. Natürlich wurde auch die Stellung des Parteisekretariats gestärkt, das unter der Führung von Vladimír Šis ziemlich selbständig agierte. Das Problem des „zweiten Zentrums“ – der Zeitung *Národní listy* – wurde dadurch gelöst, daß ein neu errichtetes Verlagsunternehmen, die „Pražská akciová tiskárna“ [Prager Aktiendruckerei], dieses Blatt den Erben Julius Grégrs abkaufte und es genauso wie andere Blätter der Parteikontrolle unterwarf. Vor dem Weltkrieg existierten mehr als 20 weitere jungtschechische Parteiblätter, die für die Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung im Sinne der jungtschechischen Programmatik wesentlich waren¹⁵³). Ebenso wesentlich war aber die Tatsache, daß sich das Feld der Vorfeldorganisationen verdichtete und daß es dadurch gelang, den größten Teil der Alltagsbeziehungen der Anhänger, Wähler und Sympathisanten organisatorisch zu durchdringen – ein Phänomen, das nicht auf die Jungtschechen beschränkt blieb¹⁵⁴).

1907 nahm die Partei ein neues, im wesentlichen auf Karel Kramář zurückgehendes Programm an. Kramář setzte sich nach Kaizls († 1901) und mehr noch nach Josef Herolds († 1908) Tod in der Parteispitze durch, auch wenn er als Parteiführer nicht unumstritten war¹⁵⁵). Die Partei wollte nach diesem Programm die Anerkennung eines selbständigen staatlichen Lebens für die böhmischen Länder in dem Maße erzielen, das dem historischen Recht und den Bedürfnissen der tschechischen Nation entsprechen würde. Mittel zum Zweck sollte die „positive Politik“ sein, die die Erfüllung dieser Wünsche im Rahmen einer staatsbejahenden Einstellung der Partei anstrebte. Das Programm betonte die Unteilbarkeit der böhmischen Länder, den Schutz der Minderheiten, lehnte den Mißbrauch der Kirche für politische Zwecke ab und äußerte sich auch zu wichtigen Zeitfragen – zu den Staatsfinanzen, zum Schulwesen, zur öffentlichen Verwaltung, Selbstverwaltung und ähnlichem mehr. Größte Aufmerksamkeit wurde jedoch der wirtschaftlichen Problematik geschenkt. Die Partei versprach, die wirtschaftliche Stärkung und Erhebung der Nation anzustreben, die berechtigten Bedürfnisse der einzelnen Schichten zu unterstützen und Interessenkonflikte nach Möglichkeiten zu vermeiden. Die Partei sparte nicht mit Versprechungen in alle Rich-

¹⁵³) DERS., *Souboj vedení mladočeské strany s Národními listy* („Den“ 1907–1909) [Der Kampf der Führung der Jungtschechischen Partei mit dem Tagblatt *Národní listy* (Die Zeitung „Den“ 1907–1909)]; in: *Moderní dějiny* 4 (1996) 71–113.

¹⁵⁴) LUFT, *Parlamentarische Führungsgruppen* I 88.

¹⁵⁵) MARTINA WINKLER, Karel Kramář (1860–1937). Selbstbild, Fremdwahrnehmungen und Modernisierungsverständnis eines tschechischen Politikers (= Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 10, München 2002).

tungen – in Wirklichkeit meinte sie vor allem die Interessen der mittleren und höheren Schichten¹⁵⁶).

Die größten Änderungen der tschechischen politischen Szene ereigneten sich zwischen den frühen neunziger Jahren und 1907, während die Jahre danach von einer hohen Stabilität der politischen Grundströmungen gekennzeichnet sind. In der rund fünfzehn Jahre dauernden Zeitspanne um die Jahrhundertwende entstanden neue Parteien, fusionierten und transformierten sich, so daß sich im Gefolge dieser Veränderungen jene Grundstruktur bildete, die bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Herbst 1938 überdauerte und die durch ein System von fünf politischen Lagern bzw. Grundströmungen gekennzeichnet ist¹⁵⁷).

Den Anlaß zur Bildung weiterer Parteien gaben vor allem die Studenten¹⁵⁸). Bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre machte sich eine große geistige Unruhe unter den tschechischen Studenten bemerkbar. Die Studenten räsionierten über die Stellung des Volkes, über dessen politische Aktivität sowie dessen kulturelles Niveau; sie wollten die Entwicklung sowohl in Böhmen als auch in Österreich-Ungarn aus einer breiteren, europäischen Perspektive betrachten. Sie strebten grundsätzliche Veränderungen an, einen Fortschritt zum Besseren – deshalb wurden sie „Fortschrittler“ genannt¹⁵⁹). Es gelang ihnen, andere für ihre

¹⁵⁶) JIŘÍ MALÍŘ, *Mladočeská strana v Čechách a promladočeské strany na Moravě* [Die Jungtschechische Partei in Böhmen und verwandte Parteien in Mähren]; in: PAVEL MAREK U. A. (Hgg.), *Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998* [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 42–62.

¹⁵⁷) ROBERT LUFT, *Tschechische Parteien, Vereine und Verbände vor 1914. Besonderheiten und Defizite der politischen Kultur einer modernen Nation in einem Vielvölkerstaat*; in: JOSEPH MARKO, ALFRED ABLEITINGER, ALEXANDER BRÖSTL, PAVEL HOLLÄNDER (Hgg.), *Revolution und Recht. Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik* (Frankfurt am Main u. a. 2000) 311–350, hier 337; DERS., *Parlamentarische Führungsgruppen I* 131–153; URBAN, *Tschechische Gesellschaft I* 694–699.

¹⁵⁸) JAN HAVRÁNEK, *Protirakouské hnutí dělnické mládeže a studentů a události roku 1893* [Die antiösterreichische Bewegung der Arbeiterjugend und der Studenten und die Ereignisse des Jahres 1893]; in: *Acta Universitatis Carolinae – Historia Universitatis Carolinae Pragensis* 2 (1961) T. 2, 21–85; FRANTIŠEK ČERVINKA, *Boje a směry českého studentstva na sklonku minulého a na počátku našeho století* [Kämpfe und Strömungen der tschechischen Studentenschaft am Ende des vergangenen und zu Beginn unseres Jahrhunderts] (Prag 1962); MARTIN KUČERA, *Pokrokaři* [Fortschrittler]; in: PAVEL MAREK U. A. (Hgg.), *Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998* [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 71–82.

¹⁵⁹) Die Definition eines Fortschrittlers wurde am I. Parteitag der fortschrittlichen Studenten 1891 in Prag folgendermaßen gegeben: „Für fortschrittlich halten wir denjenigen Studenten, welcher gegen jede Unterjochung eines Volkes durch ein anderes, eines Geschlechtes durch ein anderes, einer Klasse durch eine andere auftritt; wer die Religion für eine Privatsache jedes Einzelnen hält ... indem er aus ihr weder eine Waffe gegen den Fortschritt noch ein Mittel zum Gewinn machen will; ... wer zu den ausgedehntesten Bürgerfreiheiten steht; wer Anhänger einer ruhigen Gesellschaftsentwicklung unter dem Schutz der gebildeten Bürgerschaft selbst und nicht der Militärtruppen ist.“ Zitiert nach PERNES, *Spiklenci proti Jeho Veličenstvu* [Verschwörung gegen Seine Majestät] 132 f.

nationalistischen Losungen wie auch für die sozialistischen Pläne zu begeistern. Politisch standen sie meistens dem radikalen Flügel der „Freisinnigen Nationalpartei“ nahe, sie unterhielten aber auch Beziehungen zur Arbeiterjugend und nahmen sie in ihre Reihen auf. Die diffuse Sehnsucht nach etwas Neuem, nach Originalität und Nonkonformismus, kam in zahlreichen Zusammenkünften und Presseerzeugnissen zum Ausdruck. Eines davon war die Zeitschrift *Omladina* [Jugend]¹⁶⁰⁾, die von jungen Studenten und Arbeitern gelesen wurde. Einen gleichnamigen Verein oder irgendeine andere festere Organisationsstruktur zu gründen gelang ihnen – entgegen den späteren Behauptungen der Behörden – jedoch nicht. Gemeinsam mit ähnlich gesinnten polnischen und ukrainischen Kollegen erarbeiteten die tschechischen fortschrittlichen Studenten ein – nicht besonders konkretes – Programm für eine künftige Ordnung in Österreich, dessen sozialreformerische Vorstellungen weit über den für eine bürgerliche Partei akzeptablen Rahmen hinausgingen.

Zwar nahmen die „Fortschrittler“ auch weiterhin an jungtschechischen Veranstaltungen teil, z. B. an denen, wo gegen den tschechisch-deutschen Ausgleich von 1890 und gegen die alttschechische Führung protestiert wurde. Sie unternahmen jedoch auch unabhängige Aktionen, die immer radikaler wurden und schließlich in staatsfeindlichen Demonstrationen und Beleidigungen des Herrschers gipfelten¹⁶¹⁾. Daraufhin verhafteten die Behörden zahlreiche „Fortschrittler“ und verhängten über Prag und Umgebung den Ausnahmezustand. Der Strafprozeß begann im Januar 1894. Die Anklage beschuldigte die „Fortschrittler“ nicht nur konkreter Ausschreitungen und staatsfeindlicher Veranstaltungen, sondern auch der Mitgliedschaft in einer geheimen konspirativen Organisation „Omladina“ (die, wie gesagt, gar nicht existierte). Dieser Anklage entsprachen dann ziemlich hohe Strafen, bis maximal acht Jahre Kerker¹⁶²⁾.

Die Jungtschechen hatten die „Fortschrittler“ unterstützt und sich deren Argumente und Aktivitäten zunutze gemacht; im kritischen Augenblick distanzierten sie sich aber von ihnen. Dies trug zur Differenzierung im Lager der „Fortschrittler“ bei. Vom jungtschechischen Gängelband befreite sich zuerst eine Gruppe der Arbeiterfortschrittler, die im Frühling 1896 unter der Führung von Antonín Pravoslav Veselý und František Modráček die „Strana pokrokových

¹⁶⁰⁾ Das Wort *Omladina* bedeutet „junge Leute“, „Jungvolk“, „Jugendbewegung“. Zwischen 1866 und 1871 bestand in Neusatz (Ujvidék, Novi Sad) eine Organisation gleichen Namens, die nach außen hin nur literarische und bildungspolitische Ziele verfolgte, tatsächlich aber eine Umgestaltung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan anstrebte. Vgl. unten Kapitel X/D: VASILJ KRESTIC, Vereine, Parteien und Interessenvertretungen bei den Serben 1309 ff.

¹⁶¹⁾ Den Zusammenhang zwischen der fortschrittlichen Bewegung und dem Kampf um die Errichtung des tschechoslowakischen Staates betonte vor allem JOSEF SOUKUP, *Omladináři. Bojovníci a mučedníci za československou samostatnost* [Die Mitglieder der Jugendbewegung. Kämpfer und Märtyrer um die tschechoslowakische Selbständigkeit] (Praha 1930).

¹⁶²⁾ Dieser Prozeß ist deshalb in das allgemeine tschechische Bewußtsein als „Omladina“-Prozeß eingegangen. Bereits im darauffolgenden Jahr wurden die Inhaftierten dank einer Amnestie des neuen Ministerpräsidenten Badeni sukzessive wieder freigelassen. PERNES, *Spiklenci proti Jeho Veličenstvu* [Verschwörung gegen Seine Majestät] 286 f.

socialistů“ [Partei der fortschrittlichen Sozialisten] gründeten. In dieser kleinen Partei mischten sich Einflüsse des sogenannten unabhängigen Sozialismus, des theoretischen, gewaltlosen Anarchismus, Betonung der ethischen und kulturellen Probleme, Sympathie für die Sozialdemokratie, aber auch Ablehnung ihrer „nationalen“ Orientierung. Unter dem Einfluß der konkreten politischen Situation kam sie der Sozialdemokratie immer näher, bis sie 1897 mit ihr verschmolz. Auch dann bildeten ihre Protagonisten den Brennpunkt eines unabhängigen, mehr oder weniger revisionistischen Denkens¹⁶³).

Eine weitere, von den Gebrüdern Alois und Antonín Hajn geführte Gruppe wurde 1897 selbständig und konstituierte sich als „Česká strana radikálně pokroková“ [Tschechische radikal-fortschrittliche Partei]¹⁶⁴). Die Radikal-Fortschrittler bemühten sich, die Tradition der fortschrittlichen Bewegung aufrecht zu erhalten. Eine nicht geringe Unterstützung fanden sie daher auch in den Vereinen der Hochschulstudenten. Als Partei kleinbürgerlicher und minderbemittelter Intellektueller, Kleinunternehmer und teilweise auch national orientierter Arbeiter forderten sie außer der Erneuerung des tschechischen Staates in seinen historischen Grenzen volle demokratische Freiheiten, befürworteten die politische wie auch wirtschaftliche Gleichheit explizit auch der Frauen. In diesen Punkten waren sie mit der Sozialdemokratie einig, aber sie unterschieden sich von ihr in der Frage des Klassenkampfes. Programmatisch näherten sich ihre Standpunkte auch denen von Masaryks „Realisten“, zu denen ihre kleine linke Fraktion unter der Führung Alois Hajns überging. Trotz schwacher Parteistruktur erzielte die „Česká strana radikálně pokroková“ bei den Wahlen 1900 und 1901 unter den Gegebenheiten des Kurienwahlrechts einige Erfolge.

Jene innerhalb der Fortschrittsbewegung, die die „laue“ Haltung der Jungtschechen hinsichtlich der staatsrechtlichen Frage, aber auch deren Ansicht betreffend eine mögliche Kooperation mit den Sozialisten, ablehnten, formierten sich zur „Česká strana státoprávní“ [Tschechische staatsrechtliche Partei]. Ihnen schlossen sich auch einige Jungtschechen unter der Führung von Alois Rašín und seinen Gefährten an. Abgesehen von der radikalen Auffassung des böhmischen Staatsrechts (die Partei lehnte z. B. eine ohne Zustimmung des Volkes zustandgekommene Verfassung und den cisleithanischen Reichsrat ab, für verfassungsmäßig zulässig hielt sie nur die Landtage, außerdem verband sie die Lösung der böhmischen staatsrechtlichen Frage nicht automatisch mit der Existenz des Habsburgerreiches) zeichnete sich Rašíns Gruppe durch eine eindeutige Unterstützung der Unternehmerinteressen und einen entschiedenen Antisozialismus aus. Der

¹⁶³) ANTONÍN PRAVOSLAV VESELÝ, *Omladina a pokrokové hnutí* [Die Jugend- und die Fortschrittsbewegung] (Praha 1902) 431–441; KUČERA, *Pokrokáři* [Fortschrittler] 74 f.; ZBYNĚK PŘÍBORSKÝ, *Modráčková cesta k družstevnímu socialismu* [Modráčeks Weg zum genossenschaftlichen Sozialismus]; in: *Moderní dějiny* 4 (1996) 45–70.

¹⁶⁴) Ausführlich JAN GALANDAUER, *Politické dědictví Omladiny a pokrokového hnutí po roce 1897* [Die politische Erbschaft der Omladina-Jugendbewegung und der Fortschrittsbewegung nach dem Jahre 1897]; in: *Československý časopis historický* 12 (1964) 797–818.

extreme Nationalismus mündete in einigen Fällen in den Antisemitismus. Dies trug dazu bei, daß sich Rašín mit seinen nächsten Freunden Ende 1901 von den „Staatsrechtlern“ trennte und 1907 in die jungtschechische Partei zurückkehrte¹⁶⁵⁾.

Als Konsequenz verschiedener personeller Wechsel und wahltaktischer Überlegungen (mittlerweile waren die ersten Reichsratswahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht geschlagen worden) schlossen sich die ehemaligen „Fortschrittler“ aus beiden Kleinparteien im April 1908 zur „Česká strana státoprávně pokroková“ [Tschechische staatsrechtlich-fortschrittliche Partei] zusammen. Diese Partei wollte die soziale Frage durch die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit und mittels der allmählichen Beseitigung der Klassenunterschiede lösen. Eine außerordentliche Stellung im tschechischen politischen Spektrum gewann sie, indem sie die staatliche Selbständigkeit auf Grund des historischen Rechtes forderte. Auch wenn diese Forderung im Rahmen der Monarchie verwirklicht werden sollte, hätte das eine tiefgreifende Revision der Dezember-Verfassung bedeutet. Die Partei sah jedoch die tschechische Frage in internationalen Dimensionen¹⁶⁶⁾. Deshalb knüpfte sie Kontakte nach Frankreich, nach Großbritannien, Rußland und auf den Balkan, was sich während des Weltkrieges für sie günstig auswirken sollte. Immer stärker rechnete sie mit einem Kriegskonflikt als Voraussetzung der Erfüllung ihrer Vorstellungen über die tschechische Selbständigkeit¹⁶⁷⁾. Die Partei, die ihre Anhänger unter der Intelligenz und im Kleingewerbe hatte, konnte neben städtischen Zentren vor allem unter den Tschechen im gemischtnationalen Gebiet Fuß fassen und dort ihre Organisationsstruktur deutlich verbessern, so daß sie sich vor dem Ersten Weltkrieg auf dem Weg zur Massenpartei befand¹⁶⁸⁾.

Ein weiterer wesentlicher Anstoß für die Umformung des tschechischen Parteiensystems kam von Tomáš Garrigue Masaryk. Nach der Trennung von der jungtschechischen Partei (1893) suchte er sich noch ausführlicher über die Grundlagen seines Denkens klar zu werden, seine Ansichten brachte er in zwei grundlegenden Büchern – „Česká otázka“ [Die tschechische Frage] und „Naše nynější krize“ [Unsere derzeitige Krise] – der Öffentlichkeit näher. Die Politik stellte für ihn lediglich einen der Bestandteile des Gesellschaftslebens dar, das das Hauptgewicht auf seine sittliche und aufklärerische Weiterentwicklung legen müsse. In diesem Zusammenhang sprach er oft – wie damals üblich – über die „unpolitische Politik“. (Dabei zog ihn die Politik selbst ungewöhnlich an.) Eine gute Politik

¹⁶⁵⁾ KUČERA, Nezávislá pokrokářská skupina Rašínovy revue Slovo [Die Unabhängige Fortschrittler-Gruppe um Rašíns Revue Slovo]; DERS., Pokrokáři [Fortschrittler] 75–80.

¹⁶⁶⁾ Vgl. KOŘALKA, Tschechische Gesellschaft in internationalen Beziehungen 294–297.

¹⁶⁷⁾ JOSEF TOMEŠ, Česká strana státoprávně pokroková v letech 1908–1914 [Die Tschechische Staatsrechtlich-Fortschrittliche Partei in den Jahren 1908–1914]; in: K dějinám českých politických stran v druhé polovině 19. a začátkem 20. století [Zur Geschichte der tschechischen Parteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts] (=Acta Universitatis Carolinae – Philosophica et Historica 3, Praha 1984) 117–150.

¹⁶⁸⁾ LUFT, Parteien, Vereine und Verbände vor 1914 334.

mußte laut Masaryk langwährenden Tendenzen der nationalen Entwicklung entsprechen (im tschechischen Fall waren es die reformatorischen und humanistischen Traditionen), sie mußte in einem klaren, verpflichtenden Programm formuliert werden, von dem die politische Praxis nicht abweichen durfte. Der Widerspruch zwischen Wort und Tat, der in der tschechischen Politik so oft vorkam, war für Masaryk nicht akzeptabel. Damit hing auch die Forderung nach einer soliden Bildung der Politiker und der Öffentlichkeit zusammen¹⁶⁹).

Auch wenn Masaryk zum damaligen Zeitpunkt keine Partei hinter sich hatte und sich auch einige frühere Mitstreiter aus der Gruppe der „Realisten“ von ihm abgewandt hatten, stießen seine Gedanken in der Gesellschaft auf großes Echo. Seine Skepsis gegenüber den bisherigen Parteien und der konkreten Gestaltung des politischen Lebens wurde auch von einer Gruppe junger Schriftsteller und Politiker geteilt, die als „Tschechische Moderne“ bezeichnet werden. Das Manifest dieser Gruppe, das 1895 vor allem von Masaryks Freund, dem Dichter Josef Svatopluk Machar, verfaßt wurde und auf eine Erneuerung des politisch-ökonomischen, kulturellen und künstlerischen Lebens der tschechischen Gesellschaft abzielte, forderte für Künstler sowie Bürger die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Es verurteilte deswegen eine nicht originelle, thesenhafte Kunst genauso wie autoritative, bürokratisierte Parteien (seien sie „kirchlich oder militärisch“ organisiert), die nivellisierend und unterdrückend wirken¹⁷⁰).

Masaryk standen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit die Revue *Naše doba* [Unsere Zeit] und die Zeitung *Čas* [Zeit] zur Verfügung, die vom Redakteur Jan Herben geführt wurde und regelmäßige Beiträge von Josef Svatopluk Machar und anderen Intellektuellen brachte. Unterstützung fand er bei den Angehörigen der Assimilationsbewegung der tschechischen Juden, bei den evangelischen Kirchen, bei den zerstreuten Gruppen der Intelligenz auf dem Lande und natürlich auch unter den Studenten. Aus diesen Kreisen gingen Vorschläge zur Gründung einer Partei hervor. Masaryk zögerte lange, er dachte, daß seine Gedanken intensiver wirken würden, wenn er sie nicht als eine sich unmittelbar am politischen Kampf beteiligte Person vorbringen würde. Im Jahre 1899, als er wegen seiner Wortmeldungen in der Hilsner-Affäre¹⁷¹) öffentlicher Unterstützung bedurft hätte, änderte er seine Meinung.

¹⁶⁹) T. G. MASARYK, *Česká otázka. Snahy a tužby národního obrození* [Die tschechische Frage. Die Bestrebungen und Hoffnungen der nationalen Wiedergeburt] (Praha 1936, '1895), insbes. 128–131, 185–190, 196 ff., 218–223; DERS., *Naše nynější krize. Pád strany staročeské a počátkové směrů nových* [Unsere gegenwärtige Krise. Der Verfall der altschechischen Partei und die Anfänge neuer Strömungen] (Praha 1936, '1895), insbes. 247–269, 354–359, 411–420.

¹⁷⁰) *ČESKÁ MODERNA* [Tschechische Moderne]; in: *Rozhledy sociální, politické a literární* 5 (1895) 1–4.

¹⁷¹) Der junge Jude Leopold Hilsner aus der Kleinstadt Polná wurde 1899 unter dem Druck der fanatisierten öffentlichen Meinung zu Unrecht des Ritualmordes an dem christlichen Mädchen Anežka Hrzůvová beschuldigt und in einem unkorrekt geführten Prozeß verurteilt. Masaryk erhob seine Stimme zu dessen Verteidigung und gegen den Aberglauben über den Ritualmord. Diese

Die neue Partei konstituierte sich im Laufe des Jahres 1900 unter dem Namen „Česká strana lidová“ [Tschechische Volkspartei]; sie wurde allgemein als „Realistische Partei“ bezeichnet. Sie zeichnete sich weder durch eine hohe Mitgliederzahl noch durch einen großen Organisationsgrad aus, dafür aber durch die Teilnahme vieler hervorragender Persönlichkeiten. Das außergewöhnlich umfangreiche Programm bezog zu allen gravierenden Fragen Stellung. Das Programm lehnte die Vorstellung ab, sich alles vom Staatsrecht als Allheilmittel gegen alle politischen, sozialen und kulturellen Übel der Zeit zu erwarten und sah die Garantie für eine gedeihliche Entwicklung eher im Naturrecht. Mit der Sozialdemokratie, deren grundsätzliche Forderungen die „Česká strana lidová“ unterstützte, arbeitete sie ziemlich eng zusammen. Auch die Radikal-Fortschrittlichen, die „Česká strana radikálně pokroková“, standen ihr nahe; Ideen über eine mögliche Verschmelzung wurden jedoch nicht realisiert. Den „Realisten“ schloß sich 1905 nur eine kleinere Fraktion der „Radikal-Fortschrittlichen“ um Alois Hajn aus Ostböhmen und aus der Brünnener Region an. 1906 entstand auf diese Weise eine neue Gruppierung – die „Česká strana pokroková“ [Tschechische fortschrittliche Partei]; generell weiterhin als „Realisten“ bezeichnet. Der Beitritt von Hajns Fortschrittlern war für die Partei organisatorisch nützlich, der Austritt sogenannten Neorealisten um die Revue *Přehled* [Rundschau] 1906–1907 (meistens zu den Jungtschechen) vereinfachte im Gegenzug die innenparteiliche Meinungsvielfalt.

Im wesentlichen handelte es sich auch bei dieser Partei um eine rein städtische Organisation mit einer geringen Mitgliederzahl, nur in einigen Landbezirken kam es anlässlich von Wahlen zu einer organisatorischen Verfestigung; die Zeitung *Čas* galt weiterhin als offizielles Sprachrohr. Bei den Reichsratswahlen 1907 gewann die Partei mit Hilfe der Sozialdemokratie zwei Mandate. Später kühlte das Verhältnis zur Sozialdemokratie einigermaßen ab, statt dessen fand die Partei nach den Reichsratswahlen 1911 Verbündete in der „Česká strana státoprávně pokroková“ (der Staatsrechtlich-Fortschrittlichen Partei), in Stránskýs mährischer „Lidová strana pokroková“ [Fortschrittliche Volkspartei] und sogar unter den National-Sozialen. In den Programmen, die sich die Partei in den Jahren 1908 und 1912 gab, wurde die strikt negative Einstellung gegenüber dem historischen Staatsrecht etwas abgemildert, man legte aber weiterhin größten Wert auf die Unerlässlichkeit einer gründlichen Reformierung Österreichs¹⁷²).

Affäre war für Mitteleuropa ähnlich schwerwiegend wie die Dreyfus-Affäre für die ganze Welt. Dank seines Engagements in dieser Affäre wurde Masaryk auch jenseits der Grenzen der Monarchie bekannt. Vgl. BOHUMIL ČERNÝ, *Vražda v Polné* [Mord in Polná]; in: *Hilsneriáda. K 100. výročí 1899–1999* [Hilsneriade. Zum 100. Jahrestag 1899–1999] (Polná 1999) 15–123; Jiří KOVŮN, *Tajuplná vražda. Případ Leopolda Hilsnera* [Der geheimnisvolle Mord. Der Fall Leopold Hilsner] (Praha 1994).

¹⁷² MARTIN KUČERA, *Realisté* [Die Realisten]; in: PAVEL MAREK U. A. (Hgg.), *Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998* [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 63–70; ZORA DVOŘÁKOVÁ, *Než se stal prezidentem. T. G. Masaryk a realisté 1882–1918* [Bevor er Präsident wurde. T. G. Masaryk und die Realisten 1882–1918] (Praha 1997).

Galt das Hauptinteresse der meisten tschechischen Politiker dem Lande Böhmen oder den Ländern der böhmischen Krone, fanden sich die deutschen Politiker aus Böhmen in einer etwas anderen Situation. Selbstverständlich beteiligten sie sich am öffentlichen Leben des Landes, gleichzeitig bildeten sie ein schwerwiegendes Element bei der Formierung verschiedener Parteigruppierungen im Rahmen der ganzen Monarchie, seit 1867 Cisleithaniens¹⁷³⁾. Einzelne gehörten darüber hinaus zu den führenden Persönlichkeiten der österreichischen politischen Bühne selbst – z. B. Eduard Herbst oder Ignaz und Ernst von Plener. Die deutsche Politik in Böhmen begann selbstbewußter als die tschechische. Trotz der Andeutungen konservativer Haltungen, die Andreas von Haase in Prag verkörperte, war sie im Grunde von einer einheitlichen liberalen Strömung getragen, selbstverständlich mit verschiedenen individuellen Schattierungen. Im Laufe der sechziger Jahre bemühte sich die Parteiführung, die unterschiedlichen Meinungen aufeinander abzustimmen; Eintracht sei unsere größte Tugend, wiederholte Franz Schmeykal, der unter den deutschböhmischen Landtagsabgeordneten die einflußreichste Stellung errang. Eine bedeutende Plattform für diesen Prozeß der Angleichung war das „Deutsche Casino“. Genauso wie ihr tschechisches Pendant hatte auch die deutsche „Verfassungspartei“ den Charakter einer typischen Honoratiorenpartei. Ihr Hauptziel war die Erhaltung der Einheit der Monarchie, der liberalen Freiheiten und der österreichischen Verfassung gegen die aristokratische und klerikale Reaktion. Für die tschechischen Pläne hatte sie kein Verständnis, sie verurteilte sie nicht nur vom nationalen Standpunkt aus, sondern auch vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschrittes¹⁷⁴⁾. Die Grundlosung, die Schmeykal prägte, war: „Deutsch und freisinnig“¹⁷⁵⁾.

Die deutschböhmischen Liberalen kehrten das nationale Gepräge ihrer Politik bewußt nicht hervor, denn sie wußten, daß sie dadurch das Nationalgefühl weiterer Nationalitäten erweckt hätten; sie waren überzeugt, daß die außerordentliche Stellung der Deutschen Österreichs von Natur aus, gewissermaßen automatisch, gegeben ist¹⁷⁶⁾. Trotzdem war die politische Zuordnung von Anfang an von der nationalen Zugehörigkeit abhängig. Die Lage hat sich beim Antritt des Hohenwart-Kabinetts und bei den Verhandlungen über die Fundamentalartikel natürlich verschärft. Zum bedeutenden Sprecher der deutschböhmischen Politik wurde in dieser Zeit der „Verfassungsverein der Deutschen in Böhmen“, der 1869

¹⁷³⁾ GERTRUDE HAUBNER, Der Einfluß der Deutsch-Böhmen auf die liberale Partei in Österreich 1880–1890, phil Diss. (Wien 1966).

¹⁷⁴⁾ Bei einem Vortrag erklärte z. B. Julius Lippert: „Von einem Ausgleich mit den Tschechen kann nie und nimmer die Rede sein! Nicht das Deutschtum verbietet uns das, sondern die Achtung von der Menschenwürde. Zwischen mittelalterlichem Ständewesen und unserem Constitutionalismus darf um alles kein weiterer Vergleich geschlossen werden.“ [JULIUS LIPPERT], Ueber den sogenannten Ausgleich mit den Tschechen. Nach einem Vortrage von Director Julius Lippert; in: *Vereins-Blatt, Beilage zur Deutschen Volkszeitung* vom 23. September 1870, 1.

¹⁷⁵⁾ ALFRED KLAAR, Franz Schmeykal. Eine Gedenkschrift (Prag 1894) 8 f.

¹⁷⁶⁾ JAN KŘEN, Konfliktní společenství. Češi a Němci 1780–1918 [Eine Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918] (Praha 1990) 149 ff.

zur Verteidigung der liberalen Schulgesetzgebung, zur Verbreitung der Kenntnisse über den modernen Staat, zur Stärkung des deutschnationalen Bewußtseins und des politischen Lebens gegründet worden war. Neben den Nachrichten über die reiche Tätigkeit dieser an das „Deutsche Casino“ angeschlossenen Vereinigung erschienen in der Presse auch Aufforderungen zur Gründung weiterer Vereine, die die „Erweckung und Kräftigung des deutschnationalen Bewußtseins, die Wahrung und Förderung der deutschen Nationalität“ zum Zweck hatten. Erst an zweiter Stelle nannte man die „entschiedene Durchführung und freisinnige Weiterentwicklung der in den Staatsgrundgesetzen vom 21. Dezember 1867 enthaltenen Prinzipien, Aufklärung des Volkes über staatsbürgerliche Rechte und Pflichten“, die Erweckung und Hebung des volkswirtschaftlichen Geistes, sowie die Förderung der allgemeinen Bildung¹⁷⁷⁾.

Hinter diesen Aufforderungen stand eine neue Gruppe, eine neue Politiker- generation, die „Jungen“, die sich vom Kern der „Verfassungspartei“ durch eine ausgeprägtere nationale Orientierung sowie durch die Kritik an der gängigen politischen und Unternehmermoral und ein Eintreten für die Interessen des „kleinen Mannes“ unterschieden. In Böhmen vertraten diese Richtung der Rechtsanwalt Alfred Knoll aus Karlsbad und namentlich der Redakteur und Schriftsteller Karl Pickert aus Leitmeritz (Litoměřice)¹⁷⁸⁾. Nachdem die durch das Hohenwart-Kabinettt hervorgerufene Aufregung schwächer geworden war, verlor diese Orientierung an Anziehungskraft. Auf dem Parteitag der „Verfassungspartei“ in Böhmen am 16. Mai 1873 in Teplitz wies Herbst den Vorstoß dieser Gruppe zurück. In den bald darauf stattfindenden ersten direkten Wahlen in den Reichsrat fielen Knoll und Pickert durch. Die allermeisten deutschböhmischen Abgeordneten standen hinter Herbst¹⁷⁹⁾. Nur sechs Abgeordnete entschieden sich, in den national sowie politisch radikalisierten „Fortschrittsklub“ einzutreten. Sechs Jahre später, 1879, zählte der „Klub der Vereinigten Fortschrittspartei“ allerdings bereits 14 Abgeordnete aus Böhmen.

Die Liberalen alter Prägung gerieten nämlich seit den siebziger Jahren in Schwierigkeiten. Als Beispiel sei Carl Wolfrum genannt, ein Industrieller und Liberaler aus Aussig, der bei den Landtagswahlen des Jahres 1872 auf einen Gegenkandidaten aus den Reihen der „Jungen“ traf, auf den Aussiger Kleinhändler Frenzel, aber Wolfrum setzte sich seinem Konkurrenten gegenüber eindrucksvoll durch. Sechs Jahre später unterlag der Altliberale Wolfrum bei den Landtagswahlen 1878 einem anderen, ähnlich orientierten Gegner, Dipl.-Ing. Adolf Siegmund

¹⁷⁷⁾ AVA, MdI, Präs. 15, Karton 522, Zl. 5288/MI/1868, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern, Statuten des „Deutsch-politischen Vereins in Leitmeritz“. Ähnlich formulierte Musterstatuten wurden mehrfach in der Presse abgedruckt, vgl.: Statuten des deutsch-politischen und Fortbildungs-Vereins in...; in: *Vereins-Blatt, Beilage zur Deutschen Volkszeitung* vom 29. April 1870, 1.

¹⁷⁸⁾ JULIUS GIERSEK, Dr. Karl Pickert. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Böhmen (Leitmeritz 1913) 11–14.

¹⁷⁹⁾ Einer der Gründe war sicher die Tatsache, daß der „Fortschrittsklub“ eine Wahlreform vorschlug, die ihre Stellung hätte abschwächen können. Dessen waren sich die deutschen Abgeordneten bewußt; HARRINGTON-MÜLLER, Fortschrittsklub 14–30.

aus Teplitz¹⁸⁰). Großen Anteil an der nationalpolitischen Bewußtseinsbildung der nordböhmisches deutschen Bevölkerung hatte Pickert, der gemeinsam mit dem Teplitzer Redakteur Graf die nationale Agitation unter der deutschböhmisches Bevölkerung organisierte und lokale „Nationalvereine deutscher Bürger und Bauern“ bzw. „Deutsche Nationalvereine für Stadt und Land“ sowie übergreifende Bezirksausschüsse in Komotau (Chomutov), Aussig, Eger und anderen Städten einrichtete. Diese organisatorischen Schritte wurden auch von dem Bauernführer Franz Křepel unterstützt. Zusammen mit Pickert bezeichnete er sich als Vertreter der deutschnationalen Partei¹⁸¹). Überhaupt waren die Deutschnationalen bestrebt, ihr Gedankengut auch breiteren Bevölkerungsschichten nahe zu bringen: auf zahlreichen Vereinsversammlungen wurden neben nationalpolitischen Themen auch immer häufiger solche sozial- und wirtschaftspolitischen Inhalts besprochen; nicht ohne Erfolg bemühten sich die Deutschnationalen anfänglich, sich selbst ein schärferes sozialpolitisches Profil zu geben und sich auch so von der bürgerlichen Integrationspartei der Altliberalen zu unterscheiden.

Diese nunmehr vermehrt zu beobachtenden Vereinsaktivitäten – im Februar 1881 wurde seitens der Behörden berichtet, daß der seit 1869 existierende und unter der Leitung von Franz Schmeykal stehende Prager „Verfassungsverein der Deutschen in Böhmen“ seine seit neun Jahren sistierte Tätigkeit wieder aufgenommen habe¹⁸²) – sind auch als Folge jener grundsätzlichen Veränderung der Situation zu sehen, die mit dem Antritt der Regierung Taaffe und ihren ersten Schritten verbunden war. Die deutschböhmisches Bevölkerung verstand diese Schritte als Angriff gegen das deutsche Volk und als eine einseitige Bevorzugung der tschechischen Interessen. Es waren vor allem die Stremayr'schen Sprachenverordnungen¹⁸³), die das tschechisch-deutsche Verhältnis belasteten. Unter den zahlreichen Protesten der deutschen Städte und Gemeinden befand sich auch ein Memorandum der Gemeinde Atschau (Úhošťany), in dem die Abgeordneten aufgefordert wurden, alle Mittel zum Schutz der deutschen Bevölkerung Böhmens einzusetzen und nicht einmal vor der Teilung Böhmens und vor der Bildung

¹⁸⁰) CARL, OTTO, WILHELM, LUDWIG WOLFRUM (Hgg.), *Erinnerungen an Carl Wolfrum*. Eigene Aufzeichnungen, Briefe, Reden und Zeitungsartikel, 2 Bde. (Aussig 1893), hier I 441, 460; FRANZ JOSEF UMLAUFT, *Geschichte der deutschen Stadt Aussig*. Eine zusammenfassende Darstellung von der Stadtgründung bis zur Vertreibung der Deutschen (Bayreuth 1960) 353; MARIE LIŠKOVÁ, *Slovník představitelů zemské samosprávy v Čechách v letech 1861–1913* [Handbuch der Vertreter der Landesselbstverwaltung in Böhmen in den Jahren 1861–1913] (Praha 1994) 285 f., 360.

¹⁸¹) JAROSLAV BAKALA, *Průmyslová oblast severozápadních Čech a národnostní zápas v letech 1848–1896* [Das Industriegebiet Nordwestböhmen und der nationale Kampf in den Jahren 1848–1896]; in: *Slezský sborník* 76 (1976) 267–271; GIERŠCHIK, Pickert 24–35.

¹⁸²) AVA, MdI, Präs. 15, Karton 527, Zl. 966/MI/1881, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 16. Februar 1881.

¹⁸³) Die Verordnungen, die Minister Carl Stremayr für Böhmen (und getrennt, aber wortgleich für Mähren) herausgab, stellte das Tschechische mit dem Deutschen im Bereich der sogenannten „äußeren Amtssprache“ (dem Parteienverkehr der Behörden der politischen Verwaltung und den Gerichten) gleich, GERALD STOURZH, *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918* (Wien 1985) 125 f.

einer eigenen Provinz „Deutschböhmen“ zurückzuschrecken. Dieser Vorschlag wurde später zu einer der Schlüsselforderungen der deutschen Politik in Böhmen¹⁸⁴).

Auf einer Tagung der Anhänger der „Verfassungspartei“ am 14. November 1880 in Wien gelang es dem energischen, angriffslustigen Auftreten Schmeykals, die Einheit der Partei grundsätzlich aufrecht zu erhalten; daran konnte ein Jahr später die Bildung des reichsrätlichen Klubs der „Vereinigten Linken“ anknüpfen, in den mit Ausnahme von Georg Ritter von Schönerer und Heinrich Fürnkranz alle Erben der alten „Verfassungspartei“ eintraten¹⁸⁵). Die national prononcierten Abgeordneten konnten nur deswegen in der Partei verbleiben, weil die Partei als Ganzes ihnen entgegenkam. Dennoch ließ sich das Auftreten neuer Kräfte nicht hintanhalten.

1885 siegte bei den Wahlen in den Reichsrat in Reichenberg der Kaufmann (und Sohn eines Tischlers) Heinrich Prade, ein Vertreter des „Deutschnationalen Vereins“, gegen den liberalen Kandidaten Gustav Jantsch – aus einer der Reichenberger Industriellendynastien abstammend –, der von den Reichenberger Stadtvätern vorgeschlagen und durch das Prager Zentrum unterstützt wurde. Schon in den Jahren zuvor hatte der „Deutschnationale Verein“, dem damals rund 400 Mitglieder angehörten, durch mehrere national- und sozialpolitische Aktionen (z.B. eine „Lehrlingsinitiative“) von sich reden gemacht¹⁸⁶). In den bald nach den Reichsratswahlen stattfindenden Ergänzungswahlen in den Stadtrat setzten sich wieder die Mitglieder des „Deutschnationalen Vereins“ (Prade und der Vereinsvorsitzende Karl Schücker) durch. Prade besiegte den liberalen Kandidaten auch in den Landtagswahlen desselben Jahres; infolge eines taktischen Fehlers ihrer Gegner im Stadtrat konnten die durch die Turner und weitere Vereine unterstützten Anhänger des „Deutschnationalen Vereins“ sogar die Führung dieser größten deutschen Stadt in Böhmen übernehmen und mit Karl Schücker den Bürgermeister stellen. Prade siegte nicht nur dank seinen härteren nationalen Haltungen, sondern auch aus sozialen Gründen: zum Unterschied vom den Rathausliberalen, die mit Großunternehmen und intellektuellen Gruppen verknüpft waren, sprach er im Namen des an Gewicht zunehmenden Kleinbürgertums¹⁸⁷). Noch markanter war bei den Reichsratswahlen 1885 der Sieg Pickerts gegen

¹⁸⁴) TOBOLKA, Politické dějiny [Politische Geschichte] III/1 121.

¹⁸⁵) KLAAR, Schmeykal 45, 100–110; RICHARD CHARMATZ, Deutsch-österreichische Politik. Studien über den Liberalismus und über die auswärtige Politik Österreichs (Leipzig 1907) 174.

¹⁸⁶) AVA, MdI, Präs. 15, Karton 528, Zl. 634/MI/1883, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 30. Jänner 1883; Ebd. Zl. 1309/MI/1883, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern 8. März 1883; Ebd. Zl. 1873/MI/1883, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 7. April 1883.

¹⁸⁷) MILOSLAVA MELANOVÁ, Zápas o libereckou radnici v roce 1885. Formování německého národného hnutí v Čechách [Der Kampf um das Reichenberger Rathaus im Jahre 1885. Die Formierung der deutschen nationalen Bewegung in Böhmen]; in: Documenta pragensia 14 (1997) 171–181; GIERSECHIK, Pickert 22 ff.; LOTHAR HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutsch-freiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien – München 1993) 91 ff.

„König Eduard“ Herbst im Landgemeindewahlkreis Tetschen (Děčín); ein Sieg der „Nationalliberalen“, wie die Anhänger dieser Richtung bald genannt wurden, über die „Altliberalen“. Noch waren die Niederlagen an der Wahlurne aber nicht gleichbedeutend mit dem Ende der politischen Karriere: so wie seinerzeit Wolfram über ein Mandat der Handelskammern in den böhmischen Landtag gelangt war, wurde nun Herbst gleich von zwei Wahlkreisen in den Reichsrat entsandt: von der Handelskammer Reichenberg und von der Stadt Wien (deren Mandat er schließlich annahm). Sowohl in Reichenberg wie in Tetschen hatte sich übrigens Schmeykal für die Unterstützung der liberalen Kandidaten eingesetzt, doch akzeptierte er die Entscheidung der Wähler. Die Prager Parteiführung bemühte sich um die Beibehaltung guter Beziehungen auch zu denen, die ihre Anhänger und Freunde ablösten.

Solche Besonnenheit war in Bezug auf das Bedürfnis eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Tschechen begreiflich. Die Forderung der Bildung eines geschlossenen deutschen Territoriums in Böhmen wurde immer populärer. Vereine um Vereine verabschiedeten entsprechende Resolutionen, z. B. forderte der „Brüxer Nationalverein deutscher Bauern und Bürger“ im Herbst 1883 die Landtagsabgeordneten auf, einen Antrag auf administrative Zweiteilung Böhmens einzubringen. Sprachen damals die Vertreter der Staatsmacht auch „der Versammlung bzw. den bei derselben gefaßten Resolutionen jede höhere Bedeutung ab“¹⁸⁸), sollte sich dies bald ändern. Im Landtag traten Eduard Herbst (1884) und Ernst Plener (1885) für diese Forderung ein. Als im Dezember 1886 Plener die Angelegenheit erneut thematisierte, die tschechischen Politiker über diesen Punkt aber keine Diskussion abführen wollten und zur Tagesordnung übergingen (bestimmte Andeutungen der Bereitschaft gab es trotzdem), entschlossen sich die deutschen Abgeordneten, den böhmischen Landtag zu verlassen¹⁸⁹).

Der gemeinsame Exodus hat die beiden großen Lager der deutschböhmischen Politik, die sich im Reichsrat 1885 in Form zweier parlamentarischer Klubs konstituiert hatten, einander auch auf gesamtstaatlicher Ebene wieder nähergebracht: den „Deutschen Klub“ und den „Deutsch-österreichischen Club“, wobei sich im „Deutschen Klub“ zwei Drittel aller deutschböhmischen Abgeordneten befanden. 1888 kam es mit tätiger Mithilfe des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“ und unter Ernst Pleners Schirmherrschaft zur Vereinigung der beiden Klubs in die „Vereinigte Deutsche Linke“. In diese traten zu Pleners großer Befriedigung fast alle deutschen Abgeordneten aus Böhmen ein. Außerhalb der „Vereinigten Deutschen Linken“ blieben die um den Kärntner Otto Steinwender in der „Deutschnationalen Vereinigung“ zusammengeschlossenen Abgeordneten (in Böhmen

¹⁸⁸) AVA, MdI, Präs. 15, Karton 528, Zl. 5587/MI/1883, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 20. Oktober 1883.

¹⁸⁹) TOBOLKA, Politické dějiny [Politische Geschichte] III/1 135 ff.; URBAN, Tschechische Gesellschaft I 525; PHILIPP KNOLL, Der Austritt der deutschen Abgeordneten aus dem böhmischen Landtage, *Münchener allgemeine Zeitung* vom 27. Dezember 1886 und: Der Austritt der deutschen Abgeordneten aus dem böhmischen Landtage. Rede im deutschen Verein in Prag am 3. Januar 1887, beide Artikel auch in: DERS., Beiträge zur heimischen Zeitgeschichte (Prag 1900) 412–418, 419–435.

z. B. Heinrich Prade und Ernst Bareuther) und natürlich die Schönerer-Leute, die ihre Erfolge in zunehmendem Maße in Nordwestböhmen erzielten, wo der „Deutsche Volksverein für Nordwestböhmen“ die Basis ihre Organisierungstätigkeit darstellte¹⁹⁰).

Unterhalb der parlamentarischen Ebene war die (auch dort nur prekäre) Eignigkeit jedenfalls weit geringer. Die Vereine bildeten beim Fehlen einer ausgefeilten Parteiorganisation das eigentliche Substrat der Parlamentsfraktionen; es war usus, daß die Abgeordneten in den Vereinsversammlungen Rechenschaftsberichte über ihre parlamentarische Tätigkeit abgaben und zuweilen auch zur Verantwortung gezogen wurden. Die Vereine entwickelten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre rege Aktivitäten, wobei es nicht selten zu Rivalitäten kam, aber am Verhalten einzelner Vereine auch das Umschwenken zu anderen Positionen sichtbar wird. Der schon erwähnte „Deutschnationale Verein“ in Reichenberg vermerkte 1886 voll Stolz, daß der Verein sich eines stetigen Aufschwungs erfreue (die Mitgliederzahl war auf fast 1800 angestiegen!) und daß er „den Centralpunkt des politischen und nationalen Lebens in Reichenberg“ bilde. Der „Deutsche Verein in Prag“ unter Schmeykal verfügte zwar nur über eine weit geringere Zahl an Mitgliedern (rund 500), dafür war er weitaus finanzkräftiger, weshalb sich dieser liberale Zentralverein auch eine aufwendige Publikationstätigkeit leisten konnte. Bei einer Versammlung des „Deutsch-politischen Vereins in Eger“ wurde ebenfalls 1886 eine Statutenänderung diskutiert, derzufolge im Falle einer Auflösung das Vereinsvermögen dem – von Schönerer ins Leben gerufenen – „Schulverein für Deutsche“ und nicht, wie bisher vorgesehen war, dem „Deutschen Schulverein“ anheimfallen sollte, da ersterer „den Tendenzen des Deutsch-politischen Vereins in Eger mehr entspreche als der Deutsche Schulverein“, was ein klarer Hinweis auf die antisemitische Ausrichtung des Egerer Vereins ist. Der vorangegangene Versuch, Juden vom Verein auszuschließen, ist übrigens vom politischen Behördenvertreter verhindert worden¹⁹¹).

Die deutschen Liberalen – Franz Schmeykal, Ernst von Plener, Ludwig Schlesinger – beteiligten sich im Jahr 1890 an den Verhandlungen mit den Alttschechen in Wien. Die bei diesen Ausgleichsverhandlungen vereinbarten Ergebnisse hielt die deutsche Öffentlichkeit für sehr günstig, was die Stellung der Liberalen gestärkt hat. Als jedoch wegen des jungtschechischen Widerstandes die Umsetzung dieser Ergebnisse auf sich warten ließ, verlor die „Vereinigte Deutsche Linke“ viel von ihrem Ansehen. Plener selbst war kein Typ eines populären Politikers – und die ganze Partei, der es nach langer Zeit gelungen war, durch ihre Beteiligung an der Regierung Windisch-Graetz (1893–95) die Bänke der Opposition

¹⁹⁰) HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 30–40, 49 ff.; BAKALA, Průmyslová oblast severozápadních Čech a národnostní zápas [Nordwestböhmen und der nationale Kampf] 271, 281.

¹⁹¹) AVA, MdI, Präs. 15, Karton 529, Zl. 1613/MI/1886, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 27. März 1886 (Reichenberg); Ebd., Zl. 1614/MI/1886, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 29. März 1886 (Prag); Ebd., Zl. 892/MI/1886, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 14. Februar 1886; Ebd., Zl. 2974/MI/1886, Statthalterei Prag an Ministerium des Innern vom 25. Juni 1886 (Eger).

zu verlassen, konnte dem starken Kern ihrer Wähler in Nordböhmen nicht sorgfältig genug zuhören. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1895 mußten sie vor allem in den Industriestädten stärkere Einbußen in Kauf nehmen.

In Erwartung großer, mit dem Wirken des Kabinetts Badeni verbundener Veränderungen trennte sich ein bedeutender Teil der deutschen Politiker aus Böhmen von der nach dem Ende der Koalitionsregierung Windisch-Graetz zerfallenden „Vereinigten Deutschen Linken“ los. Ähnlich wie die Deutschnationalen strebten sie ein energischeres Vorgehen in nationalen Angelegenheiten an und betonten die Notwendigkeit bestimmter sozialer Korrekturen – sie lehnten aber den Antisemitismus ab. 1896 organisierten sie sich auf einer im Prager „Deutschen Casino“ abgehaltenen Versammlung als „Deutsche Fortschrittspartei“¹⁹²). Sie knüpften an die Tradition der deutschböhmischen Liberalen an und waren auch für die jüdischen Mitbürger anziehend (dennoch schlossen sich nach den Wahlen von 1897 und dem Erlaß der Badenischen Sprachenverordnungen mehrere – jüdische – Abgeordnete nicht dem Fortschrittsklub sondern der „Freien Deutschen Vereinigung“ an); die Vertretung unternehmerischer Interessen verbanden sie mit Forderungen nach Sozialreformen (Verbilligung des Kredits, staatliche Förderung der Gewerbe, Veränderung der Regeln für staatliche Lieferungen, Versicherung der Arbeiterschaft). Sie fanden eine unschätzbare Stütze in den Repräsentanten der nordböhmischen Städte; zu den Gründern gehörten z. B. Adolf Heinrich Posselt, Bürgermeister von Gablonz, oder Franz Ohnsorg, Bürgermeister von Aussig, aber auch Josef Taschek, Bürgermeister von Budweis. Auch in der Intelligenz war die Partei stark verankert. Zu den Hauptvertretern der deutschböhmischen Intellektuellen in Böhmen gehörte der Historiker Ludwig Schlesinger, der in gewisser Weise die Nachfolge des 1894 verstorbenen Schmeykal antrat. Es war beabsichtigt, daß diese Partei in allen Ländern der Monarchie tätig sein würde, aber schließlich fand sie ein wirkliches Echo nur in Böhmen (und in Mähren). 1897 kamen von den insgesamt 35 Abgeordneten 23 aus Böhmen, doch konnte die „Deutsche Fortschrittspartei“ in den deutschen Städtewahlkreisen nur noch 37 Prozent der Stimmen erringen. Bei den Reichsratswahlen 1901 erlitt sie in Böhmen eine empfindliche Schlappe, nur mehr ein Viertel der Abgeordneten stammte aus dem Königreich, während ebenso viele aus Mähren kamen. Unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts konnten die Fortschrittlichen 1907 (nunmehr unter der Bezeichnung „Deutschfortschrittliche Vereinigung“) nur mehr 15 Mandate erringen, aber auch von diesen wurde die überwiegende Mehrzahl in böhmischen bzw. mährischen Wahlkreisen gewonnen. Im böhmischen Landtag hingegen konnten die Fortschrittlichen längere Zeit hindurch ihre Stellung als stärkste deutsche Kraft behaupten¹⁹³).

In den neunziger Jahren war auch die „Deutschnationale Vereinigung“, die in „Deutsche Volkspartei“ umbenannt wurde, strukturellen Veränderungen unterworfen. Sie orientierte sich am Linzer Programm von 1882 mit seinen einer-

¹⁹²) HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 170–175, 187–190; HARRINGTON-MÜLLER, Fortschrittsklub 41–47.

¹⁹³) EBD. 52 ff., 171, HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 187, 195.

seits auf die Bedürfnisse des Mittelstandes zugeschnittenen sozial-reformatorischen, andererseits „streng nationalen“ Inhalten. Als erste große Partei (von den Schönerianern abgesehen) bekannte sie sich ausdrücklich zum Antisemitismus, das trennte sie auch am deutlichsten von der „Deutschen Fortschrittspartei“. Ihr Kern befand sich in den Alpenländern – nicht ohne Grund wurde sie als „unterschwellige Protestbewegung gegen die Dominanz der Sudetenländer im freiheitlichen Lager“ charakterisiert –, doch auch in Böhmen hatte sie eine starke Vertretung in den Personen Bareuthers, Prades, Schückers oder Kindermanns; Bareuther gehörte lange Zeit der Parteiführung an. In Böhmen konnte sich diese Partei auf den „Bund der Deutschen in Böhmen“ stützen. Allerdings erwuchs ihr in den Alldutschen bzw. der „Deutschradikalen Partei“ ein übermächtiger Gegner. Obwohl sie auf Reichsebene 1907 eine Halbierung ihrer Sitze hinnehmen mußte und als „Generäle ohne Armee“ sich schließlich mit der „Deutschen Agrarpartei“ – einer Partei, die ihren Schwerpunkt in den böhmischen Ländern hatte – zum „Deutschnationalen Verband“ zusammenschloß, blieb in Böhmen die fraktionelle Selbständigkeit erhalten. Hier erfolgte die im Sinne der „bürgerlichen Sammlungspolitik“ gegenüber der Sozialdemokratie betriebene Zusammenarbeit auf anderen Wegen: durch den „Deutschen Volksrat für Böhmen“ und ähnliche Organisationen¹⁹⁴⁾.

Die dritte Partei, die zum Unterschied von den vorherigen einen ununterbrochenen Aufschwung erlebte, waren Schönerers Alldutsche bzw. die Deutschradikalen. Diese antisemitische und antilibérale Partei profitierte von der Badeni-Krise außerordentlich gut, so daß sie in Nordböhmen eine äußerst gewichtige Position erlangten. Ihre Expansivkraft wird unter anderem auch durch die Tatsache belegt, daß sie die von Vertretern der „Fortschritts-“ und der „Volkspartei“ geforderte Abgrenzung des deutschen Territoriums in Böhmen ablehnten. Sie behaupteten, dies sei eine defensive, feige Haltung; statt dessen müsse man die Tschechen ständig angreifen. Der Zwiespalt in dieser Partei zwischen den Anhängern Georg Schönerers und Karl Hermann Wolfs, der teils durch persönliche Gründe, teils durch die untragbare Schönerer-Propaganda zur „Los-von-Rom-Bewegung“ verursacht wurde, schwächte das Gesamtpotential dieser Bewegung nicht. Anfänglich stellte sich nur eine Minderheit der Abgeordneten auf die Seite Wolfs, nach und nach konnte aber dieser tüchtige Journalist, Redner und Organisator, ein ehemaliger Burschenschafter, den überwiegenden Teil der Abgeordneten und – was à la longue noch wichtiger war – der Sympathisanten für sich gewinnen. Seine „Freialldutschen“, seit 1907 „Deutschradikale Partei“, entwickelten sich (neben den Deutschen Agrariern) zur stärksten deutschen Partei in Böhmen. Daran hatte sicher die Tatsache wesentlichen Anteil, daß die Partei in einigen Angelegenheiten Schönerers dogmatische Züge (z. B. seine antihabsburgische Voreingenommenheit) los wurde und auch ihren Antisemitismus ein wenig mäßigte. Sie konnte auch mit anderen Parteien zusammenarbeiten,

¹⁹⁴⁾ GAWRECKI, Německé obranné spolky [Deutsche Schutzvereine] 65–79; HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 30–39, 130 f., 256 f., 261, 294; SCHMIED, Titta und der Deutsche Volksrat.

sie schaltete sich beispielsweise in die Tätigkeit des „Deutschen Volksrats“ ein, was die Alldutschen früher abgelehnt hatten. Ein taktisch klügeres Vorgehen legten auch Wolfs Mitarbeiter an den Tag, unter denen Rafael Pacher hervorragte¹⁹⁵).

Der Vollständigkeit halber soll auch eine weitere, wenngleich ephemere, Gruppierung innerhalb der deutschbürgerlichen Parteien genannt sein, die „Deutsche Wirtschaftspartei“, die im Jahre 1884 mit dem Ziel entstand, die Positionen der deutschen Liberalen zu schwächen und die Wählerschaft für die Regierung Taaffe zu gewinnen. In den Wahlen im Jahre 1885 hatte diese von Ernst Schneider geführte Partei (deshalb abschätzig auch Schneider-Partei oder Schneider-gesellen genannt) jedoch geringen Erfolg, nur einem einzigen Kandidaten gelang der Sprung ins Wiener Abgeordnetenhaus¹⁹⁶). Der Gedanke einer die Interessen der kleinen Gewerbetreibenden verfolgenden Partei traf allerdings gerade in Nordwestböhmen, im stark kleingewerblich strukturierten Handelskammerbezirk Eger, auf fruchtbaren Boden: dort fungierte in den Neunzigerjahren Adolf Mandlik als Präsident einer „Gewerbepartei“, die sich allerdings mehr als Lobby denn als eigenständige Partei verstand. Erst 1896 kam es zur formalen Gründung der „Deutsch-österreichischen Gewerbepartei“, die sehr bald aus ihren Sympathien für die Deutschnationalen bzw. die Alldutschen kein Hehl machte. Mit überregionalem Anspruch angetreten, fand die Partei nichtsdestoweniger nur in Nordwestböhmen auf längere Zeit einigen Rückhalt, ehe sie vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts endgültig von der Bildfläche verschwand¹⁹⁷).

b) Die Agrarier

Sowohl die Alt- wie die Jungtschechen gaben vor, die ganze Nation zu vertreten, in Wirklichkeit aber brachten sie vor allem die Ansichten der städtischen Schichten zum Ausdruck. Die Bedürfnisse der Landbevölkerung blieben ihnen fremd. Die durch die langwierige Krise betroffenen Bauern waren sich dieser Tatsache bewußt und kritisierten sie bei verschiedenen Anlässen – während der siebziger und achtziger Jahre erschienen ab und zu in den Reihen der Bauernschaft Vorschläge für die Gründung einer eigenen Partei¹⁹⁸). Mitte der achtziger

¹⁹⁵) HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 150 f., 187–198; HARALD BACHMANN, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern; in: *Bohemia* 5 (1964) 447–458; MICHAL NAVRÁTIL, *Nový český sněm (1901–1907). S životopisy a podobiznami* [Neuer böhmischer Landtag (1901–1907). Mit Lebensläufen und Abbildungen] (Tábor 1902) 149–152: *Provolání všenecké strany z r. 1901* [Aufruf der Alldutschen Partei aus dem Jahre 1901].

¹⁹⁶) HANS LEMBERG, Zwei „Excesse“ des Marienbader Lehrers Schusser im Mai 1885. Die Nervosität an der deutschböhmisches Peripherie und die k. k. Mäßigungspolitik der Prager Landes-Selbstverwaltung; in: DERS., *Mit unbestechlichem Blick ... Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei*. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, hg. von Ferdinand Seibt, Jörg K. Hoensch, Horst Förster, Franz Machilek, Michaela Marek (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 90, München 1998) 55–72, hier 60 f.

¹⁹⁷) HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 220 ff.

¹⁹⁸) HEUMOS, *Agrarische Interessen und nationale Politik* 105 ff., 170.

Jahre boten sich die Jungtschechen als Sprecher der Bauerninteressen an. Dadurch gelang es ihnen, in den Landtags- und Reichsratswahlen 1889 bzw. 1891 zur stärksten tschechischen Partei zu werden. Die gegenseitige Zusammenarbeit gestaltete sich jedoch sehr schwierig. Nachdem der Statthalter den Bauernverein „Selská jednota pro království České“, die zentrale Organisation der tschechischen Bauern, verboten hatte, gründete Alfons Šťastný, Bahnbrecher einer selbstbewußten Agrarbewegung aus Südböhmen, den „Zemská selská jednota pro Království české“ [Landesbauernbund für das Königreich Böhmen] als selbständige, von den Jungtschechen unabhängige Organisation¹⁹⁹⁾. Bei der Versammlung dieses Vereines wurde 1891 beschlossen, die „Českomoravská strana hospodářská“ [Böhmisch-mährische Landwirtschaftspartei] bzw. die „Hospodářská strana všech tří zemí koruny české“ [Landwirtschaftspartei aller drei Länder der böhmischen Krone] zu gründen. Diese eher der konservativen Strömung zuzurechnende Partei mit ihrer auf einem ständischen Gesellschaftsmodell aufbauenden Agrarideologie konnte sich auf Dauer gesehen nicht durchsetzen; Šťastný und sein Mitarbeiter Jan Rataj wurden jedoch in den Landtag gewählt, Rataj später auch in den Reichsrat²⁰⁰⁾.

Mitte der neunziger Jahre meldeten sich auch die Bauern aus anderen Regionen Böhmens zu Wort. Stanislav Kubr gründete im Februar 1896 den „Středočeská selská župa“ [Mittelböhmischer Bauerngau] und einige Monate später entstand auf Betreiben von František Udržal der in Ostböhmen wirkende „Politická selská jednota“ [Politischer Bauernverein]²⁰¹⁾. Kubr sowie Udržal traten in Übereinstimmung mit den Jungtschechen auf, Kubr trennte sich jedoch in den folgenden Jahren von ihnen. Seine Organisation benannte er im Dezember 1896 in „Sdružení českých zemědělců pro Království české“ [Vereinigung tschechischer Landwirte für das Königreich Böhmen] um, und aus diesem Verband entstand 1899 die mehr oder weniger als Rahmenorganisation beabsichtigte „Česká agrární strana“ [Tschechische Agrarpartei], die das Programm formulierte und als Dachorganisation verschiedener Interessenvereinigungen diente. 1900 schloß sich Šťastnýs „Zemská selská jednota“ dem „Sdružení českých zemědělců“ an. Die tschechische Agrarbewegung verzeichnete seitdem einen steten Aufwärtstrend: hatte der „Sdružení českých zemědělců“ 1897 2.000 Mitglieder, stieg deren Zahl binnen zweier Jahre auf 18.000, 1900 zählte die Agrarpartei über 20.000 Mitglieder, 1912 die mittlerweile alle Länder der böhmischen Krone umfassende Partei allein in Böhmen bereits über 91.000 Mitglieder. Ihre Vertreter begannen in den „Landeskulturrat“ und weitere Institutionen einzudringen,

¹⁹⁹⁾ Die Beziehungen zwischen dem „Landesbauernbund“ und der jungtschechischen Führung waren sehr kompliziert – vgl. LUBOŠ VELEK, *Agrární proud v mladočeské straně v 90. letech 19. století* [Die agrarische Strömung in der Jungtschechischen Partei in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts]; in: JIŘÍ ŠOUŠA, DANIEL E. MILLER, MARY HRABÍK SAMAL (Hgg.), *K úloze a významu agrárního hnutí v českých a československých dějinách* [Zur Aufgabe und Bedeutung der Agrarbewegung in der tschechischen und tschechoslowakischen Geschichte] (Praha 2001) 19–29, hier 22 ff.

²⁰⁰⁾ MÍKA, Šťastný a rolnické hnutí [Šťastný und die Bauernbewegung].

²⁰¹⁾ NOŽIČKA, *Počátky rolnického spolčování* [Anfänge des Bauernvereinswesens] 86 ff.

gründeten verschiedene Zweigorganisationen – z. B. für Flachs- und Hopfenbauern oder Pferdezüchter. Die wichtigste Organisation dieser Art war der 1902 gegründete „Ústřední jednota řepářů“ [Zentralverband der Rübenbauern]. Der „Ústřední jednota českých hospodářských společenstev v království Českem“ [Zentralverband der tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften für das Königreich Böhmen], 1896 gegründet, vereinigte eine Unzahl verschiedener Genossenschaften, außer den beliebten Raiffeisenkassen auch Produktions-, Handels-, Ankaufs-, Maschinengenossenschaften und ähnliche mehr²⁰²). Diese Bestrebungen gipfelten in der Gründung der „Agrární banka“ [Agrarbank] im Jahre 1911. Gleichzeitig mit der Entstehung des „Sdružení českých zemědělců“ war eine Druck- und Verlagsgenossenschaft gegründet worden, die das Wochenblatt *Obrana zemědělců* [Verteidigung der Landwirte], seit 1906 das Tagblatt *Venkov* [Land] – die erste Tageszeitung, die ausdrücklich für die Landbevölkerung gedacht war – und später auch weitere Druckschriften herausgab.

Am Parteitag im Jahre 1905 wurde die Organisation der Partei den neuen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßt und ein ziemlich umfangreiches und komplexes Programm angenommen. Es hob die Bedeutung der landwirtschaftlichen Schichten für das Leben der Nation und für die Volkswirtschaft hervor. Da die bisherigen Parteien diese Bedeutung vernachlässigt hätten, sei die Notwendigkeit einer selbständigen Organisation gegeben. Die Agrarier folgten der Losung „venkov jedna rodina“ [Das Land eine Familie], was gleichbedeutend mit einer gesellschaftlichen und kulturellen Durchdringung des ländlichen Bereichs mittels einer sich von der Stadtkultur deutlich absetzenden Agrarideologie war – ein Unterfangen, das dank des Organisationsgeflechts der zahlreichen Vereine und Interessenvertretungen und der Mobilisierung bestimmter „antistädtischer“ Affekte auch durchaus erfolgreich war. Auf gesamtstaatlicher Ebene wollten die Agrarier die Zentralisierung schwächen und die Selbstverwaltung stärken, die Kompetenz der Landtage erweitern, doch auch in ihrer eigenen Organisation spielten regionale Momente eine große Rolle. Sehr stark setzten sie sich für die Entwicklung des Schulwesens und die Demokratisierung der Bildung ein (z. B. einschließlich des gleichberechtigten Zutrittes der Frauen zur Bildung). Sie wünschten sich eine größere Unterstützung der Landwirtschaft, insbesondere der Entwicklung der Landwirtschaft mit Hilfe von Staatsanleihen, die Regelung der Beziehungen zum Königreich Ungarn usw.²⁰³).

²⁰²) KAROLINA ADAMOVÁ, Ke sporům cukrovníků a řepářů v českých zemích na počátku 20. století [Zu den Zwistigkeiten zwischen den Zuckerfabrikanten und den Rübenbauern in den böhmischen Ländern am Anfang des 20. Jahrhunderts]; in: JIŘÍ ŠOUŠA, DANIEL E. MILLER, MARY HRABÍK SAMAL (Hgg.), K úloze a významu agrárního hnutí v českých a československých dějinách [Zur Aufgabe und Bedeutung der Agrarbewegung in der tschechischen und tschechoslowakischen Geschichte] (Praha 2001) 195 ff.; VLADIMÍR KRISTEN, Ústřední jednota hospodářských družstev a její úloha v agrárním hnutí [Der Zentralverband der Genossenschaften und seine Rolle in der Agrarbewegung]; in: EBD. 223–226.

²⁰³) JOSEF HARNA, Agrární hnutí v českých zemích a na Slovensku [Agrarbewegung in den böhmischen Ländern und in der Slowakei]; in: PAVEL MAREK U. A. (Hgg.), Přehled politického

Es fällt auf, daß die „Tschechische Agrarpartei“ zur weiteren Ausdehnung des Wahlrechts ursprünglich negativ eingestellt war, erklärlich, wenn man bedenkt, daß in der Partei damals vor allem reiche Bauern und Grundbesitzer das Sagen hatten. Schließlich bekannten sich aber auch die Agrarier zur Reform, was Antonín Švehla, ein Bauer aus Hostivař (bei Prag), gegen den Willen von Karel Prášek, den Vertreter des konservativen Flügels, durchsetzte. Diese Entscheidung brachte der Partei in den Wahlen von 1907 einen großen Sieg und die Stellung der stärksten tschechischen Partei, die sie 1911 noch ausbauen konnte²⁰⁴). Švehla stärkte seine Position noch, indem er als Vorsitzender des „Zentralverbandes der Rübenbauern“ die Landwirte überzeugte, nur 60 Prozent der Fläche zu besäen und so den Preis zu erhöhen. Der Erfolg dieser Maßnahme trug dazu bei, daß Švehla zum Parteivorsitzenden gewählt wurde und weiter einen Kurs steuerte, der auf eine stärkere Demokratisierung der Partei abzielte, ohne dabei die agrarischen und agrarindustriellen Interessen aus den Augen zu verlieren²⁰⁵).

Inzwischen hatten sich im Mai 1905 die Vertreter der tschechischen Agrarparteien aus Böhmen und die aus Mähren und Schlesien zusammengeschlossen; 1906 trat auch Udržal mit seinen ostböhmisch-jungtschechischen Anhängern bei. Die „Československá strana agrární“ [Tschechoslawische Agrarpartei], wie sie sich nun nannte, konnte deshalb in allen böhmischen Ländern einheitlich auftreten. Das hinderte jedoch nicht, daß es auf regionaler und lokaler Ebene zu heftigen Auseinandersetzungen und abweichenden Positionen kam, die die Parteiführung jedoch in pragmatischer Weise tolerierte und so die Rolle der Tschechischen Agrarier als „wichtigste Modernisierungs- und Emanzipationsbewegung der tschechischen Gesellschaft“, wenigsten was das flache Land betrifft, nicht gefährdeten²⁰⁶).

Auch unter den Deutschen machten sich Bestrebungen zu einer politischen Organisation der Bauernschaft bemerkbar. Sie knüpften an ältere Interessenorganisationen an, an Křepeks „Deutschen landwirtschaftlichen Zentralverband“ oder an zwei 1898 gegründete Organisationen: an den „Deutsch-österreichischen Bauerbund aus Budweis“ und den „Bund deutscher Landwirte in Böhmen“. Politisch organisierten sich die Vertreter des Bauernstandes jedoch in den beste-

stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998 [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 164–184, insbes. 169 f.

²⁰⁴) ANDREW P. KUBRICHT, *The Czech Agrarian Party, 1899–1914. A Study of National and Political Agitation in the Habsburg Monarchy*, Diss. (Ohio 1974); HANS LEMBERG, *Die agrarischen Parteien in den böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakischen Republik*; in: DERS., *Mit unbestechlichem Blick ... Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei*. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, hgg. von Ferdinand Seibt, Jörg K. Hoensch, Horst Förster, Franz Machilek, Michaela Marek (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 90, München 1998) 229–267.

²⁰⁵) DANIEL E. MILLER, *Antonín Švehla – mistr politických kompromisů* [Antonín Švehla – Meister der politischen Kompromisse] (Praha 2001) 31–50.

²⁰⁶) LUFT, *Parlamentarische Führungsgruppen* 101 ff.

henden Parteien, in der „Deutschen Volkspartei“ oder der „Deutschen Fortschrittspartei“ oder noch lieber in Schönerers Partei, an der sie die radikale antilibérale Rhetorik attraktiv fanden. 1901 gründete der Abgeordnete Franz Peschka mit seinem Kollegen Martin Soukup, beide auf ein fortschrittliches Programm gewählt, im Reichsrat eine Fraktion namens „Deutsche Bauernpartei“, die auch im böhmischen Landtag vertreten war, dort allerdings im Rahmen der Fortschrittspartei. Ein Jahr später entstand das „Deutsch-agrarische Arbeitskomitee für Böhmen“, dessen Mitglieder – Reichs- und Landtagsabgeordnete – die wirkungsvollste Verteidigung der Interessen von Landwirten miteinander berieten. Zur Gründung der „Deutschen Agrarpartei“ kam es erst im Frühling 1905, eine Folge des Endes der Obstruktion im Landtag. Die deutschen Agrarier wurden in kurzer Zeit in Böhmen neben den Radikalen (im Landtag) bzw. den Sozialisten (im Reichsrat) die größte und erfolgreichste, auf ihren Pragmatismus ihre praktische Vernunft und auf ihre Besonnenheit stolze, deutsche politische Partei²⁰⁷⁾.

c) Die Sozialdemokraten

Unter dem Einfluß sozialistischen Gedankenguts, das aus dem Ausland nach Österreich einzudringen begann, gelangte ein Teil der Arbeiterschaft allmählich zur Überzeugung, daß der Widerspruch zwischen den Arbeitern und den Unternehmern unversöhnlich sei und daß man ihn nur dadurch überwinden könne, daß man die Vorherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Gesellschaft, beseitigt. Diesen Standpunkt vertrat namentlich Josef Boleslav Pecka, Gießer, Dichter und Redakteur, und er setzte ihn bei seinen Gesinnungsgenossen durch. Am Anfang der siebziger Jahre kam es auch zu einer Annäherung der Prager tschechischen und der Reichenberger deutschen Arbeiter. Vertreter beider Nationalitäten aus Böhmen nahmen auch am Gründungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Neudörfel im April 1874 teil. Aus Gründen der Organisation und hauptsächlich der Agitation wurde mit Zustimmung der Wiener sowie der nordböhmischen deutschen Sozialdemokraten beschlossen, daß die tschechischen Arbeiter ihre eigene Parteiorganisation gründen sollten. Dazu kam es am 8. April 1878 auf einem illegalen Parteitag in Břevnov, einem Vorort von Prag²⁰⁸⁾. Das Programm, das die von Pecka und Ladislav Zápotocký geführten tschechischen Sozialdemokraten angenommen haben, knüpfte sehr eng an das Neudörfeler Programm an, versprach die Befreiung des Proletariats, forderte das allgemeine Stimmrecht, Presse-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit, Aufhebung indirekter Steuern und deren Ersatz durch eine einzige progressive Vermögenssteuer u.ä.m. Was die Nationalitätenfrage betrifft, bekannten sich die tschechischen Sozial-

²⁰⁷⁾ HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 229–241; LEMBERG, Agrarische Parteien 232 f.

²⁰⁸⁾ VOLF, Dělnické hnutí [Arbeiterbewegung] 59–70; BOŘIVOJ INDRA, JAN STANĚK, JAROSLAV LAMEŠ, JAN ROUBÍČEK, VLADIMÍRA HRADECKÁ, RADKO GUBA (Hgg.), Břevnovský sjezd 1878. Edice archivních dokumentů [Parteitag in Břevnov 1878. Edition der Archivdokumente] (Praha 1978); ZDENĚK ŠOLLE, Josef Boleslav Pecka (Praha 1987), insbes. 25–72.

demokraten zum Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, aber zugleich zur Überzeugung, daß die nationalen Unterschiede die gegenseitige Zusammenarbeit nicht behindern dürfen.

Die vielversprechende Entwicklung der Bewegung, insbesondere der Gewerkschaftsvereine, wurde durch innere Streitigkeiten sowie Repressivmaßnahmen seitens der Behörden in der ersten Hälfte der achtziger Jahre unterbrochen. Zur Erneuerung kam es erst nach dem Brünner „Kongreß der tschechoslawischen Arbeiterschaft“ am Ende des Jahres 1887 und nach dem Hainfelder Parteitag der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie ein Jahr später. Den entscheidenden Markstein stellten die Feiern des Ersten Mai 1890 dar²⁰⁹⁾. Auch dann blieb die Sozialdemokratie eher eine ideologische Bewegung ohne klare organisatorische Struktur, deren Führung in den Händen der Redaktionen bedeutender Blätter lag.

Seit den achtziger Jahren machte sich in Kreisen einiger radikaler, die gemäßigten Methoden ihrer Kollegen zurückweisenden Sozialdemokraten anarchistisches Gedankengut breit. Anfang der neunziger Jahre wirkte sich der Anarchismus auf die Stellungnahmen des sogenannten unabhängigen Sozialismus aus, der wieder die kompromißbereite Politik der Sozialdemokratie angriff. Im Jahre 1896 erschien das Manifest des tschechischen Anarchismus, in dem die „fruchtlose“ parlamentarische Demokratie verurteilt wurde. Jene Organisation, die den Vorstellungen der Autoren des Manifestes am ehesten entsprach, waren die Gewerkschaften, die allerdings nicht „den engherzigen Bemühungen um die Eintracht zwischen Kapital und Arbeit“, sondern dem Prinzip „einer vollständigen Befreiung der Arbeit vom Kapital“ dienen sollten...²¹⁰⁾.

Die Grundlage der anarchistischen Arbeiterbewegung stellte Nordböhmen dar, namentlich die dortigen Bergarbeiter- und Textilarbeitervereine. Durch deren Zusammenschluß entstand im Jahre 1903 die „Severočeská hornická federace“ [Nordböhmische Bergmannsföderation], ein Jahr später die „Česká federace všech odborů“ [Böhmische Föderation aller Gewerkschaften]. In der Zeit ihrer größten Attraktivität zählte diese Vereinigung um die 1000 Mitglieder. Sowohl interne ungeregelte Verhältnisse (z. B. Unordnung in der Buchführung) als auch die Person des kontroversen Obmannes Karel Vohryzek waren einer weiteren Verbreitung nicht förderlich. Den zweiten Kern der anarchistischen Bewegung stellten Prager Schriftstellerkreise dar, die eher durch die Anarchie als Ausdruck

²⁰⁹⁾ ANTONÍN BOUČEK, První máj. Jeho vznik, historie a význam [Der Erste Mai. Seine Entstehung, Geschichte und Bedeutung] (Praha 1946) 33 f.; V. ROLLOVÁ, Z. ŠOLLE, J. DOLEŽAL, První máj 1890. Sborník k 60. výročí 1. máje [Der Erste Mai 1890. Sammelband zum 60. Jahrestag des 1. Mai] (Praha 1950) 24–82; HARALD TROCH, Rebellen Sonntag. Der 1. Mai zwischen Politik, Arbeiterkultur und Volksfest in Österreich (1890–1918) (=Materialien zur Arbeiterbewegung 58, Wien – Zürich 1991); ZDENĚK ŠOLLE, Dějiny dělnického hnutí v českých zemích koncem minulého století (1887–1897) [Geschichte der Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern am Ende des 19. Jahrhunderts (1887–1897)] (Praha 1951) 79–85, 116–139.

²¹⁰⁾ VÁCLAV TOMEK, Český anarchismus 1890–1925 [Der tschechische Anarchismus 1890–1925] (=Studie a prameny k dějinám myšlení v českých zemích 1, Praha 1996) 14–77.

der Gedankenfreiheit, der Unabhängigkeit denn als Mittel zur Gesellschaftsveränderung angelockt wurden. Stanislav Kostka Neumann, der sich unter den tschechischen Literaten am stärksten zu dieser Bewegung hingezogen fühlte, hielt sie für „den Zufluchtsort des denkenden tschechischen Menschen, der vor dem schwülen Milieu der spießbürgerlichen Philosophie und Politik flieht“. Ihre Organisation, die „Česká anarchistická federace“ [Tschechische anarchistische Föderation] wurde 1904 als politische Partei unter der Bezeichnung „Federace českých anarchokomunistů“ [Föderation der tschechischen Anarchokommunisten] institutionalisiert²¹¹).

In Anknüpfung an den Parteitag der gesamtösterreichischen Partei in Hainfeld trafen im September 1890 in Prag die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie aus Böhmen, Mähren sowie auch Wien zusammen und schufen die Grundlagen einer tschechischen Teilorganisation. Die Konferenz gab Instruktionen für die Bildung örtlicher und Bezirksorganisationen, für einen regelmäßigen finanziellen Beitrag, für die Errichtung der Fonds (Organisations-, Presse, Gefangenenfonds) und für die Bildung einer selbständigen Frauenorganisation heraus. Zu Weihnachten 1891 fand der erste Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten aus Böhmen und Mähren statt. Er beschloß eine organisatorische Verselbständigung; programmgemäß blieben sie auf den Positionen des Hainfelder Parteitages. Dieser Beschluß wurde am Ende Dezember 1893 in Budweis bestätigt. In diesem Jahr zählte man 224 Arbeiterbildungs-, 59 Fach- und Gewerkschaftsvereine und sechs politische Vereine. Einen zentralen Bestandteil der neuen „Československá sociálně demokratická strana dělnická“ [Tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei] bildeten also auch die Gewerkschaften, die nicht nur in den Bezirksorganisationen, sondern auch in der Leitung vertreten waren²¹²).

Die gesamtösterreichische Leitung stand der organisatorischen Verselbständigung einzelner Landes-, bzw. national definierter Teilorganisationen anfangs eher skeptisch gegenüber. 1896 und 1897 (auf dem VI. gesamtösterreichischen Parteikongreß in Wien) kam es schließlich doch zur organisatorischen Föderalisierung der Gesamtpartei, sie beruhte somit „auf den Prinzipien der Einheit des Programms, der Vereinbarung der Taktik und der Autonomie der Organisation“, bildete also eine Art „Kleine Internationale“. 1899 erfolgte mit dem Brünner Nationalitätenprogramm auch eine programmatische Fixierung auf eine föderalistische Lösung der Nationalitäten- und staatsrechtlichen Frage, auch wenn der tatsächliche Gehalt der „nationalen Autonomie“ weiterhin unklar blieb. Es war kein Zufall, daß die Grundsatzreferate zum Brünner Nationalitätenprogramm

²¹¹) RENATA WOHLGEMUTHOVÁ, Příspěvek k dějinám českého anarchistického hnutí v letech 1900–1914 [Ein Beitrag zur Geschichte der tschechischen Anarchistenbewegung in den Jahren 1900–1914] (=Rozpravy ČSAV 81/8, Praha 1971) 22–34, 44–52, 58–70.

²¹²) KOŘALKA, Tschechische Arbeiterbewegung 233; VOLF, Dělnické hnutí [Arbeiterbewegung] 153 f., 161–166; ŠOLLE, Dějiny dělnického hnutí [Geschichte der Arbeiterbewegung] 159–175, 195 ff.

von leitenden Funktionären der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie aus Böhmen gehalten wurden²¹³).

Bei den ersten Wahlen nach der Einführung der Allgemeinen Wählerklasse 1897 konnten die tschechischen Sozialdemokraten in dieser Klasse beinahe ein Drittel aller tschechischen Stimmen auf sich vereinigen; das ergab fünf Mandate, davon zwei in Böhmen, wo außerdem noch weitere fünf deutsche Sozialdemokraten gewannen. Gleich am Beginn der neuen Legislaturperiode erfolgte im Reichsrat die schon „traditionelle“ staatsrechtliche Verwahrung der Jungtschechen. Im Anschluß daran hielt der führende Funktionär der „Českoslovanská sociálně demokratická strana dělnická“ Josef Steiner eine Rede, in der er das historische Staatsrecht als Ausdruck der Rückschrittlichkeit ablehnte und die Lösung der tschechischen Frage vom Standpunkt der modernen Entwicklung, des Naturrechtes und des Sozialismus forderte. Diese Erklärung, die zwar mit den übrigen tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten, nicht aber mit denen der Gesamtpartei akkordiert war, erweckte in Böhmen einen Sturm der Entrüstung und trug zur Bildung der Konkurrenzpartei, der tschechischen National-Sozialen, bei. Die Sozialdemokraten wurden „aus der Nation ausgeschlossen“; gerade die Festsetzung einer klaren Grenze zwischen ihnen und dem Rest der Gesellschaft war allerdings in erheblichem Maße das Ziel dieses Schrittes. Die tschechische Sozialdemokratie wurde nichtsdestoweniger geschwächt, eine Schwächung, die durch den Übertritt mancher Politiker aus dem Lager der linken Fortschrittler partiell wieder wettgemacht wurde. Die „Blutauffrischung“ hatte auch zur Folge, daß der Partei, die lange Zeit eine reine Arbeiterpartei war, nunmehr verstärkt auch intellektuelle Elemente zuwuchsen²¹⁴).

Dennoch hatten die tschechischen Sozialdemokraten seit ihrem ersten großen Erfolg 1897 sowohl an Schwung verloren als auch an Sympathie eingebüßt. Der Verbesserung des sozialdemokratischen Images in der Öffentlichkeit sollte unter anderem die seit dem Jahre 1897 herausgegebene Tageszeitung *Právo lidu* [Volksrecht] dienen, die zu den besten tschechischen Journalen gehörte. Vor allem aber war es die seit 1904 von den tschechischen Sozialisten forcierte Wahlrechtsbewegung, wodurch man die breite Masse der Bevölkerung zu mobilisieren hoffte. Zuerst nur als Impetus zur Demokratisierung des Wahlrechts zum böhmischen Landtags gedacht (im Herbst 1905 verständigten sich die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten auf gemeinsame Aktivitäten), gewann die Aktion mit der Ausweitung auf das Reichsratswahlrecht überregionalen und auch die Parteigrenzen übergreifenden Charakter. Dennoch steht es außer Zweifel, daß die

²¹³) Zitat bei WOLFGANG MADERTHANER, Die Entwicklung der Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1889 bis 1913; in: DERS. (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (=Sozialistische Bibliothek Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie Bd. 1, Wien 1988) 25–52; HANS MOMMSEN, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat I: Das Ringen um die supranationale Integration der zisleithanischen Arbeiterbewegung (1867–1907) (=Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 1, Wien 1963) 181 ff.; URBAN, Tschechische Gesellschaft 719, 724 f.

²¹⁴) EBD. 720–724, 728.

tschechische Sozialdemokratie im Vergleich mit den anderen sozialdemokratischen Parteien das größte Engagement für die Wahlreform an den Tag legte. Auch der angepeilte Mobilisierungseffekt stellte sich ein: zwischen 1900 und 1907 konnte die „Československá sociálně demokratická strana dělnická“ ihre Mitgliederzahl vervierfachen²¹⁵⁾, bei den Reichsratswahlen 1907 gewann sie die relative Mehrheit an Stimmen (ca. 38 Prozent), wenn auch nicht an Mandaten. 1911 – trotz einer tiefgreifenden inneren Krise – konnten sie noch 2 Mandate dazugewinnen, verloren allerdings etwas an Stimmen. Bemerkenswert ist ferner der Umstand, daß trotz des restriktiven Gemeindewahlrechts 1909 die tschechischen Sozialdemokraten mit 1594 Mandataren in den böhmischen Gemeindeausschüssen vertreten waren²¹⁶⁾.

Nach 1907 ging die tschechische Sozialdemokratie daran, ihre innere Organisation zu reformieren. Dabei spielte die Frage nach der Stellung der Gewerkschaften, traditionell das eigentliche Rückgrat der sozialdemokratischen Bewegung, eine wichtige Rolle. Schon im Dezember 1893 war es zur Konstituierung der Wiener Gewerkschaftskommission gekommen. Daran beteiligten sich auch die Gewerkschaftsvereine aus den böhmischen Ländern. Die Zusammenarbeit der tschechischen Gewerkschaftler mit ihren oft reiferen Kollegen wurde durch divergierende Ansichten über die Kompetenzen der Zentralorgane, über den Gebrauch der nationalen Sprachen und ähnliches mehr gestört. Die im Gefolge der Föderalisierung der Partei erfolgte Gründung einer selbständigen tschechischen Gewerkschaftszentrale in Prag – der im Januar 1897 entstandenen „Odborové sdružení československé“ [Tschechoslawische Gewerkschaftsvereinigung] – veranlaßten die Metallarbeiter. Der Zwiespalt betraf Böhmen (nur geringfügig Mähren und Schlesien) und nicht einmal hier war er total. Viele Vereine in Nordböhmen blieben gemischt; ihre Mitglieder fanden diesen Streit nicht so wichtig wie seine Prager und Wiener Teilnehmer. Einige tschechische Vereine unterstützten die „Tschechoslawische Gewerkschaftsvereinigung“ und waren gleichzeitig Mitglieder der Reichsgewerkschaftsverbände. Trotz aller Uneinigkeiten schafften es die Prager und die Wiener Zentrale, in einigen Fällen zusammenzuarbeiten – z. B. anläßlich des größten Streiks in den böhmischen Ländern vor dem Ersten Weltkrieg, nämlich des Bergarbeiterstreiks im Jahre 1900²¹⁷⁾. 1904

²¹⁵⁾ OLDŘIŠKA KODEDOVÁ, Boj pražského dělnictva za všeobecné hlasovací právo v letech 1905–1907 [Der Kampf der Prager Arbeiterschaft um das allgemeine Wahlrecht 1905–1907]; in: Příspěvky k dějinám KSČ 12 (1960) 87–105; JAROSLAV BAKALA, Průmyslové oblasti českých zemí a členská základna československé a německé sociální demokracie v letech 1897–1913 [Die Industriegebiete der böhmischen Länder und die Mitgliederbasis der tschechoslawischen und der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1897–1913]; in Slezský sborník 78 (1980) 241–255, hier 242; PETER SCHÖFFER, Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89–1897. Vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis und zum Einzug der ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat (=Studien zur modernen Geschichte 34, Stuttgart 1986) 703 ff.

²¹⁶⁾ URBAN, Tschechische Gesellschaft I 786, 802; KOŘÁLK, Tschechische Arbeiterbewegung 235 f.

²¹⁷⁾ JAN HAVRÁNEK, Hornická stávká roku 1900 v severočeském hnědouhelném revíru [Der Bergarbeiterstreik im Jahre 1900 im nordböhmischen Braunkohlenrevier] (=Rozpravy ČSAV 63/2, Praha 1953).

sollten sich die Gewerkschaftszentralen sogar vereinigen, doch kam es nicht dazu, im Gegenteil. Die selbständige Stellung der „Gewerkschaftsvereinigung“ hatte eine entrüstete Reaktion des Internationalen Gewerkschaftsverbandes zur Folge, der in jedem Land nur eine Zentrale haben wollte und der es ablehnte, die „Gewerkschaftsvereinigung“ als legitim anzuerkennen. Der Druck von außen trug allerdings dazu bei, daß die tschechischen Gewerkschaftsvereine immer mehr von der Wiener zur Prager Zentrale übergingen. 1911 kam es zur faktischen Trennung der beiden Gewerkschaftsverbände, der „zentralistischen“, die weiterhin der Wiener Reichsgewerkschaftskommission angehörten, und der „autonomistischen“ (oder „separatistischen“). 1913 zählte die „Tschechoslawische Gewerkschaftsvereinigung“ über 100.000 Mitglieder²¹⁸⁾.

Die Differenzen rund um die Gewerkschaften hatten auch Rückwirkungen auf die politische Organisation: im Mai 1911 wurde die zentralistisch ausgerichtete „Česká sociálně demokratická strana dělnická v Rakousku“ [Tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich] gegründet, die vor allem in Böhmen numerisch und strukturell den tschechoslawischen, „autonomistischen“, Organisationen deutlich unterlegen waren und bei den Reichsratswahlen dementsprechend schlecht abschnitten (der einzige siegreiche Kandidat dieser Gruppierung wurde in Nordmähren gewählt²¹⁹⁾).

Die „Československá sociálně demokratická strana dělnická“ glaubte bis zur letzten Stunde an die Möglichkeit der Reformierung Österreichs und hatte ein ehrliches Interesse an der Erhaltung des Staates. Im Rahmen der tschechischen Politik stellte sie eine eigenständige und geachtete Kraft dar. Dabei stützte sie sich auch auf ihre zahlreichen Zweigorganisationen – außer den Gewerkschaften noch die Bildungsinstitution „Dělnická akademie“ [Arbeiterakademie], Jugendbewegung, Arbeiterturnvereine, Frauenorganisationen, eine Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer, der „Ústřední svaz československých společenstev“ [Zentralverband der tschechoslawischen Genossenschaften]. Eine große Opferbereitschaft der Mitglieder und die außergewöhnliche Organisation machten sie zu einer Massenpartei im wahren Sinne des Wortes²²⁰⁾.

Die deutsche Sozialdemokratie in Böhmen blieb hinter der tschechischen Partei keinesfalls zurück, ja sie war in der Anfangsphase deutlich besser und konturierter entwickelt als die tschechische. Ihr Schwerpunkt lag anfangs in

²¹⁸⁾ KOTEK, Odborové hnutí zaměstnanců [Die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten] 136–159.

²¹⁹⁾ RAIMUND LÖW, Der Zerfall der „Kleinen Internationale“. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889–1914) (=Materialien zur Arbeiterbewegung 34, Wien 1984); LUFT, Parlamentarische Führungsgruppen 94 ff.

²²⁰⁾ JAN GALANDAUER, Bohumír Šmeral 1880–1914, 2 Bde. (Praha 1981 und 1986), hier I 267–276; DERS., Tschechische Sozialdemokraten zwischen Internationalismus und Nationalismus (1889–1914); in: HANS MOMMSEN, Jiří KOŘÁLKA (Hgg.), Ungleiche Nachbarn. Demokratische und nationale Emanzipation bei Deutschen, Tschechen und Slowaken (1815–1914) (=Veröffentlichung des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 1, Essen 1993) 107–117; VOLF, Dělnické hnutí [Arbeiterbewegung] 184–208.

Reichenberg²²¹). Die örtliche, in erster Linie von Textilarbeitern getragene und im „Fachverein der Manufaktur-, Fabriks- und Handarbeiter“ zusammengeschlossene Parteiorganisation gehörte zu den bedeutendsten in ganz Österreich. 1876 wurde sie mit der Funktion der Kontrollkommission der gesamtösterreichischen Partei beauftragt. 1877 wurde auf Grund des Parteitagbeschlusses von Atzersdorf der gesamte Zentralausschuß nach Reichenberg verlegt. Die Reichenberger Sozialisten, unter denen z. B. Ferdinand Schwarz oder Josef Schiller hervorragten, haben sich in dieser Funktion vorzüglich bewährt. Für die Parteibedürfnisse gaben sie Ende der siebziger Jahre drei Zeitschriften heraus, sie durchdachten die Fragen der sozialistischen Theorie, versuchten, für ihre damals noch illegale Arbeit die entsprechenden Organisationsformen zu finden. Ihre Position – vom Gesichtspunkt der ganzen Monarchie aus handelte es sich um eine Randposition – ermöglichte ihnen, gute Beziehungen zur zweitwichtigsten Kraft der österreichischen Sozialdemokratie aufrecht zu erhalten, zu den tschechischen Organisationen, und vor allen Dingen die in Folge des Sozialistengesetzes Bismarcks verfolgten Kollegen in Deutschland zu unterstützen. Diese Periode fand am Anfang der achtziger Jahre durch die Rückverlegung des Parteizentrums in die Alpenländer (konkret nach Graz) und durch die Repressionen, denen die Sozialisten während der achtziger Jahre ausgesetzt waren, ihr Ende.

Außer Reichenberg wurden in der nordböhmischen Industrieregion auch weitere Städte – vor allem Aussig, Teplitz, Karlsbad und Brüx (Most) – als Zentren der sozialistischen Arbeiterbewegung geltend gemacht, auch wenn gerade in Nordböhmen die soziale Problematik (im Gegensatz zu politischen Richtungsentscheidungen) stärker zu Buche schlug als etwa in Reichenberg. Die Regionalorganisation der nordböhmischen Sozialdemokratie stützte sich am Anfang der neunziger Jahre wie anderswo auf einzelne Vereine und Zeitungsredaktionen und bildete sich allmählich als Kreisorganisation um bedeutende Städte heraus, wobei der Teplitzer Kreisorganisation eine gewisse Vorreiterrolle für die gesamte deutschböhmische Arbeiterbewegung zufiel²²²).

Diese Kreisorganisationen, die nach der Badenischen Wahlreform von 1896 den Wahlkreisen der Allgemeinen Wählerklasse entsprachen, hielten jedoch keine ausreichende Verbindung untereinander; der Versuch, im Jahre 1901 eine deutsche Landesorganisation mit dem Namen „Verband der deutschböhmischen Wahlkreisorganisationen“ zu errichten, scheiterte. Ebenso scheiterte 1897 nunmehr auch der Versuch, zusammen mit der tschechischen Sozialdemokratie eine gemeinsame Landesorganisation zu bilden. Eine solche, beschränkt auf die Deutschböhmen, entstand erst 1907 vor allem durch das Verdienst ihres ersten Vorsitzenden Josef

²²¹) JIŘÍ KOŘÁLKA, Severočestí socialisté v čele dělnického hnutí českých a rakouských zemí [Die nordböhmischen Sozialisten an der Spitze der Arbeiterbewegung der böhmischen und österreichischen Länder] (Liberec 1963) 205–432; EMIL STRAUSS, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, 2 Bde. (Prag 1925 und 1926).

²²²) SEWERING-WOLLANEK, Brot oder Nationalität 114.

Seliger²²³). In Wirklichkeit begann sie erst 1911 zu arbeiten, ihr Sitz befand sich in Teplitz, das nunmehr Reichenberg endgültig den Rang abgelaufen hatte. Freilich hatten die Reichenberger auch weiterhin ein gewichtiges Wort mitzureden. So scheiterte an ihrem Veto der Plan, in Ergänzung zur lokalen Pressevielfalt – in zahlreichen Städten erschienen sozialdemokratische Organe, z. B. in Reichenberg *Der Freigeist* (ab 1911 in *Vorwärts* umbenannt), in Falkenau (Sokolov) der *Volkswille*, in Teplitz *Die Freiheit* usw. – ein gemeinsames Zeitungsorgan in Prag zu gründen. Die gemeinsame Tageszeitung blieb nur auf dem Papier²²⁴).

Im Anschluß an die ersten allgemeinen Reichsratswahlen wurde auch bei den Deutschböhmen nach 1907 die bis dahin durch Fragmentierung und ausgeprägte regionale Unterschiedlichkeit gekennzeichnete Parteiorganisation reorganisiert und gestrafft; der lokale politische Verein bildete die alleinige Basis, darüber erhob sich ein gestaffelter und hierarchisierter Parteiaufbau von Bezirks- und Kreisorganisationen; auch das Beitragswesen wurde einheitlich geregelt. Diese Regelung, die auch eine Lockerung der bisher engen Bindung der politischen Organisation an die Gewerkschaften mit sich brachte, diente schließlich der Gesamtpartei als Vorbild. 1912 wurde schließlich die Reichenberger Gewerkschaftskommission zur vorläufigen Zentralstelle für Deutschböhmen erklärt²²⁵). Die Reorganisationsmaßnahmen erwiesen sich als ein Erfolg: innerhalb von zwei Jahren stieg die Zahl der Mitglieder von 25.000 auf 35.000²²⁶).

Das eigentlich politische Gewicht zeigte sich allerdings bei den Wahlen. 1897 konnten in der Allgemeinen Wählerklasse immerhin 5 Abgeordnete in den Wiener Reichsrat entsandt werden, 1901 verloren sie allerdings diese Sitze wieder, zumeist in den Stichwahlen zugunsten der Alldeutschen, doch 1907 konnte die deutschböhmische Sozialdemokratie mit rund 170.000 Stimmen und 16 Mandaten zur stärksten Kraft innerhalb der deutschen Parteien Böhmens aufsteigen. 1911 wurde der deutschböhmische Mandatsstand jedoch halbiert; Josef Seliger führte diese Verluste nicht zuletzt auf die nationalen Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie zurück²²⁷).

Das Verhältnis zwischen den tschechischen und deutschböhmischen Sozialdemokraten war anfänglich ein durchaus amikales. Wie erwähnt, waren in der Frühphase der Arbeiterbewegung die Arbeitervereine national gemischt und auch

²²³) JOSEF HOFBAUER, EMIL STRAUß, Josef Seliger. Ein Lebensbild (Prag 1930) 70 f.; KLAUS ZESSNER, Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmischen Sozialdemokratie 1899–1920 (Stuttgart 1976) 17–23.

²²⁴) MARLIS SEWERING-WOLLANEK, Die deutschböhmische Sozialdemokratie vom Parteitag von Hainfeld bis zum Ersten Weltkrieg; in: WOLFGANG MADERTHANER (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (=Sozialistische Bibliothek Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie Bd. 1, Wien 1988) 173–189, hier 182.

²²⁵) MADERTHANER, Organisationsstruktur 45–49; SEWERING-WOLLANEK, Deutschböhmische Sozialdemokratie 183.

²²⁶) STRAUß, Deutsche Sozialdemokratie Böhmens II 255.

²²⁷) MADERTHANER, Organisationsstruktur 45; SEWERING-WOLLANEK, Deutschböhmische Sozialdemokratie 187 f.

nach dem Aufbau national getrennter Vereine stellte, zumindest in den doppel-sprachigen Gebieten Nordböhmens, die Doppelmitgliedschaft lange Zeit hindurch keine Seltenheit dar. Selbst in den Neunzigerjahren wurde die Kreisorganisation in Aussig noch von Deutschen und Tschechen gemeinsam geleitet²²⁸⁾. Im Zuge und im Gefolge der Badeni-Krise nahmen die nationalen Reibereien jedoch zu, auch wenn sie sich nicht überwiegend in den gemischtsprachigen Gegenden bemerkbar machten. Zum vollen Ausbruch kamen die Spannungen erst nach der Verabschiedung der Wahlreform und den Wahlen von 1907. Die „Separatismuskrise“ in der Gewerkschaftsbewegung, nationale Differenzen in der gemeinsamen Fraktion des Abgeordnetenhauses, aber auch unterschiedliche inhaltliche und taktische Positionen bei Sachfragen trugen das Ihre dazu bei²²⁹⁾. Bei den Reichsratswahlen 1911 kandidierten in mehreren Wahlkreisen, die laut Reichsratswahlordnung als „deutsche“ klassifiziert worden waren, neben den Kandidaten der deutschböhmischen Sozialdemokratie auch Vertreter der tschechoslawischen Parteiorganisation, ein Vorgehen, das von den Deutschböhmen als „Bruderkampf“, als „beschämendes Schauspiel“ und als im Widerspruch zur internationalistischen Klassensolidarität stehend bewertet wurde²³⁰⁾.

d) Die nationale Arbeiterschaft

Der übernationale Charakter der österreichischen Sozialdemokratie entsprach den Vorstellungen einer nicht geringen Zahl der tschechischen Arbeiter nicht, diese hingen der Idee von „nationalen Arbeitern“ an. 1874 tauchte kurzfristig eine „Jednota českoslovanských dělníků“ [Verein der tschechoslawischen Arbeiter] auf, am Anfang der neunziger Jahre kritisierten die „Obranáři“ [Verteidiger] (so benannt nach der Zeitschrift *Naše obrana* [Unsere Verteidigung]) die Überheblichkeit der deutschen Sozialdemokraten. Die antistaatsrechtliche Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten vom Frühjahr 1897 und die negative Reaktion, die sie hervorrief, boten diesen Kräften eine hervorragende Gelegenheit, wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Ihr Treffen am 4. April 1897 resultierte im Prinzip in der Gründung einer neuen Partei. Die Tatsache, daß die Versammlung im Altstädter Rathaus stattfand, belegt, welche Hoffnungen die tschechische bürgerliche Gesellschaft ihr gegenüber hegte; der Wunsch nach Schaffung einer „jungtschechischen Partei der Arbeiterschaft“ erfüllte sich jedoch nicht. Die Gunst der öffentlichen Meinung, hauptsächlich der bürgerlichen Presse, spiegelte sich im stürmischen quantitativen Wachstum der Partei wider. Es war ein Vorteil, daß der erfahrene Journalist und Redner Václav Klofáč an ihre Spitze trat. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg begann sich der nicht minder fähige Agitator und Journalist Jiří Stříbrný durchzusetzen.

Mit der Partei, die offiziell 1898 unter dem Namen „Česká národně-sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezsku a Dolních a Horních Rakousích“

²²⁸⁾ MOMMSEN, Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage 175.

²²⁹⁾ Löw, Zerfall 97–158.

²³⁰⁾ SEWERING-WOLLANEK, Brot oder Nationalität 206 f.

[Tschechische National-Soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien und Ober- sowie Niederösterreich] gegründet wurde und die 1900 die Bezeichnung „Česká strana národně-sociální“ [Tschechische National-Soziale Partei] annahm, sympathisierten neben den Arbeitern (insbesondere den qualifizierten) auch Unternehmer, Arbeitnehmer, Angehörige der nicht besonders gut bezahlten Intelligenz (z. B. Lehrer) – „kurz und gut Arbeiter des Hammers und der Feder“. Die bunte soziale Zusammensetzung erschwerte natürlich die Bildung einer einheitlichen Linie, andererseits ermöglichte sie ein flexibles Anpassen an die jeweilige Situation, die Aufnahme weiterer Gruppen etc. So gehörten der Partei schließlich auch Akademiker, vor allem Techniker und Juristen, an. Dennoch war der proletarisch-kleinbürgerliche Grundzug der Partei unverkennbar. Einen ungewöhnlich hohen Anteil konnten die National-Sozialen in jenen Sparten auf sich vereinen, wo der Nationalitätenkampf bis in die Personalpolitik hineinwirkte, also etwa bei Eisenbahn- und Postbediensteten²³¹).

Anfänglich entwickelten sich die Mitgliederzahlen der neuen Partei rasant. Bei den 1898 abgehaltenen Wahlen zu den Landes-Unfallversicherungen hatten die National-Sozialen über 250.000 Stimmen erhalten, die tschechoslawischen Sozialdemokraten über 280.000. Dieser kometenhafte Aufschwung ließ sich nicht halten, interne Streitigkeiten, Abspaltungen und neue Parteigründungen reduzierten die Reichweite der Partei. 1913 verfügte sie über 575 politische Organisationen mit rund 78.000 Mitgliedern. Große Bedeutung für die National-Sozialen hatten die ihnen zugeordneten Gewerkschaftsorganisationen. Dem 1902 gegründeten Dachverband „Česká obec dělnická“ [Tschechische Arbeitergemeinde] gehörten vor dem Ersten Weltkrieg an die 75.000 Mitglieder an, die allerdings nicht alle Parteimitglieder waren²³²). Bei den Wahlen des Jahres 1907 entfielen ca. 65.000 Stimmen, 1911 rund 87.000 Stimmen auf die National-Sozialen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Partei, deren Schwerpunkte eindeutig in den größeren Städten Böhmens lag, nicht überall kandidierte, andererseits wechselnde Allianzen mit anderen Parteien einging, sodaß aus den Wahlergebnissen nicht ohne weiteres auf die Zahl der Sympathisanten geschlossen werden kann²³³).

Das Hauptmerkmal der Partei war ein anfangs in einigen Fällen abstoßender, antisemitisch gefärbter Nationalismus – es gelang jedoch, den Antisemitismus zurückzuschrauben. Die ausgeprägte nationale Orientierung bewirkte, daß sich auch Tschechen aus den mehrheitlich deutsch besiedelten Gebieten, an der Nationalitäten- und Sprachgrenze lebende Menschen, Mitglieder von nationalen

²³¹) MARIE HAVLASOVÁ, Vznik, počátky a profil národně sociální strany [Entstehung, Anfänge und Profil der National-Sozialen Partei]; in: K dějinám českých politických stran v druhé polovině 19. a začátkem 20. století [Zur Geschichte der tschechischen politischen Parteien von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts] (=Archivum Universitatis Carolinae, Studia historica 25, Praha 1984) 95–115; LUFT, Parlamentarische Führungsgruppen 106; URBAN, Tschechische Gesellschaft 716 f.

²³²) JAN HEIDLER, České politické strany v Čechách, na Moravě a ve Slezsku [Die tschechischen politischen Parteien in Böhmen, Mähren und Schlesien] (Praha 1914) 36.

²³³) LUFT, Parlamentarische Führungsgruppen 106 ff.; BRUCE M. GARVER, Václav Klofáč and the Czechoslovak National Socialist Party; in: East Central Europe 17 (1990) 155–178, hier 159.

Schutzorganisationen, Sokolmitglieder usw. zu den National-Sozialen bekannten. Nicht weniger klar kam im Programm auch das soziale Motiv zum Ausdruck. Die National-Sozialen lehnten die sozialdemokratische Weltanschauung ab, sie glaubten an den beiderseitigen Nutzen einer „Kooperation von Arbeit und Kapital“, an die „Einheit von Arbeitenden und Gewerbetreibenden“. Der „praktische Sozialismus“ sollte den Interessen aller Klassen gerecht werden und und allen „das gleichmäßige und kontrollierte Wachstum des nationalen Reichtums“ sichern²³⁴).

Die Wirklichkeit korrigierte jedoch ihre Vorstellungen und die National-Sozialen begannen die Sozialdemokratie nicht nur in der Organisation, sondern auch in den Arbeitsmethoden nachzuahmen. Dies wirkte sich sehr deutlich auf das Funktionieren der national-sozialen Gewerkschaftsbewegung aus. Während die führenden Funktionäre bei der Gründung meinten, daß sie sich auf den versöhnlichen Weg der Vereinbarungen und Verhandlungen begeben könnten, sprach man auf dem Parteitag der „Česká obec dělnická“ 1902 bereits über Streiks, Arbeitsaussperrungen und Verteidigungsfonds²³⁵).

Abgesehen von den Gewerkschaften spielten bei den National-Sozialen, die durch ihre gewerblichen Selbsthilfeorganisationen, Unterstützungsvereine für Gesellen, die breite Palette von Gesang- und Bildungsvereinen ein eigenes sozio-politisches Milieu schufen, die Jugend- und Frauenverbände eine erhebliche Rolle. Der Jugendverband nahm bei den National-Sozialen eine deutlich unabhängigere Stellung ein als die Jugendorganisationen anderer Parteien. Besonders ins Gewicht fiel, daß die Jugend, die erheblich radikaler war als die Parteileitung, sich auch zu riskanten Aktionen im Rahmen ihrer antimilitaristischen Propagandakampagne hinreißen ließ. Einige Funktionäre wurden deswegen 1909 verhaftet und verurteilt, worauf nach 1910 der Jugendverband einer stärkeren Parteidisziplin unterworfen wurde²³⁶). Wie erwähnt, war die Partei auch für Frauen anziehend, setzte sie sich doch energisch für die Einführung des Frauenwahlrechts ein. Unter den Protagonistinnen ragte in der Vorkriegszeit z. B. Františka Plamínková hervor²³⁷).

²³⁴) JOSEF HARNA (Hg.), *Politické programy českého národního socialismu 1897–1948* [Politische Programme des tschechischen nationalen Sozialismus 1897–1948] (=Edice politických programů 1, Praha 1998); DERS., *Český národní socialismus (do roku 1938)* [Tschechischer nationaler Sozialismus (bis zum Jahr 1938)]; in: PAVEL MAREK U. A. (Hgg.), *Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998* [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 119–131.

²³⁵) KOTEK, *Odborové hnutí zaměstnanců* [Die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten] 154–160.

²³⁶) JAN HAVRÁNEK, *Der tschechische Pazifismus und Antimilitarismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges*; in: GERNOT HEISS, HEINRICH LUTZ (Hgg.), *Friedensbewegungen. Bedingungen und Wirkungen* (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 11, Wien 1984) 114–135, insbes. 121–131.

²³⁷) ALBÍNA HONZÁKOVÁ, *Studie práce a osobnosti F. Plamínkové* [Studie zum Werk und zur Persönlichkeit von F. Plamínková]; in: DIES. (Hg.), *Kniha Života. Práce a osobnost F.F. Plamínkové sborník k 60. narozeninám von Albína Honzáková* [Buch des Lebens. Werk und Persönlichkeit von F.F. Plamínková. Sammelband zum 60. Geburtstag von Albína Honzáková] (Praha 1935) 28–119.

Die Organisationsstruktur der Partei (mit örtlichen Organisationen, Bezirks-, Kreis- und Landesausschüssen, mit einem weiteren und einem engeren Exekutiv-ausschuß) bildete sich in dieser Form sich erst nach einigen Jahren heraus. Interne Spannungen führten des öfteren zu Reorganisationsmaßnahmen. Umso wichtiger war, daß die Partei auch großen Wert auf den Kontakt mit der Öffentlichkeit legte. Dazu diente eine große Menge an Publikationen, namentlich das Wochenblatt *Česká demokracie* [Tschechische Demokratie, seit 1900] und seit 1907 die zentrale Tageszeitung *České slovo* [Tschechisches Wort], die zu den bedeutendsten tschechischen Zeitungen im Verlauf des ganzen 20. Jahrhunderts gehörte²³⁸⁾.

Auch unter der deutschen Arbeiterschaft entstanden im Dunstkreis von Schönerer Strömungen, in denen sich sozio-ökonomische Anliegen mit national-ständischen Komponenten vermischten und die sich nach 1900 zu einer politischen Partei verdichteten – der „Deutschen Arbeiterpartei“. An ihrer Gründung war insbesondere der Arbeiterführer Franko Stein beteiligt, der die seit Mitte der achtziger Jahre entstandenen Vereine der deutschnationalen Arbeiter im „Reichsbund deutscher Arbeiter: Germania für Böhmen und Mähren“, einer „typisch schönerianerischen, zentralistisch-sektiererischen Gründung“, zusammenzufassen begann²³⁹⁾. Ihr Hauptziel war es, gegen die tschechischen Arbeiter, deren deutschliberale Arbeitgeber sowie gegen die sozialdemokratischen Agitatoren zu kämpfen. Stein rief 1899 einen Kongreß dieser Vereine nach Eger zusammen, wo ein von dem Linzer Programm ausgehendes Programm angenommen wurde.

Einen Einfluß auf die weitere Formung dieser Bewegung hatten der Gewerkschaftler Ferdinand Burschofsky, Gründer des „Verbandes der deutschen Gehilfen- und Arbeitervereinigungen Österreichs“, des sogenannten „Mährisch-Trübbauer Verbandes“, und Hans Knirsch, Geschäftsführer dieses Verbandes. Knirsch erkannte, daß man sich vom Diktat Schönerers loslösen müsse, stellte sich im Konflikt Schönerer–Wolf eher auf die Seite der Deutschradikalen bzw. Freialldeutschen und strebte die volle Unabhängigkeit von jeder parlamentarischen Fraktion an. Im November 1903 wurde das bisherige Netz der Vereine zum selbständigen Subjekt, zur „Deutschen Arbeiterpartei“. Im August 1904 fand der erste Parteitag in Trautenua statt, der ein von den vorangehenden nicht sehr abweichendes Programm annahm. Die neue Partei, „keine engherzige Klassenpartei“, wolle die „Interessen aller ehrlichen, produktiven Arbeiter“ vertreten, wies die marxistische Vorstellung einer revolutionären Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zurück und beabsichtigte eine gerechte Positionierung der Arbeiterschaft im Rahmen der Volksgemeinschaft mit Hilfe einer großzügigen Sozialgesetzgebung zu erreichen. Die auf der Konferenz in Prag 1909 beschlossene sogenannte Klassenstellungnahme bedeutete nur eine Betonung des Arbeit-

²³⁸⁾ HARNA, *Český národní socialismus* [Tschechischer nationaler Sozialismus] 119–123. Zum Pressewesen siehe 2. Teilband, Kapitel II/C: MARTIN SEKERA, Das tschechische Pressewesen, insbes. 2030 ff.

²³⁹⁾ HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 243; ANDREW GLADDING WHITESIDE, *Austrian National Socialism Before 1918* (The Hague 1962) 64.

nehmercharakters der Partei, die durch ziemlich starke Gewerkschaftsverbände mit fast 78.000 Mitgliedern unterstützt wurde. Bezeichnend ist jedoch, daß neben der Industriearbeiterschaft die personelle Verankerung im tertiären Sektor, insbesondere im Handel und im Transportgewerbe, eine große Rolle spielte²⁴⁰⁾.

Die „Deutsche Arbeiterpartei“ verfügte über drei territoriale Schwerpunkte, nämlich Schlesien, Mähren und Nordwestböhmen. In Böhmen waren Reichenberg, Aussig und das nordwestböhmische Kohle- und Industrieviertel die Hauptzentren. In letzterem gelang es der „Deutschen Arbeiterpartei“ sogar einmal bei Wahlen in die Zentralbruderlade die Sozialdemokraten auf den zweiten Platz zu verweisen²⁴¹⁾. Rudolf Jung und Walter Riehl ergänzten das Trautenaues Programm auf dem Parteitag in Iglau (Jihlava) 1913; sie betonten unter anderem die antisemitischen Züge und forderten die Teilung Böhmens. Ein weiteres, auf dem Parteitag in Wien im Mai 1918 angenommenes Programm bildete eine Verbindungslinie zu den Nachkriegsformen dieser Partei, die sich bei diesem Parteitag den Namen „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ gab²⁴²⁾.

e) Der politische Katholizismus

Der überwiegende Teil der tschechischen Bevölkerung kam zur Welt und starb im katholischen Glauben, hielt diese Tatsache jedoch nicht für ausschlaggebend bei der Suche nach der eigenen politischen Orientierung. Wichtiger waren Kriterien nationalen und sozialen Charakters. Von explizit katholischer Ausrichtung waren nur die katholischen Gesellenvereine²⁴³⁾ und katholische politische Vereine, die Casinos. Obwohl diese Vereine namentlich in den siebziger Jahren eine beträchtliche Entwicklung durchmachten, traten sie nicht besonders stark ins öffentliche Bewußtsein. Sie schlossen sich – ähnlich wie der zentrale, 1871 gegründete „Katolicko-politická jednota pro království České“ [Katholisch-politischer Verein für das Königreich Böhmen] – in politischer Hinsicht der Führung durch die tschechische „Nationalpartei“, die Altschechen, an. Auch innerhalb der „Nationalpartei“ bestand eine katholische Gruppierung rund um den Domherrn Václav Štulc, die aber in immer stärkeren Gegensatz zum jungtschechischen Flügel und später zur antiklerikal gesinnten „Národní strana svobodomyšlná“ geriet. Das verstärkte die Politisierung der katholischen Bewegung, die

²⁴⁰⁾ HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 245.

²⁴¹⁾ HARALD BACHMANN, Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmischen Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie; in: *Bohemia* 10 (1969) 270–286.

²⁴²⁾ HANS KREBS, Kampf in Böhmen (Berlin 1936) 37–41; DAN GAWRECKI, Německá dělnická strana 1904–1918 (K pronikání buržoazního nacionalismu do dělnického hnutí) [Die Deutsche Arbeiterpartei 1904–1918. Zum Eindringen des bürgerlichen Nationalismus in die Arbeiterbewegung]; in: *Slezský sborník* 71 (1973) 21–41, 81–90.

²⁴³⁾ Den ersten gründete bei seinem Besuch Prags 1852 Adolf Kolping selbst; vgl. TOMÁŠ JOSEF JIROUŠEK, Dějiny sociálního hnutí v zemích Koruny české od roku 1840–1909 [Geschichte der sozialen Bewegung in den Ländern der Böhmisches Krone seit dem Jahre 1840 bis 1909], 3 Bde. (Praha 1900–1909), hier I 14.

bisher nicht daran gedacht hatte, eine eigenständige politische Organisation zu gründen; die Katholiken gingen nach und nach in die Offensive über²⁴⁴).

Den grundsätzlichen Anlaß zur Organisierung der Katholiken auf einer modernen Grundlage gab ein neues Zentrum des tschechischen Klerus, das seit 1884 um die Revue *Vlast'* [Vaterland] und die gleichnamige Verlagsgenossenschaft zu entstehen begann. Die Genossenschaft wurde sich dessen bewußt, wie dringend die Sozialfrage ist und welch weites Feld für das Wirken der Kirche hier offen steht. P. Tomáš Škrdlle, der die Genossenschaft gründete und zu ihrer Seele wurde, gewann für die Zusammenarbeit auch den ehemaligen gemäßigten Sozialdemokraten Tomáš Jiroušek, der sich mit der Radikalisierung der sozialdemokratischen Bewegung und ihrem immer offensichtlicheren Widerstand der Religion gegenüber nicht abfinden konnte. Die Genossenschaft „Vlast“ gründete im Jahre 1891 eine Sozialabteilung, die die Lösung der sozialen Frage auf katholischer Grundlage anstreben und berechnete Interessen der Arbeiterschaft verteidigen sollte. Diese Abteilung war als Zentrale aller katholischen Vereine beabsichtigt, die die Gründung ihrer eigenen christlichsozialen Partei vorbereiteten²⁴⁵). Sehr anregend war für diese Bemühungen die Enzyklika des Papstes Leo XIII. „*Rerum novarum*“, die die tschechischen Anhänger des kirchlichen Engagements in der sozialen Frage und im öffentlichen Leben als Bestätigung des bisherigen Vorgehens und als Richtlinie ihres weiteren Wirkens betrachteten²⁴⁶).

Dank der Bemühungen der Genossenschaft „Vlast“ und deren Sozialabteilung, den Vereinen der katholischen Gesellen, dem von Jiroušek gegründeten „*Politický klub katolického dělnictva*“ [Politischer Klub der katholischen Arbeiterschaft] und dank dem „*Katolicko-politická jednota*“ [Katholisch-politischer Verein] in Brünn (Brno) entstand auf dem Parteitag in Leitomischl im September 1894 eine selbständige Partei, „*Strana katolického dělnictva československého*“ [Partei der tschechoslowakischen katholischen Arbeiterschaft]. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Rudolf Horský gewählt, ein Priester aus dem „Vlast“-Kreis. Das Parteiprogramm enthielt die Forderung nach einer Wahlreform, die die Vertretung aller Stände sichern sollte, unterstrich die Rolle des Katholizismus als wichtigste Grundlage für den Aufbau von Staat und Gesellschaft, an konkreten Forderungen weiter z. B. die nach einer Einschränkung der Männernacharbeit und einem totalen Verbot der Frauennacharbeit. Die Parteitagsdelegierten hoben ausdrücklich hervor, daß der Arbeiter einen Lohn erhalten solle, der die Versorgung der ganzen Familie sowie die Anlage bestimmter Ersparnisse ermöglichen

²⁴⁴) PAVEL MAREK, Der tschechische politische Katholizismus in den Jahren 1890–1914; in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 111 (2003) 445–469, hier 446 f.

²⁴⁵) JIŘÍ POKORNÝ, P. Tomáš Škrdlle a družstvo Vlast' [P. Tomáš Škrdlle und die Genossenschaft Vlast']; in: MARTA OTTLOVÁ, MILAN POSPÍŠIL (Hgg.), *Sacrum et profanum* (Praha 1998) 145–150.

²⁴⁶) KURT AUGUSTINUS HUBER, Die Enzyklika „*Rerum novarum*“ und die Genesis der christlichsozialen Volksparteien der Tschechoslowakei; in: KARL BOSL (Hg.), *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat* (München – Wien 1979) 241–257.

sollte²⁴⁷). Die folgenden drei Jahre brachten der Partei nicht unbeträchtliche Erfolge, insbesondere unter den Bergleuten. Ein bestimmter, aber begreiflicher Nachteil war es, daß nur Vereine und Verbände, jedoch keine Ortsorganisationen ihre Grundlage bildeten. Deshalb konnte sie auch nur in bestimmten Gegenden tätig werden und es gelang ihr auch nicht, das gesamte katholische Spektrum unter ihrer Führung zu vereinen.

Die Kirchenhierarchie verfolgte die Bemühungen um die Errichtung einer Massenpartei mit keinem großen Verständnis, sie hielt sie für die Äußerung eines übermäßigen Modernismus und für einen Versuch, sich von der Kirchenkontrolle zu befreien. Sie muß sich im Gegenteil von der Tatsache angesprochen gefühlt haben, daß Mořic Hruban im September 1896 die konservative „Katolická strana národní na Moravě“ [Katholische Nationalpartei in Mähren] gründete und daß eine ähnliche konservativ gesinnte Partei, die „Národní strana katolická v království Českém“ [Katholische Nationalpartei im Königreich Böhmen] im November 1898 in Prag unter der Führung des Grafen Adalbert Schönborn, des Bruders des Prager Kardinal-Erzbischofs, entstand²⁴⁸).

Am Aufbau dieser Partei nahmen auch mehrere Vertreter der „Vlast“ Anteil. Sie fürchteten nämlich, daß ihre ursprüngliche Partei, die „Strana katolického dělnictva československého“, durch eine Gruppe stark beeinflusst werden könnte, die sich um den Kaplan Emil Dlouhý-Pokorný und um Josef Hovádek formiert hatte und die eine weitere Modernisierung und Demokratisierung der Partei anstrebte. Gegenüber dieser christlich-demokratischen Strömung wurde die ursprüngliche Form der Partei neben Horský namentlich vom Propst Josef Burian verteidigt, der die katholischen Gesellen vertrat. Dlouhý-Pokorný trennte sich im Jahre 1899 mit seinen Anhängern von dieser Partei (wobei auch persönliche Antipathien eine Rolle spielten) und gründete die „Křesťansko-sociální strana lidová“ [Christlich-soziale Volkspartei], die geläufig „christliche Demokratie“ genannt wurde. Diese stärker demokratische Partei zeichnete sich durch eine ziemlich große Toleranz (auch der Sozialdemokratie gegenüber), durch die Unterstützung des allgemeinen Wahlrechts sowie der Frauenemanzipation aus²⁴⁹).

Angesichts der emotional aufgeheizten Atmosphäre nach 1897 und der beginnenden Ausdifferenzierung des tschechischen Parteienspektrums machten die drei katholischen Parteien nach 1900 eine schwierige Zeit durch; ab 1902 versuchten sie in einem gemeinsamen Ausschuß ihre Interessengegensätze auszugleichen. Angesichts der bevorstehenden Wahlen vereinigten sich alle bisherigen

²⁴⁷) LUDMILA KÁRNÍKOVÁ, K úloze „křesťanského socialismu“ koncem 19. století [Zur Rolle des „christlichen Sozialismus“ am Ende des 19. Jahrhunderts]; in: *Církev v našich dějinách* (Praha 1962) 44–73.

²⁴⁸) MARTIN KUČERA, Český politický katolicismus před první světovou válkou [Der tschechische politische Katholizismus vor dem Ersten Weltkrieg]; in: *Český časopis historický* 98 (2000) 83–117.

²⁴⁹) PAVEL MAREK, K dějinám křesťansko-sociální strany lidové v letech 1899–1906 [Zur Geschichte der Christlich-Sozialen Volkspartei in den Jahren 1899–1906]; in: *Český časopis historický* 97 (1999) 37–51.

Parteien im Jahre 1906 zur „Strana katolického lidu českého“ [Partei des tschechischen katholischen Volkes], doch handelte es sich dabei eher um eine Vorwahlkoalition. Das Sagen in dieser Partei hatte Schönborn (neben Horský); Hovádek (der Nachfolger Dlouhý-Pokornýs, der aus der Kirche austrat) und Burian gerieten an den Rand. Die „Strana katolického lidu českého“ erreichte bei den Wahlen 1907 sehr gute Ergebnisse, nach den Wahlen wurden die Bindungen in dieser Partei wieder lockerer, Flügelkämpfe brachen wieder auf, wobei unterschiedliche Auffassungen über die Lösung der sozialen Frage, aber auch personelle Animositäten und Streitigkeiten ausschlaggebend waren. Der Parteikern kam unter großen Druck seitens der von František Šabata geführten „Hospodářské sdružení českých křesťanských zemědělců“ [Wirtschaftsvereinigung der tschechischen christlichen Landwirte]. Diese übernahm im Jahre 1910 die Führungsrolle in der Partei und setzte die Umbenennung in „Křesťansko-sociální strana v Čechách“ [Christlich-soziale Partei in Böhmen] durch. Von der Partei begannen deswegen kleinere Gruppierungen abzufallen, auch Schönborns „Katholische Nationalpartei“ verließ sie. Die Arbeiter, die das Übergewicht der Bauernschaft zurückwiesen, protestierten in einem Memorandum gegen die Verweltlichung der Partei, die es sogar ablehnte, sich der Aufsicht der Kirche zu unterstellen. Zusammen mit Burian bildeten sie die „Katolicko-národně konzervativní strana v Čechách“ [Katholisch-nationale konservative Partei in Böhmen], 1912 entstanden noch die „Konzervativně lidová strana v Čechách“ [Konservative Volkspartei in Böhmen] und die „Křesťansko-sociální lidová strana česká“ [Christlich-soziale tschechische Volkspartei] – eigentlich die erneuerte christlich-demokratische Partei. Alle Parteien vereinigten sich dann in zwei Wellen, 1914 und 1916. Damals trat auf der tschechischen politischen Bühne die „Spojená strana katolíků českých“ [Vereinigte Partei der tschechischen Katholiken] auf den Plan²⁵⁰⁾.

Im Unterschied zu den streitsüchtigen Parteien wirkte die auf der Grundlage der ländlichen Gewerkschaftsvereinigungen entstehende christlich-soziale Gewerkschaftsbewegung einheitlich. 1902 entstand in Tejnitz an der Sazawa (Týnice nad Sázavou) die „Všeodborové sdružení křesťansko-sociálního dělnictva v království Českém“ [Gesamtgewerkschaftsverband der christlich-sozialen Arbeiterschaft im Königreich Böhmen]. In den folgenden Jahren verbreitete sich die Bewegung aus Ostböhmen nach Prag, in die Regionen Píbram und Kladno. Im Jahre 1903 gehörten den christlich-sozialen Gewerkschaften in Böhmen 716 Personen an, sechs Jahre später bereits fast zehntausend Mitglieder. Im Jahre 1909 schloß sich die böhmische Gewerkschaftsvereinigung mit der mährischen zur „Říšské československé všeodborové komise křesťansko sociální“ [Tschechoslowakische christlich-soziale gesamtgewerkschaftliche Reichskommission] zusammen. Zum Sitz der neuen Organisation wurde aus begreiflichen Gründen Brünn. Beide Vereinigungen behielten dabei auch weiterhin ihre Wirksamkeit auf Landesebene²⁵¹⁾.

²⁵⁰⁾ LUFT, Parlamentarische Führungsgruppen 108 ff.; MAREK, Tschechischer politischer Katholizismus 463–469.

²⁵¹⁾ KOTEK, Odborové hnutí zaměstnanců [Die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten] 160–164.

Auch bei den Deutschen machte sich eine katholisch inspirierte Bewegung geltend, die sich jedoch – noch stärker als bei den Tschechen – am Rande des deutschböhmisches politischen Lebens befand. Zwar hatte sich schon früh ein „nichtpolitisches“ katholisches Vereinswesen etabliert, so in Nordböhmen unter der Führung von Ambros Opitz, doch entstand daraus lange Zeit keine ausschließlich politische Organisation. Auch der relativ stärkste „Christlichsoziale Verband für Deutschböhmen“, der mit der Wiener christlichsozialen Partei zusammenarbeitete, vermochte es nicht, sich gravierend durchzusetzen. Bei Wahlen waren die Christlichsozialen in der Regel auf verschiedene Koalitionen, z. B. mit den Deutsch-Radikalen, angewiesen²⁵²).

4. Veränderungen im Charakter der politischen Parteien

Noch eine Partei ist zu erwähnen – die „Strana mírného pokroku v mezích zákona“ [Partei des mäßigen Fortschritts in den Grenzen des Gesetzes]. Sie wurde vor den Wahlen 1911 vom Schriftsteller Jaroslav Hašek und seinen Bohemienfreunden (als Mystifikation freilich) gegründet. Der Anlaß waren die Bemühungen, Hašeks Lieblingsgaststätte U Zvěřinů zu unterstützen. „Wenn sich keine politische Partei bei Zvěřina ihr Quartier errichtet hat, errichten wir uns selbst eine Partei, die Zvěřinas Bier trinken würde. Manche politische Partei wurde aus viel geringeren Gründen gegründet.“ Außer einem mäßigen Fortschritt in den Grenzen des Gesetzes forderte ihr Hauptvertreter und Kandidat Jaroslav Hašek größere Strenge gegen das arme Volk und die Verstaatlichung der Hausmeister (weil sie von den spät in der Nacht heimkehrenden Mietern Geld kassierten). Hašek machte Versprechungen in alle Richtungen, schmähte die Konkurrenz und benahm sich als „echter Politiker“ – seine Parodie auf die Politik überschritt die Grenze der üblichen Hašekschen Mystifikation und illustrierte die Misere des damaligen Parteiwesens²⁵³). Gleichzeitig kann sie als Anstoß dienen, den Wandel im Charakter, den Aufgaben und Zielen der politischen Parteien nochmals grundsätzlich zu reflektieren.

Das politische System als ganzes und die einzelnen Parteien reagierten auf die Möglichkeiten, welche die wachsende Teilnahme am politischen Leben und der gesamte wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt boten. Bestimmte Veränderungen brachte schon die Reform des Jahres 1882, die sich bei den Wahlen des Jahres 1885 bemerkbar machte. Grundlegende Veränderungen bewirkte die Anpassung an die Einführung des allgemeinen Wahlrechts (1896/97, Allgemeine

²⁵²) JAROSLAV ŠEBEK, Německé politické strany v českých zemích 1861–1918 [Deutsche politische Parteien in den böhmischen Ländern 1861–1918]; in: PAVEL MAREK U. A. (Hgg.), Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998 [Übersicht über das politische Parteiwesen auf dem Gebiet der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei in den Jahren 1861–1998] (Olomouc 2000) 260 ff.

²⁵³) JAROSLAV HAŠEK, Politické a sociální dějiny strany mírného pokroku v mezích zákona [Politische und soziale Geschichte der Partei des mäßigen Fortschritts in den Grenzen des Gesetzes] (Praha 1963) passim; JOSEF MACH, Života běh [Lebenslauf] (Praha 1980) 73–80.

Wählerklasse) und des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts zehn Jahre später.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entstanden auf tschechischer Seite (nicht zuletzt unter dem Einfluß einer stärker politisierten Studentengeneration) eine ganze Reihe neuer Parteien, wie die „Česká národně sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezsku a Dolních a Horních Rakousích“ (1898), die „Česká strana radikálně pokroková“ (1897), die „Česká strana státoprávní“ (1899), die „Česká agrární strana“ (1899) und die „Česká strana lidová“. Zur gleichen Zeit veränderte sich auch die deutschböhmisches politische Szene, was die Entstehung der „Deutschen Fortschrittspartei“ (1896), die definitive Ausgestaltung der „Deutschen Volkspartei“ (1895) und die Stärkung der Alldeutschen beweist. Am Beginn des 20. Jahrhunderts wurden neue Parteien nicht mehr so häufig gegründet, obwohl man wenigstens die Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (1903) sowie der „Česká anarchistická federace“ (1904) erwähnen sollte. Eher kam es zu Umgestaltungen, Zusammenschlüssen und Teilungen. So entstand durch den Zusammenschluß mehrerer kleinerer Parteien die „Česká strana státoprávně pokroková“ (1908) und die „Česká strana pokroková“ (1906). Dagegen entstanden die Freialldeutschen (1902) bzw. die „Deutschradikale Partei“ (1907) durch Teilung. Die Umgestaltung des katholischen Parteiensegments wurde schon oben beschrieben.

Die verhältnismäßig große Zersplitterung des politischen Spektrums führte dazu, daß am Ende des untersuchten Zeitraums einige Parteien die Kooperation mit anderen anstrebten. Auf diese Weise entstanden gewisse Zusammenschlüsse, „Kartelle“, zum Beispiel gingen seit der Mitte des neunziger Jahre die Alttschechen Hand in Hand mit den Jungtschechen, was ersteren das politische Überleben sicherte. Für die Wahlen des Jahres 1911 kam ein Kartell der Jungtschechen, Alttschechen und der National-Sozialen zustande, welches zur Grundlage des bereits 1910 geschaffenen „Jednotný klub českých poslanců“ [Einheitlicher Klub der tschechischen Abgeordneten] im Reichsrat wurde²⁵⁴).

Das politische System reagierte auf Veränderungen, die mit der Ausweitung der Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben verbunden waren, auch mit einer Umwandlung der bestehenden Strukturen der Parteien. Erfolgreich konnten unter den geänderten Bedingungen nur Massenparteien sein, etwa die Sozialdemokratie und andere Parteien, die imstande waren, sich in ihrem Organisationsmodell auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Die erfolgreichsten unter ihnen waren zweifellos die Agrarier, gute Erfolge erzielten auch die National-Sozialen sowie die Christlich-Sozialen. Auch andere Parteien, die mit Rücksicht auf die soziale Zusammensetzung ihrer Klientel solche Ambitionen nicht haben

²⁵⁴) Zur Teilnahme an diesem Klub wurden auch die Agrarier eingeladen. Die Abgeordneten der übrigen Parteien (der „Česká strana pokroková“, der „Česká strana státoprávně pokroková“ und der selbständigen Agrarier) bildeten ihre eigene „Vereinigung der unabhängigen fortschrittlichen Abgeordneten Böhmens und Mährens“. Letzten Endes wurden alle in den „Einheitlichen Klub der tschechischen Abgeordneten“ aufgenommen, vgl. TOBOLKA, Politické dějiny [Politische Geschichte] III/2 562.

konnten, versuchten, durch Vervollkommnung ihrer Organisationsstruktur alle ihre Anhänger zu mobilisieren und in die Arbeit in den Ortsgruppen einzubinden, den Informationslauf zu verbessern und einen schlagkräftigen Parteiapparat zu formieren. Wichtig war dafür, daß die Parteien auf ein ausreichend großes Potential an „Intelligenz“ zurückgreifen konnten, um sie in der Presse- und Kulturarbeit der Parteien einzusetzen.

Die Parteien machten auch den Versuch, ihren Einfluß auf alle möglichen weiteren Organisationen und Gruppierungen auszudehnen bzw. sich ein breites Feld von Vorfeldorganisationen zu schaffen. Arbeiterparteien (oder solche, die einen zahlenmäßig größeren Anteil der Arbeiterschaft vertraten oder zu vertreten vorgaben) stützten sich auf Gewerkschaften, Genossenschaften und Turn- und Sportorganisationen; so gut wie alle Parteien bemühten sich, Einfluß auf die überparteiliche Sokolorganisation zu gewinnen. Andere, zahlenmäßig schwächere Parteien bürgerlichen Zuschnitts waren bestrebt, die Kommunalvertretungen oder finanzielle Institutionen zu kontrollieren²⁵⁵). Auch Kulturinstitutionen gerieten in den Strudel von Parteieinflüssen und des politischen Wettbewerbs. Die „Böhmische Akademie der Wissenschaft und Künste“ sowie das „Nationale Wirtschaftsinstitut“ waren Institutionen, in denen die Altschechen ihre führende Position auf dem Gebiet der Kultur verteidigen konnten. Dasselbe trifft auch auf das Nationaltheater unter dem Direktor František Adolf Šubrt zu. Auch in Böhmen läßt sich das Phänomen der sogenannten „Versäulung“ beobachten, die Aufteilung des gesamten öffentlichen Lebens unter den politischen Parteien unter dem Vorzeichen einer mehrpoligen Lagerbildung. Im Unterschied zu anderen Regionen Cisleithaniens kann man im Falle Böhmens von fünf Lagern sprechen, dem sozialdemokratischen, agrarischen, national-sozialen, katholischen und bürgerlichen Lager. Das schlug sich in einem außerordentlichen politischen und parteigebundenen Engagement nieder, nach Robert Luft erfaßten die politischen Organisationen bis zu einem Drittel der Wahlberechtigten oder 7 Prozent der Gesamtbevölkerung²⁵⁶).

Im Grunde genommen stimmte die Entwicklung des Parteiwesens in Böhmen mit der Lage in anderen Ländern Cisleithaniens überein. Von den national homogenen Kronländern unterschied sie sich natürlich dadurch, daß der Wettbewerb der Parteien im festen Rahmen der zwei nationalen Lager verlief. Ihr gegenseitiges Verhältnis änderte sich nicht wesentlich, bzw. änderte sich nur in der Abhängigkeit von der Erweiterung des Wahlrechtes. Dieselben tschechischen

²⁵⁵) Versuche zur Reorganisation verschiedener Parteien behandelte in letzter Zeit vor allem Martin Kučera, vgl. MARTIN KUČERA, K reorganizaci České strany agrární (1904–1910) [Zur Reorganisation der Tschechischen Agrarpartei 1904–1910]; in: Český časopis historický 96 (1998) 307–343; DERS., Albín Bráf, reorganisace staročeské strany [Albín Bráf, die Reorganisation der altschechischen Partei]; DERS., Alois Rašín v mladočeské straně (1907–1914) [Alois Rašín in der jungtschechischen Partei 1907–1914]; in: Moderní dějiny 1 (1993) 9–35; DERS., Vnitřní opozice v České straně lidové (Revue Přehled 1902–1906) [Innere Opposition in der Tschechischen Volkspartei – Die Revue Přehled 1902–1906]; in: Moderní dějiny 5 (1997) 25–70.

²⁵⁶) LUFT, Parteien, Vereine und Verbände vor 1914.

Parteien wie in Böhmen konnte man auch in Mähren finden; dabei war die Entwicklung des Parteilebens in Böhmen dynamischer. Die deutschen Parteien in Böhmen waren Teile größerer Organisationen, die in der gesamten cisleithanischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie wirkten. So gesehen unterschied sich die Entwicklung der tschechischen Parteien von der der Deutschen. Aber auch das deutschböhmisches Parteiwesen hatte seine Spezifika. Nirgends fanden Parteien wie die Deutschradikalen, die Deutsche Arbeiterpartei oder die Agrarier solchen Widerhall wie in Böhmen. Der Erfolg der Agrarier ebenso wie der Sozialdemokraten folgt durchaus parallelen Entwicklungswegen des tschechischen und deutschen Parteiwesens. Beide nationalen Lager mußten im übrigen auf dieselben Anregungen reagieren – auf die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, den Aufstieg der Sozialdemokratie, die nationale Radikalisierung.

